

Kommuniqué

des Hypo-Untersuchungsausschusses

Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Vanas in der 25. Sitzung vom 3. September 2015

Der Hypo-Untersuchungsausschuss hat in seiner 43. Sitzung am 13. November 2015 einstimmig gemäß § 20 Abs. 1 Ziffer 1 Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse beschlossen, das in der Beilage enthaltene wörtliche Protokoll der öffentlichen Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Vanas nach der erfolgten Entscheidung über Einwendungen und Berichtigungen gemäß § 19 Abs. 3 VO-UA zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt in sinngemäßer Anwendung von § 39 des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates als Kommuniqué im Internetangebot des Parlaments.

Wien, 2015 11 13

Mag. Maximilian Unterrainer

Schriftführer

Doris Bures

Vorsitzende



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Hypo-Untersuchungsausschuss



Stenographisches Protokoll

25. Sitzung/ medienöffentlicher Teil

Donnerstag, 3. September 2015

Gesamtdauer der 25. Sitzung
9.12 Uhr – 18.53 Uhr

Lokal VI

Befragung der Auskunftsperson Hon. Prof. Dr. Bernhard Vanas

Vorsitzende Doris Bures: Ich begrüße Sie, Herr Dr. Vanas! Ich bedanke mich für Ihr Erscheinen vor dem Untersuchungsausschuss. Bevor wir mit der Erstbefragung durch Dr. Pilgermair beginnen, haben wir zunächst zu klären, ob die Befragung medienöffentlich stattfinden kann. Zur Wahrung der in § 17 Abs. 2 angeführten Interessen kann die Medienöffentlichkeit ausgeschlossen werden, ein solcher Grund ist mir aber bislang nicht bekannt. Bei Bedarf werde ich eine nichtöffentliche Befragung im Anschluss an den medienöffentlichen Teil vornehmen.

Herr Dr. Vanas, mir wurde im Vorfeld mitgeteilt, dass Sie einem Kameranachschwenk nicht zustimmen. Entspricht das den Tatsachen? (*Auskunftsperson Vanas: Das ist richtig!*) – Dann werden wir diesem Wunsch auch entsprechen. Die Medienvertreter sind herzlich eingeladen, die Beratungen mitzuverfolgen; ein Kameranachschwenk hat jedoch zu unterbleiben.

Ich weise nochmals darauf hin, dass Film- und Bildaufnahmen sowie Tonaufnahmen während der Sitzung unzulässig sind.

Vor Sitzungsbeginn hat ja eine **Belehrung** stattgefunden. Ich erteile nun Herrn Dr. Pilgermair das Wort, der Sie noch einmal über Ihre Rechte und Pflichten informieren und auch eine Erstbefragung durchführen wird.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Schönen guten Nachmittag, Herr Prof. Vanas, ich begrüße Sie hier im Untersuchungsausschuss. Ich gebe Ihnen das Personaldatenblatt und bitte Sie, dass Sie die darin eingetragenen Daten noch einmal auf ihre Richtigkeit überprüfen. (*Auskunftsperson Vanas: Ja, sind richtig!*) Die Daten sind richtig.

Herr Prof. Vanas, Sie wurden bereits anlässlich der Ihnen zugekommenen schriftlichen Ladung für die heutige Sitzung über Ihre Rechte und Pflichten als Auskunftsperson sowie über den Ablauf der Befragung hier im Untersuchungsausschuss in Kenntnis gesetzt. Vor Sitzungsbeginn hat Sie auch der stellvertretende Verfahrensrichter, Herr Mag. Walter Hellmich, gemäß § 38 der Verfahrensordnung über Ihre Rechte und Pflichten als Auskunftsperson eingehend persönlich belehrt. Sie haben das über diese Rechtsbelehrung aufgenommene, hier vorliegende Protokoll unterfertigt.

Ich frage Sie nun, ob Sie diese Belehrung, insbesondere auch über die Gründe für eine Verweigerung der Aussage und einen Ausschluss der Öffentlichkeit sowie die Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die allfälligen strafrechtlichen Folgen einer vorsätzlichen falschen Aussage vor dem Untersuchungsausschuss sowie schließlich auch die Belehrung gemäß dem Informationsordnungsgesetz verstanden haben? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*) Für den Fall, dass Sie zu der Ihnen erteilten Rechtsbelehrung noch Fragen haben, lade ich Sie ein, diese Fragen nun an mich zu richten. (*Auskunftsperson Vanas: Habe ich keine!*) – Keine Fragen. Dann halte ich fest, dass Sie keine Vertrauensperson beigezogen haben. (*Auskunftsperson Vanas: Richtig!*)

In diesem Fall darf ich zur letzten Belehrung übergehen und Sie informieren, dass Sie vorweg eine **einleitende Stellungnahme** abgeben können, die bis zu 20 Minuten dauern kann. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*) – Dann darf ich Sie dazu einladen.

Auskunftsperson Hon. Prof. Dr. Bernhard Vanas: Ich darf mich kurz vorstellen. Mein Name ist Bernhard Vanas. Ich komme aus Niederösterreich, habe in Wien studiert, habe 1976 mein Studium der Betriebswirtschaftslehre abgeschlossen, 1978 jenes der Rechtswissenschaften. Seit 1974, also schon während meiner Studienzeit, bin ich in der Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung tätig, ich bin also mehr als 40 Jahre lang in dieser Branche tätig.

Seit 1978 bis Ende 2010 war ich eigentlich immer in derselben Partnerschaft, die bis 1991 Mitglied bei Horwath International war, ab 1991 Arthur Andersen in Österreich vertreten hat, und ich habe ab dem Jahre 1991 die Steuerabteilung geleitet und ab dem Jahr 2000 war ich als Country Managing Partner – und ich werde später erklären, welche Rolle das ist – für Arthur Andersen in Österreich tätig.

Im Jahr 2002 kam es aufgrund des Zerfalls des Andersen¹-Netzwerkes zur Fusion mit Deloitte in Österreich, und ich war dann von 2002 bis 2010 Country Managing Partner von Deloitte.

Ich bin Honorarprofessor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Ende 2010 habe ich Deloitte verlassen und eine eigene Gesellschaft gegründet, die auch einem internationalen Netzwerk angehört, sie heißt **Taxand**, und die Mitglieder bei Taxand geben sich gegenseitig das Versprechen, nie wieder eine Abschlussprüfung zu machen.

Die Rolle des **Country Managing Partners** besteht darin, dass er die Interessen der Gesamtpartnerschaft vertritt, insbesondere eben gegenüber dem internationalen Netzwerk. Wir hatten 2002 bis 2005 nach der Fusion mit Deloitte ein sogenanntes **Post-Merger-Integration-Programm** abzuwickeln. Die Rolle des Country Managing Partners beinhaltet auch die Rolle des Sprechers der Partnerschaft nach außen und nach innen – nach außen gegenüber, ich sage jetzt: Medien, gegenüber bestimmten Klienten, nach innen gegenüber Mitarbeitern, die ja auch informiert sein wollen.

Die Rolle des Country Managing Partners ist ganz anders als die eines CEO, die Sie sich vielleicht vorstellen. Es gibt kein Weisungsrecht in fachlichen Fragen, es gibt kein Override, kein Overruling des zuständigen Wirtschaftsprüfers in Wirtschaftsprüfungsfragen. Jeder Wirtschaftstreuhandler ist schon nach der gesetzlichen Grundlage **eigenverantwortlich** tätig.

Es gibt allerdings interne Richtlinien in allen diesen großen Beratungsfirmen, wozu auch Deloitte gehört, dass ein **Konsultationsmechanismus** einzugreifen hat, wo eine größere Gruppe die Entscheidung zu treffen hat, wenn das normale Vier²-Augen-Prinzip, das sowieso besteht, nicht mehr ausreichend ist.

Konsultation heißt: Es wird ein größeres Team von Leuten gebildet, die sich in der Sache selbst auskennen und in der Lage sind, auch aus ihrer Erfahrung heraus eine vernünftige Entscheidung zu treffen.

Was war meine Rolle bei der Hypo Alpe-Adria? – Ich möchte das gleich am Anfang klarstellen: Ich war **nicht** Teil des Prüfungsteams. Ich habe **keinen** Bestätigungsvermerk unterschrieben. Ich habe **nie** auch nur die **geringste** Prüfungshandlung gesetzt. Ich war ein einziges Mal oder vielleicht zweimal in Klagenfurt, einmal bei einer berühmten Aufsichtsratssitzung. Ich kann aus eigener Wahrnehmung dort gar nichts sagen, außer zu den Besprechungen, zu denen ich in meiner Rolle als Managing Partner beigezogen worden war.

Der Managing Partner hat die Pflicht, wenn sich einer der Partner oder auch nur ein Mitarbeiter an ihn wendet, beratend zur Verfügung zu stehen, und das habe ich da auch gemacht. Ich habe eine gewisse Pufferfunktion übernommen, weil es für den zuständigen Partner, der in der Sache sehr tief drinnen ist und auch bestimmten Vorwürfen ausgesetzt ist – also in so einer Situation übernehme ich die Rolle eines Puffers und eines Sprechers als Managing Partner. Das habe ich hier auch gemacht, um den Partner, der direkt an der Sache dran war, ein bisschen von der „Front“ wegzunehmen.

1 In den ersten Absätzen bitte ich die Bezeichnung „Anderson“ auf „**Andersen**“ richtigzustellen.
Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

2 [...] wenn das normale Viera-Augen-Prinzip, das sowieso besteht, nicht mehr ausreichend ist. [...]
Im 7. Absatz muss es „**Vier-Augen**“ heißen.
Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

Ich habe schon gesagt, ich bin Ende 2010 bei Deloitte ausgeschieden. Ich habe *alle* Akten dort zurückgelassen. Ich habe *keinerlei* Unterlagen. Sogar meinen elektronischen Kalender habe ich zurückgelassen.

Ich kann daher nur sozusagen aus meiner freien Erinnerung, die ich habe und aus den paar händischen Kalenderaufzeichnungen, die ich noch gefunden habe, berichten. Ich stehe trotzdem gerne für Auskünfte aus dieser Erinnerung zur Verfügung. Ich bitte aber um Ihr Verständnis, dass ich vielleicht weniger beitragen kann als andere Deloitte-Partner und -Mitarbeiter, die unmittelbar involviert waren, und auch heute noch Zugriff auf alte Unterlagen und Akten haben.

Ich bin dafür vielleicht etwas objektiver und habe mehr Distanz zu der Sache, weil ich erstens nicht direkt involviert war, zweitens nicht mehr bei Deloitte bin – und drittens in der Sache keine Interessen mehr zu vertreten habe.

Von der HETA bin ich im üblichen Umfang von der Verschwiegenheit entbunden worden. Ich nehme an, Sie wissen, was das bedeutet, denn ich habe von der Rechtsabteilung dort gehört, es gibt bereits sozusagen einen Musterschriftsatz dafür, den sie auch für mich verwendet haben.

Soweit meine einleitende Feststellung.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Vielen Dank, Herr Prof. Vanas für Ihre einleitende Stellungnahme.

Dann beginne ich die *Erstbefragung*.

Sie sagen, Sie waren bei ein, zwei Sitzungen und haben eine berühmte Aufsichtsratssitzung erwähnt – wenn Sie uns vielleicht zu Beginn sagen: Was war das für eine Aufsichtsratssitzung? Was hat sich dort abgespielt?

Dr. Bernhard Vanas: Das war sozusagen nach der Entdeckung³ der Swapverluste, die 67. Aufsichtsratssitzung der – wie wir es genannt haben – HBInt in Klagenfurt am 10. April 2006, wo der gesamte Aufsichtsrat, der gesamte Vorstand, auch der Herr Landeshauptmann Haider dabei war und wo über die Entdeckung der hohen Verluste, die bisher nicht bilanziert waren, ganz heftig diskutiert wurde.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Sie haben von der „Pufferfunktion“ des Managing Partners gesprochen. Ich glaube auch, dass Sie da vielleicht vieles auch an Hintergrundwissen haben. Sie mussten ja in dieser Funktion ausgleichen, waren dann auch Sprecher – um Sprecher zu sein, muss man auch informiert sein.

Daher meine Frage an Sie, Herr Professor. Wer hat denn damals zuerst von diesen Swapverlusten Kenntnis erlangt?

Dr. Bernhard Vanas: Zur Chronologie darf ich Folgendes sagen:

Es war ein Montag, der 27. März 2006. Ich selbst war in Salzburg, habe einen Anruf von Dr. Spitzer bekommen, dass da offensichtlich in der Bilanz 2004 etwas nicht stimmt. Er hätte das aus dem Unternehmen selbst gehört, und er bittet, dass ich in meiner Funktion zur Verfügung stehe, denn das ist jetzt offensichtlich eine sehr, sehr schwierige Situation, ist

³ Wenn möglich bitte ich meine erste Antwort an den Verfahrensrichter folgendermaßen zu beginnen: „Das war nach der Entdeckung der sogenannten Swap-Verluste, ...“

Anmerkung: Diese Einwendung wurde abgelehnt.

natürlich auch heikel, weil damit ist ja auch ein Vorwurf an den Vorstand verbunden.⁴

Es gab daher von mir sozusagen die Bitte an das Prüfungsteam, objektive Prüfungshandlungen zu setzen, um festzustellen, ob das wahr ist oder nicht. Als Abschlussprüfer in so einer Situation muss man schon ein klares Bekenntnis dazu ablegen, ob die Bilanz richtig oder falsch ist.

Dazu hatte das Team ein paar Tage Zeit. Am Mittwoch, den 29. März 2006, gab es am Abend in den Räumlichkeiten von Deloitte eine interne Besprechung – das, was ich **Konsultation** genannt habe –, da war das Prüfungsteam dabei und da waren auch einige erfahrene Partner dabei, die sich in der Sache fachlich gut auskennen, solche, die in so kritischen Situationen schon ihren Mann gestellt haben, die vielleicht auch klug sind, weil sie einen gewissen Abstand zu der Sache selbst haben, nicht so aufgeregt waren. Und an diesem Mittwochabend – es hat sicher sehr lange gedauert, soweit ich mich erinnere – haben wir dann in diesem Team beschlossen, es gibt keine anderen Weg aus unserer Sicht, als den **Bestätigungsvermerk zu widerrufen**, wollten das aber nicht so machen, dass wir das aus ganz heiterem Himmel machen, sondern wir haben einen Termin mit der FMA vereinbart, bevor wir den Bestätigungsvermerk widerrufen haben. Bei diesem Termin⁵ in der FMA war ich mit. Wir haben den FMA-Vorstand und die zuständigen Sachbearbeiter informiert, dass die Bilanz 2004 leider **falsch** ist und wir uns daher gezwungen sehen, den Bestätigungsvermerk zu widerrufen.

Es gab dann anschließend noch ein Telefonat. Da hat mich Herr Dr. Hysek aus der FMA angerufen und hat gefragt, ob wir wirklich sicher sind, dass die Bilanz 2004 falsch ist. Und ich habe gesagt: Ja, leider, sie ist falsch! Darauf hat er gesagt: Wenn sie falsch ist, dann bleibt Ihnen ja wohl auch nichts anderes übrig! – Und das haben wir dann auch gemacht, vielleicht eine halbe Stunde nach diesem Telefonat haben wir die Faxe und E-Mails ausgeschickt, dass wir den Bestätigungsvermerk widerrufen.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Sie haben damals ein Co-Audit gehabt mit CONFIDA. Hat CONFIDA schon länger vorher davon gewusst, dass es da Probleme gibt?

Dr. Bernhard Vanas: Das kann ich so, wie es kolportiert wird, nicht bestätigen, weil ich es nicht weiß. Tatsache ist: Deloitte hat diese Fehlbilanzierung nicht von sich aus entdeckt. Es gab einen internen Hinweis aus dem Unternehmen. Dem ist man dann nachgegangen und hat festgestellt, dass die Bilanz 2004 tatsächlich falsch war.

„Pufferfunktion“ hat auch beinhaltet, die Interessen von Deloitte gegenüber CONFIDA zu vertreten, denn zwischen den Partnern, die da damals tätig waren, war die Gesprächsbasis nicht so ganz gut. Herr Dkfm. Groier hat mir damals erzählt, dass die CONFIDA kurz davor das erste Mal Verdacht geschöpft hätte, indem sie ... – Ohne jetzt ins technische Detail zu gehen: Der Zinsaufwand in einer Bank ist im Regelfall eine vollautomatische Buchung, denn von den Tausenden Konten, auf denen Zinsen verbucht werden, gibt es dann am Monatsende oder am Quartalsende eine Sammelbuchung. Da werden die gesamten Zinsen, die der Computer aufaddiert, in einer Summe gebucht.

Und da waren halt einige Buchungen, die irgendwie ins Auge gesprungen sind. Denen ist Dkfm. Groier nachgegangen, und da hätte er eben entdeckt, dass da bestimmte Finanzinstrumente vorzeitig aufgelöst wurden. Aus dieser vorzeitigen Auflösung gab es eben größeren

⁴ Nach der Wortfolge „Vorstand verbunden“ fehlt das Wort „ist“.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde abgelehnt.

⁵ Es wäre klarstellend, wenn die Wortfolge „**am nächsten Tag**“ nach den Worten „bei diesem Termin“ eingefügt werden könnte.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde abgelehnt.

Zinsaufwand, und das war verdächtig. Dem ist er nachgegangen, und so ist er der Sache auf die Spur gekommen.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Wie, auf welche Weise kann man so etwas über zwei Jahre an der Wirtschaftsprüfung vorbeiführen?

Dr. Bernhard Vanas: Das ist für mich schwer zu beantworten, weil ich ja nicht selbst geprüft habe. Ich habe ja nur den Auftrag erteilt an das Prüfungsteam, innerhalb von drei Tagen festzustellen, ob es wirklich falsch war, wie es bilanziert wurde. Und die haben mir bestätigt: Ja, es war falsch!

Natürlich kann man sagen, da hätte die Abschlussprüfung versagt, aber ich darf vielleicht – ohne jetzt abzuschweifen – an ein Bonmot erinnern, das mir bei einer Hauptversammlung der OMV passiert ist, wo ich auf das Podium gebeten wurde von einem Kleinaktionär, der mich gefragt hat: Erstens: Welche Bereiche der OMV haben Sie nur in Stichproben geprüft? Und da muss ich natürlich sagen: In einem Unternehmen, wo allein im Rechnungswesen Hunderte Leute das ganze Jahr beschäftigt sind, kann ein Abschlussprüfer mit einem verhältnismäßig kleinem Team nicht jede Buchung nachvollziehen. Es wird immer eine *Stichprobe* gezogen.

Und das Stichproben-Thema war natürlich dort auch so, dass es unter diesen Finanzinstrumenten, die also jetzt landläufig immer Swaps genannt werden ... – Unter diesen Finanzinstrumenten gab es – wenn ich mich recht erinnere – in dem betroffenen Rechtsträger etwa 600, und davon waren zehn nicht in Ordnung. Und die waren in der Stichprobe nicht drinnen, und dadurch ist man „drübergefallen“, wenn man das so nennen will.

Das Zweite war, dass diese *Swaps* genannten Instrumente für einen, der in diesem Geschäft nicht wirklich tief drinnen ist, nicht durchschaubar waren. Das hat mich ein bisschen an die Mathematik-Matura erinnert, wo man so riesige Formeln gehabt hat links und rechts, und wenn man sie dann gekürzt hat, dann ist links gestanden: Die Counterparty zahlt – ich sage jetzt – den EURIBOR, und die Hypo Alpe-Adria zahlt EURIBOR plus 5 Prozentpunkte. Also das ist jetzt vereinfacht dargestellt, aber im Prinzip war es eben so, und dadurch wurden eben diese Verluste über die Jahre verteilt.

Und das Weitere ist sicherlich auch ein Thema der Abschlussprüfung allgemein. In dieser OMV-Hauptversammlung hat mich der Kleinaktionärsvertreter gefragt: Haben Sie dem Vorstand denn verraten, wann Sie kommen? Und das ist, glaube ich, auch ein grundlegendes Missverständnis. Eine Abschlussprüfung funktioniert auf *Kooperation*. Das ist nicht wie bei der Wirtschaftspolizei, die unangemeldet kommt und eine Hausdurchsuchung macht. Da liegen Welten dazwischen.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Themenwechsel. Hatten Sie selbst als Managing Partner Kontakt zu Organen des Bundes, sprich der Nationalbank, der Finanzmarktaufsicht oder den Staatskommissärinnen?

Dr. Bernhard Vanas: Nur zur FMA. Da gab es eben diese Besprechung unmittelbar *vor* dem Widerruf. Es gab am Tag danach eine große Sitzung in der FMA, wo auch der Vorstand, der Aufsichtsrat der Bank eingeladen war und auch die CONFIDA war eingeladen als zweiter Bankprüfer. Das war das zweite Mal in der FMA. Und dann war ich, soweit ich mich erinnere, vielleicht zwei Wochen später noch einmal bei der FMA zu einem Follow-up.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Und sonst kein Kontakt?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, kein persönlicher. Zur Nationalbank gar nicht, auch nicht zu den Staatskommissärinnen.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Wissen Sie etwas darüber, ob Deloitte an sich, ob einzelne Prüfer oder die Leitung, bevor sie etwas angefangen hat oder im Nachhinein, mit

Organen des Bundes – sprich wiederum die drei gleichen, Nationalbank, FMA oder Staatskommissärinnen – Kontakt oder Informationsaustausch gepflogen haben?

Dr. Bernhard Vanas: Ich gehe davon aus, dass die Bankprüfer ihren gesetzlichen Pflichten, die sie als Bankprüfer haben, nachgekommen sind. Und dazu gehört natürlich auch der bankaufsichtliche Prüfungsbericht, der an die Nationalbank und an die FMA geht, und da gibt es auch regelmäßig Rückfragen. Da war ich selbst aber nicht involviert.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Da gibt es Rückfragen auch? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Und damit auch Besprechungen? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Wissen Sie etwas darüber, ob es Berichtspflichten gegeben hat, die erledigt werden mussten – oder ob das nicht notwendig war. Und wenn nicht, ist etwas als berichtspflichtig diskutiert worden? Oder war auch das nicht der Fall?

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe nichts davon erfahren; ich war da nicht involviert.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Wäre es möglich, dass man etwas diskutiert hat, ob man es berichten soll, und dass Sie nicht davon erfahren haben? Oder halten Sie das für unwahrscheinlich?

Dr. Bernhard Vanas: Das halte ich nicht für unwahrscheinlich. Ich bin ja nur auf Anforderung eines Partners beigezogen worden. Wenn man mich nicht dabei haben wollte, bin ich nicht beigezogen worden, und wenn jemand gemeint hat, dass es nicht notwendig ist, dann auch nicht. Wir dürfen nicht übersehen, dass Deloitte zu der Zeit etwa 800 Mitarbeiter beschäftigt hat. Ich konnte nicht bei jeder Sache dabei sein.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Aus der Sicht des Managing Partners: Was waren denn die Schwachstellen der Bankengruppe?

Dr. Bernhard Vanas: Sie meinen im Prüfungsteam von Deloitte?

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Nein, von der Bank selbst.

Dr. Bernhard Vanas: Von der Bank selbst – da habe ich keine eigene Wahrnehmung.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Ich meinte schon auch das, was Sie allenfalls an Informationen übermittelt bekommen haben. Als Managing Partner hört man ja sicherlich auch im internen Austausch etwas über die geprüfte Bank.

Dr. Bernhard Vanas: Nein, da muss ich Sie enttäuschen. Ich war in zwei Themen involviert. Ich nehme an, das zweite wird sowieso auch noch kommen. Das eine war eben der Widerruf des Testates als besonders gravierende und schwerwiegende Maßnahme, die auch massive Konsequenzen für Deloitte hätte haben können. Wenn man sich vorstellt, man widerruft einen Bestätigungsvermerk, der sich dann doch als richtig herausstellt, dann wäre der Schaden für die Bank katastrophal – und Schadenersatzansprüche wären natürlich die automatische Folge gewesen. Und daher war das eine Entscheidung, wo man gemeint hat, da müsse man mich unbedingt einbinden.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Was war der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben?

Dr. Bernhard Vanas: Ich nehme an, das ist dieses Thema mit der Firma Puris in Kroatien.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Das wird sicherlich noch kommen. Ich spreche es jetzt gerade noch nicht an; aber es wird sicherlich noch kommen.

Dr. Bernhard Vanas: Das waren die einzigen zwei Themen, wo ich bei der Hypo Alpe-Adria involviert war.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Schlussfrage. Das haben Sie auch gestreift. Ich habe die Frage bezogen auf die Mängel der Bank. – Jetzt in dem Wissen ex post und auch unter

dem Aspekt des Extraneus, den Sie ja als vorteilhaft bezeichnet haben: Hätte es Verbesserungen geben können? Hätte die Wirtschaftsprüfung, die Aufsicht zu der Zeit wirkungsvoller arbeiten können?

Dr. Bernhard Vanas: Lassen Sie mich die Frage ganz anders beantworten. Wenn ich mir irgendeinen Vorwurf nachträglich mache – ich mir persönlich –, dann wohl den, dass ich nach dem Jahr 2006 gedacht habe, nachdem also die Bilanzmanipulation, die Bilanzfälschung aufgekommen ist, nachdem das einen Riesenwirbel verursacht hat in den Medien in ganz Österreich, nachdem der Vorstand den Hut nehmen musste, nachdem es sogar zu einem Eigentümerwechsel gekommen ist, nachdem dort die Nationalbank und die Finanzmarktaufsicht sozusagen Stammgast waren und der Abschlussprüfer da gerade noch mit Müh und Not mit einem blauen Auge davongekommen ist, habe ich gedacht, es könne jetzt nichts mehr passieren. Das ist die bestgeprüfte Bank, da sind alle übervorsichtig; es ist völlig *undenkbar*, dass da noch einmal etwas passiert.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Was hätte man tun können, außer sich darauf zu verlassen?

Dr. Bernhard Vanas: Man hätte natürlich die Prüfung verschärfen, die Tätigkeit der Prüfer noch einmal einem Peer Review unterziehen, unabhängige Partner noch zusätzlich beiziehen können, aber, wie gesagt, ist das natürlich jetzt nur mit dem *Benefit of Hindsight* zu sagen.

Es war damals wirklich nicht abzuschätzen, dass da noch einmal etwas passieren könnte.

Verfahrensrichter Dr. Walter Pilgermair: Danke, Herr Professor, für Ihre Antworten im Rahmen der Erstbefragung.

Vorsitzende Doris Bures: Danke, Herr Dr. Pilgermair. Danke vielmals auch für das Einleitungsstatement und die Erstbefragung.

Herr Dr. Vanas, ich möchte Ihnen auch noch sagen, dass zu Ihrer Linken der Verfahrensanwalt Prof. Binder sitzt. Wenn Sie sich mit ihm beraten möchten, ist das natürlich jederzeit möglich. Wenn Sie eine kurze Sitzungsunterbrechung haben möchten, dann können Sie sich gerne an mich wenden, und dann werde ich diesem Wunsch auch Folge leisten.

Damit gelangen wir zur ersten Fragerunde. Erste Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Dr. Lichtenecker. – Bitte.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Guten Tag, Herr Dr. Vanas. Sie haben vorhin ausgeführt, Sie waren in zwei Bereichen in Bezug auf die Hypo involviert, einerseits die Swapgeschichte und andererseits die Firma Puris. Wie weit waren Sie beziehungsweise Deloitte involviert rund um den Themenkomplex *Einstieg Tilo Berlin* in die Hypo?

Dr. Bernhard Vanas: Deloitte war involviert; ich selbst war da gar nicht involviert. Ich kann dazu daher aus eigener Wahrnehmung nichts sagen. Und das, was ich wüsste, da bin ich nicht von der Verschwiegenheit entbunden. Ich würde Sie daher bitten, dass Sie andere Partner von Deloitte fragen, die da vielleicht wirklich intensiv damit beschäftigt waren.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Ich darf Ihnen ein Dokument übermitteln mit der Nummer 199044. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Es betrifft den unteren Teil dieser Seite. Da geht es um eine Nachricht der Hypo Alpe-Adria aus dem Büro von Herrn Kulterer an Sie, Herr Dr. Vanas, und an Herrn Dr. Schuch. Betrifft: Berlin + Co – steht so vermerkt im E-Mail.

„Sehr geehrter Herr Dr. Vanas! (...) Gemäß Telefonat darf ich Ihnen nach Rücksprache mit Berlin + Co mitteilen, dass die weitere Due Diligence auf jeden Fall von Deloitte durchgeführt werden sollte. Herr Dr. Berlin wünscht sich jedoch ausdrücklich Herrn Mag. Becker als Team-Leader.

Ich ersuche Sie, diesen Wunsch zu akzeptieren und wenn notwendig, direkt mit Herrn Dr. Berlin Rücksprache zu halten.“

Da ist die Frage: Einerseits waren es die Due Diligence-Prüfungen, die von Deloitte erledigt wurden, und andererseits der Wunsch nach Herrn Mag. Becker. Was hat das für einen Hintergrund gehabt?

Dr. Bernhard Vanas: Ich war, wie gesagt, nicht involviert, ich war sozusagen als Ansprechpartner in dieser Funktion, die ich vorhin beschrieben habe. Herr Dr. Kulterer hat mich sozusagen als diejenige Ansprechperson betrachtet, die man problemlos ansprechen kann, weil emotionslos seiend. Daher war ich da informiert. Aber Sie sehen erstens, wen sich Herr Dr. Berlin gewünscht hat, nämlich Herrn Mag. Becker und nicht mich als Prüfer. Und zweitens sehen Sie auch, wer⁶ geantwortet hat, und ich würde Sie bitten, diese Person vielleicht zu befragen. Die war mit diesem Auftrag auch befasst.

Ich habe nicht geantwortet dazu, ich war nur informiert.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Gut, aber andererseits haben Sie ja die Verantwortlichkeiten als Managing Director für die Aufträge in dieser Form. Dennoch die Frage: Herr Dr. Vanas, haben Sie diesbezüglich mit Herrn Berlin entsprechenden Kontakt gehabt?

Dr. Bernhard Vanas: Ich kenne Herrn Dr. Berlin nicht; ich habe ihn nie gesehen.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Auch nicht telefonisch gesprochen?

Dr. Bernhard Vanas: Nein. Das war ein anderer Partner. Der steht ohnedies auf dem Mail darauf.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Welche Rolle hat Herr Mag. Becker im Unternehmen?

Dr. Bernhard Vanas: Mag. Becker ist ein Bankprüfer, ein Spezialist in der Abschlussprüfung von Banken. Und nachdem das Thema mit den Swaps aufgetaucht ist, gab es intern die Regelung, dass ein anderer Partner als der, der sich das sozusagen schon einmal angeschaut hat und dem man vorwerfen könnte, er hätte es übersehen, dass sich also ein anderer Partner das anschaut. Da haben wir damals eben entschieden, das möge Herr Mag. Becker machen. Mag. Becker hat offensichtlich Vertrauen und auch das Gefühl vermittelt, dass er wirklich kompetent ist. Das kann ich auch bestätigen. Er ist ein kompetenter Bankprüfer und kennt sich in Bankbilanzen sehr, sehr gut aus.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Der andere Ansprechpartner war demnach Herr Dr. Schuch für Herrn Dr. Berlin? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Zu einem anderen Bereich. Herr Dr. Vanas, Sie haben auch mit dem Thema *Aluflexpack* zu tun gehabt?

Dr. Bernhard Vanas: Wie kommen Sie darauf bitte?

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Es gibt eine Aufstellung von Barauslagen für den Auftrag Balkan, und da gibt es mehrere Vermerke, wo Stunden verrechnet wurden, wo

6 [...]Und zweitens sehen Sie auch, wie er geantwortet hat, und ich würde Sie bitten, diese Person vielleicht zu befragen. [...]

In diesem Absatz muss der vorletzte Satz wie folgt lauten: „Und zweitens sehen sie auch, **wer** geantwortet hat ...“

Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

Ihr Name im Kontext damit aufscheint mit zwei Stunden, einer Stunde und so weiter und so fort. Das war im Zeitraum vom August 2006 bis März 2007, mit mehreren Vermerken: Dr. Vanas ...

Dr. Bernhard Vanas: Da darf ich vielleicht Folgendes dazu sagen: Ich weiß, worauf Sie anspielen oder was Sie meinen. Ich habe einen ausländischen Interessenten gehabt, sozusagen einen industriellen Investor in dieser Branche, in der auch die Aluflexpack tätig ist, und der hätte sich interessiert, die Aluflexpack zu kaufen. In diesem Zusammenhang habe ich einen Termin organisiert mit dem Vorstand der Hypo Alpe-Adria . Da gab es Gespräche, es ist aber nichts daraus geworden. Den Namen des Interessenten darf ich leider nicht verraten, denn ich war sozusagen in seinem Auftrag dort und da bin ich nicht von der Verschwiegenheit entbunden. Ich habe nicht gewusst, dass diese Frage kommt.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Sie haben sich intensiver mit dem Thema Aluflexpack beschäftigt?

Dr. Bernhard Vanas: Na eben nicht! Ich habe nur einen Interessenten gehabt, der es gerne gekauft hätte.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Das heißt, es ist rein um eine Gesprächsvermittlung gegangen? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Also für eine reine Gesprächsvermittlung, Herr Dr. Vanas, sind aber die Stundenaufzeichnungen doch sehr satt, würde ich einmal sagen, und das zwischen August 2006 und März 2007. Das heißt, es hat nichts anderes gegeben, nur eine Vermittlung eines Termins?

Dr. Bernhard Vanas: Eine Vermittlung und Gespräche, ja. Dass die Verhandlungen zu nichts geführt haben, dafür kann ich leider nichts.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Gut, aber wenn Sie sozusagen eine Vermittlungsfunktion gehabt haben, werden Sie sich ja vermutlich näher damit beschäftigt haben, welches Unternehmen das ist, wie gut es dasteht, wenn Sie das direkt sozusagen jemandem durchaus vermitteln und sagen: Das wäre doch etwas, da passen zwei Sachen zusammen, oder das wäre interessant für das andere Konglomerat!

Dr. Bernhard Vanas: Die sind an mich herangetreten und haben gebeten, dass ich einen Termin organisiere, weil sie interessiert sind. Die kennen sich in der Branche besser aus; die wissen viel besser, wie das Unternehmen dasteht, als ich als Externer das überhaupt beurteilen könnte.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Im Jänner 2007 hat es einen Termin mit Herrn Kulterer gegeben, unter anderen waren auch Schuch, Grigg, Kircher, Peter anwesend.

Wissen Sie in diesem Kontext noch, worum es da gegangen sein könnte?

Dr. Bernhard Vanas: Ehrlich gesagt, nein. Wann war der Termin?

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Am 30. Jänner 2007.

Dr. Bernhard Vanas: Nein, da muss ich passen. Weiß ich leider nicht mehr, kann ich mich nicht erinnern.

Ich kann mich nur erinnern, dass Herr Peter als Finanzvorstand einmal bei mir war, sozusagen um sich vorzustellen. Er war in Wien und hat das Gespräch mit mir gesucht. Da haben wir eigentlich nichts Konkretes besprochen.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Haben Sie direkt, persönlich Kontakt mit Herrn Kulterer und Herrn Striedinger gehabt?

Dr. Bernhard Vanas: Mit Herrn Dr. Kulterer ja, mit Herrn Striedinger nicht. Den habe ich bei der Aufsichtsratssitzung gesehen, aber mit Herrn Striedinger habe ich nie irgendwelche Termine oder Telefonate gehabt.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Das ist die eine Aufsichtsratssitzung, die Sie vorhin erwähnt haben, mit dem 10. April 2006. (*Auskunftsperson Vanas: Ja, genau!*)

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Das war im Jahr 2006.

Dr. Bernhard Vanas: Da waren natürlich alle Vorstände dabei.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Dann darf ich Ihnen noch das Aufsichtsratsprotokoll davon übermitteln. Es hat die Nummer 539297. Wie eben erwähnt, ist es das Protokoll der 67. Aufsichtsratssitzung der HBIInt am 10. April 2006.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Auf der dritten Seite werden Sie auch zitiert. Da geht es darum – ich zitiere jetzt fürs Stenographische Protokoll –:

Vanas ergänzt aus Sicht von Deloitte, dass Richtlinien über das Eingehen von Swapgeschäften vorhanden waren. Die vom Bezug habenden Mitarbeiter tatsächlich eingegangenen Geschäfte waren demnach unzulässig. (*Auskunftsperson Vanas: Jawohl!*) – Sie können sich, so wie Sie vorhin beschrieben haben, noch an diese Aufsichtsratssitzung erinnern? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Ist das etwas, wo Sie der Meinung sind, das ist tatsächlich der Fall gewesen: Richtlinienverstoß seitens des Mitarbeiters?

Dr. Bernhard Vanas: Natürlich hätte der das *nicht* tun dürfen! Der hat eigenmächtig diese Geschäfte im Jahr 2004 abgeschlossen, die dann zu dem Verlust geführt haben.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Wenn Sie das Protokoll weiter anschauen, dann ist es aber nirgends das Thema, dass es de facto ja auch um eine Fälschung der Bilanz gegangen ist.

Dr. Bernhard Vanas: Ich glaube, wir müssen zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine ist: Welche Geschäfte haben zu dem Verlust geführt? – Und zweitens: Wie wurde der Verlust abgebildet?

Die Geschäfte, die zum Verlust geführt haben, wurden *entgegen* den internen Richtlinien gemacht. Das hätte der nicht tun dürfen.

Und abgebildet wurden sie falsch. Aber da war nicht der Mitarbeiter, der die Geschäfte abgeschlossen hat, verantwortlich, sondern derjenige, der für die **Bilanzerstellung** verantwortlich ist.

Vorsitzende Doris Bures: Sie sind jetzt schon in der zweiten Runde, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Ja, aber dennoch die Frage: Das ist ein ungeheuerliches Vorkommnis gewesen, die Swapverluste plus die entsprechende falsche Ausführung und Aufführung oder Nichtaufführung in der Bilanz.

Gleichzeitig wird ein Testat zurückgezogen und so weiter, und die Anmerkung, die es seitens Deloitte beziehungsweise von Ihnen gibt – Sie sind ein renommierter Experte, ein Universitätslektor –, ist, dass man sich auf die Richtlinien beruft, gegen die ein Mitarbeiter verstoßen hat. Und keinerlei Rede ist davon, was sozusagen in der Folge dann tatsächlich passiert ist.

Dr. Bernhard Vanas: Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Warum ist nicht im Konkreten angesprochen worden, dass es de facto um eine Bilanzfälschung geht?

Dr. Bernhard Vanas: Es ist hier angesprochen: Hätte der diese Geschäfte machen dürfen? – Und ich habe gesagt: nein!

Es war ja der Vorwurf im Raum: Wieso kann denn der solche Geschäfte abschließen? Ja darf er denn das? – Und wir haben gesagt: Nein, es gibt sogar eine interne Richtlinie, dass er das nicht hätte machen dürfen! Er hat es aber trotzdem gemacht.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Gut, ich schließe damit, dass ich festhalte, dass letztendlich nur ein Richtlinienverstoß festgehalten worden ist – es sei jetzt dahingestellt, ob dem wirklich so war – und es keine Debatte zu den weiteren Vorkommnissen diesbezüglich gegeben hat. – Danke.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Ich mache gleich da weiter, wo die Kollegin angefangen hat. Sie sagen ja, der Mitarbeiter hat diese Richtlinie überschritten. Es gibt das Kleiner-Gutachten, das Sie wahrscheinlich ohnehin kennen, und da hat Herr Kulterer erklärt, dass Rauscher kein Volumenslimit überschritten hat.

Dr. Bernhard Vanas: Erstens kenne ich das Kleiner-Gutachten tatsächlich nicht. Zweitens würde es mich sehr überraschen, dass ein derart spekulatives Geschäft hätte abgeschlossen werden dürfen, weil die Richtlinien ganz klar gesagt haben, dass dieser Herr Rauscher, der dafür zuständig war, das nicht allein hätte machen dürfen. Das widerspricht eigentlich genau dem, was wir damals festgestellt haben.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber wir haben das nirgends gefunden, diese Richtlinien, von denen Sie da sprechen. Wir haben nur gefunden, dass er bis 9 Milliarden solche Geschäfte eingehen kann; das hat er nicht überschritten. Ansonsten haben wir nichts gefunden. Wo haben Sie das her?

Dr. Bernhard Vanas: Also dieses konkrete Geschäfte hätte er nicht eingehen dürfen, sagen die Kollegen, die das geprüft haben.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Das heißt, Ihre Schlussfolgerung, die Sie hier angebracht haben, basiert nicht auf *Ihren* Überzeugungen sozusagen, sondern auf Hörensagen?

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe schon gesagt, ich habe keine eigene Wahrnehmung. Ich habe selbst nicht geprüft, ich war dort nicht in der Buchhaltung, ich habe keine Prüfungshandlungen gesetzt. Ich verlasse mich auf meine Mitarbeiter.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Sie haben in dieser Sitzung gesagt, von der Sie ja das Protokoll vorliegen haben:

Vanas ergänzt aus Sicht von Deloitte, dass Richtlinien über das Eingehen von Swapgeschäften vorhanden waren. Die vom Bezug habenden Mitarbeiter tatsächlich eingegangenen Geschäfte waren demnach unzulässig. – Zitatende.

Das heißt, Sie haben das ja abschließend bewertet. – Haben Sie die Unterlagen dazu gesehen, bevor Sie diese Bewertung vorgenommen haben?

Dr. Bernhard Vanas: Ich lasse mir doch das von meinen Mitarbeitern untersuchen und berichten! Und ich traue dem, was meine Mitarbeiter mir berichten. (*Abg. Lugar: Und welche Mitarbeiter ...?*) Ich kann doch nicht 600 Swaps selber prüfen in zwei Tagen.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Nein, es geht um die Richtlinie. Es geht ja nicht um die Swaps, es geht um ...

Dr. Bernhard Vanas: Ja, wenn sie sagen, es gibt eine Richtlinie, habe ich keinen Grund ...

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Wer hat das gesagt?

Dr. Bernhard Vanas: Das Team rund um Herrn Becker.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aha, das Team hat mit Ihnen gesprochen? Und der Herr Becker auch, oder wie? Wer genau hat mit Ihnen darüber gesprochen?

Dr. Bernhard Vanas: Na ja, ich denke, Becker und Spitzer gemeinsam werden mir das berichtet haben.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aha, also Becker und Spitzer haben Ihnen berichtet, dass es eine interne Richtlinie gibt (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*), nachdem Herr Rauscher diese Richtlinie gebrochen hat? War das so? (*Auskunftsperson Vanas: Jawohl!*) – Okay, gut.

Wenn man sich das Kleiner-Gutachten ansieht und auch sieht, dass eben diese zwei Herren befragt wurden, dann scheint das dort nicht auf. Ganz im Gegenteil!

Dr. Bernhard Vanas: Kann ich nichts sagen dazu; kenne ich nicht.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber Sie wissen, dass Herr Kleiner ein Gutachten erstellt hat zu diesem ganzen Vorfall?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, weiß ich nicht. Kenne ich nicht!

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aha, noch nie davon gehört, okay. Interessant, darauf werde ich dann noch einmal zurückkommen.

Ich würde jetzt gerne diese Meldung an die FMA, was die Swapverluste betrifft, noch einmal Revue passieren lassen. Sie haben ja gesagt, dass CONFIDA da ein Interesse hatte beziehungsweise an Sie herangetreten ist, dass da vielleicht doch noch eine Möglichkeit besteht, das irgendwie in Ordnung zu bringen. Ist das so richtig? Habe ich das richtig verstanden?

Dr. Bernhard Vanas: An mich? – Nein.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Oder zumindest an Deloitte herangetreten ist?

Dr. Bernhard Vanas: Möglicherweise, ja.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aha. Aber dazu haben Sie keine Wahrnehmung? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) – Wir hatten heute jemanden da, Herrn Malleg. Ist Ihnen Herr Malleg bekannt?

Dr. Bernhard Vanas: Dem Namen nach, ja. Ich glaube, ich habe ihn sogar einmal gesehen. (*Abg. Lugar: Der hat gesagt ...!*) Aber nicht in diesem Zusammenhang.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Herr Malleg hat gesagt, dass CONFIDA das Ganze entdeckt und dann mit Deloitte ausgemacht hat, ein gemeinsames Vorgehen, ein konzertiertes Vorgehen zu wählen. Die sind dann ausgeschert, also Deloitte ist ausgeschert aus dieser Vereinbarung. – Haben Sie da irgendwelche Informationen?

Dr. Bernhard Vanas: Mit mir war das nicht ausgemacht. Ich weiß von so einer Vereinbarung *nichts*. (*Abg. Lugar: Wissen Sie ...?*) Ganz im Gegenteil, ich habe den Auftrag an das Prüfungsteam gegeben, festzustellen: Ja, ja oder nein, nein, war es falsch oder nicht? – Und wenn es falsch war, dann müssen wir den richtigen Weg gehen. Das haben wir, glaube ich, auch gemacht.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Sie haben gesagt, Sie haben am 27. zum ersten Mal davon erfahren, haben dann diesen Auftrag gegeben, und zwei Tage später hat es dieses „Abendessen“, wie es die CONFIDA nennt, gegeben, wo Sie dann offiziell von der CONFIDA informiert wurden.

Dr. Bernhard Vanas: Das ist ein Irrtum. Ich weiß von keinem Abendessen. Ich war bei keinem Abendessen dabei. (*Abg. Lugar: Okay! Wissen Sie ...?*)

Zwei Tage später gab es eine interne Besprechung innerhalb von Deloitte, da waren mehrere Partner dabei. Herr Spitzer war dabei, Herr Kandler war dabei. Die waren beide schon hier im Untersuchungsausschuss, die werden das bestätigen. Es war ein rein internes Treffen von, ich sage jetzt, höherrangigen Partnern und erfahrenen Partnern, die in einer so schwierigen Sache ein Komitee gebildet haben, um eine gremiale Entscheidung zu treffen, um ja keinen Fehler zu machen. Herr Groier war nicht dabei, und ein Abendessen war da auch nicht dabei.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): War da keiner von der CONFIDA dabei?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, nein. Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Sie wussten zu dem Zeitpunkt aber schon, dass da die CONFIDA drüber gestolpert ist?

Dr. Bernhard Vanas: Es gab eine Diskussion, ob wir die CONFIDA sozusagen mitnehmen oder ob wir, weil da eigentlich jeder Aufschub Gefahr bedeutet, sofort handeln, ohne Rücksicht darauf, was die CONFIDA von sich aus unternimmt, Es gab da unterschiedliche Meinungen in dem Komitee. Wir haben gefunden, es ist vielleicht nicht übermäßig kollegial, jetzt einen Alleingang zu machen. Aber es wurde dann so entschieden, dass am nächsten Tag die FMA informiert und der Bestätigungsvermerk zurückgezogen wird.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Also am 30.? Und dieses Abendessen hat nicht stattgefunden, von dem alle sprechen?

Dr. Bernhard Vanas: Ich war jedenfalls nicht dabei.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Was ich nicht ganz verstehe, ist Folgendes: Sie haben von der Mitarbeiterin der Hypo erfahren, dass diese Belege aufgetaucht sind beziehungsweise diese Belege ausgehoben wurden und dass da etwas im Argen liegt, und Sie wussten, dass die CONFIDA das entdeckt hat.

Haben Sie sich nicht rückversichert bei der CONFIDA, da Sie ja Angst haben mussten, dass das möglicherweise gar nicht so schlimm ist und vielleicht dann auch für Sie Schadenersatz bedeuten könnte? Warum haben Sie nicht jene gefragt, die das überhaupt aufgebracht haben?

Dr. Bernhard Vanas: Weil ich nur meinen eigenen Mitarbeitern vertraue.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber die hatten ja nur drei Tage Zeit! Die CONFIDA hatte fast einen Monat Zeit gehabt, das zu prüfen.

Dr. Bernhard Vanas: Meine Mitarbeiter haben das in drei Tagen verlässlich festgestellt. Und haben sie recht gehabt? – Ja! Es war falsch.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Es hat dann keine Rücksprache mit CONFIDA gegeben?

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe keine Rücksprache mit CONFIDA gehalten, nein.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Ist Ihnen eine Rücksprache bekannt? Oder ...

Dr. Bernhard Vanas: Natürlich, am nächsten Tag waren wir ja alle bei der FMA, und die CONFIDA-Vertreter waren natürlich sehr böse, weil sie gefunden haben, wir sind da vorgeprescht und hätten ihnen nicht einmal etwas gesagt. Aber das haben natürlich auch der Vorstand und der Aufsichtsrat so gesehen: Wir sind da vorgeprescht und haben ihnen nichts gesagt.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Das heißt, die CONFIDA hat es dann erst bei der FMA erfahren?

Dr. Bernhard Vanas: Am Tag darauf in der Früh war dort ein Gipfeltreffen, wo eben alle eingeladen waren. (*Abg. Lugar: Okay!*) Das habe ich auch gesagt. Am 31. war das, und da war meines Wissens Herr Dkfm. Groier dabei.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Und vorher hat es keine Absprache gegeben?

Dr. Bernhard Vanas: Mit mir nicht, nein.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Oder mit jemandem von Deloitte?

Dr. Bernhard Vanas: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Sie wissen nichts davon – na, interessant, denn das hat von den anderen Beteiligten ganz anders geklungen.

Ich würde Ihnen gern einen Aktenvermerk vorlegen. Da geht es um Vorschläge vonseiten der CONFIDA. Das hat die Nummer 12771, ich habe das ohnehin schon ein paar Mal vorgelegt.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Aktenvermerk von der CONFIDA, und die haben da ganz spannende Vorschläge gemacht, wie man das doch noch retten könnte, dass man also nicht diesen Bestätigungsvermerk zurückziehen müsste.

Ist Ihnen das irgendwie bekannt? Haben Sie davon etwas gehört?

Dr. Bernhard Vanas: Den sehe ich heute das erste Mal.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Das ist mir schon klar, dass Sie den Aktenvermerk noch nicht gesehen haben – wobei es aber auch nicht ganz klar ist, denn angeblich war dies Teil der Unterlagen bei der FMA. Das heißt, angeblich hat CONFIDA das der FMA übergeben, am gleichen Tag, als Sie alle ...

Dr. Bernhard Vanas: Am 31. März? (*Abg. Lugar: Genau!*)

Das Einzige, Herr Lugar, woran ich mich erinnern kann, ist Folgendes: Wir haben – wir, das waren also Philip Göth und das Team, das da als Krisenmanagement eingesetzt war – eine Anfrage an die FMA gestellt, ob es möglich wäre, den Verlust aus diesen Swaps mit 300 Millionen sozusagen auszugleichen mit einer Aufwertung von Finanzinstrumenten, die einen positiven Marktwert von etwa 400 Millionen hatten, die aber nicht aufgewertet werden dürfen, solange sie im sogenannten Bankbuch stehen, sprich im Anlagevermögen einer Bank geführt werden, denn dort gilt das Anschaffungskostenprinzip. Hier darf ich nicht den Marktwert ansetzen, auch wenn der noch so hoch ist, sondern⁷ wenn es im Handelsbuch wäre, also im Umlaufvermögen der Bank, dann dürfte ich den Marktwert ansetzen. Da gibt es also eine Durchbrechung des Anschaffungskostenprinzips in der österreichischen Rechnungslegung für Banken.

Und die waren ja da, die positiven Verkehrswerte, das war unbestritten. Die Frage war nur: Darf man sie auch bilanzieren? – Da hat die FMA, für mich nicht überraschend, gesagt: Tja, wenn man plötzlich etwas vom Anlagevermögen zum Umlaufvermögen erklärt, kann sich das nicht nur im Kopf allein abspielen; da muss es eine Dokumentation geben, und zwar eine zeitgerechte. Die hätte vor dem Bilanzstichtag vorhanden sein müssen. Da es die nicht gibt, können sie dem nicht zustimmen. (*Abg. Lugar: Okay ...!*)

Das war das Einzige, was ich sozusagen als Sanierungsvorschlag irgendwie in Erinnerung habe.

⁷ In diesem Absatz bitte ich in der drittletzten Zeile das Wort „sondern“ durch „aber“ zu ersetzen.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde abgelehnt.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Vonseiten der CONFIDA? (*Auskunftsperson Vanas: Bitte?*) – Von wem? Wer hat diesen Vorschlag gebracht?

Dr. Bernhard Vanas: Ich weiß nicht, wer ihn aufgebracht hat. Ich weiß nur, dass wir gegenüber dieser Idee nicht von vornherein komplett ablehnend waren, sondern gesagt haben, darüber könnte man nachdenken, aber natürlich nur, wenn die FMA damit einverstanden ist. Hinter dem Rücken der FMA das zu machen und dann zu warten, ob die draufkommen, das können wir nicht gutheißen. Die FMA hat es dann abgelehnt.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber das hätte ja nur funktioniert, wenn man rückdatiert hätte.

Dr. Bernhard Vanas: Na ja, „rückdatiert“ heißt: wenn ich ein Schriftstück heute schaffe und ein Datum von früher draufschreibe. Aber diese Finanzinstrumente, die einen hohen positiven Wert hatten, waren ja tatsächlich da! Das wäre ja sozusagen nicht gelogen gewesen, weil sie da waren, sie waren nur in der Bilanz falsch kategorisiert. Sie sehen also, eine kleine Formalität hätte ein ganz anderes Bilanzbild ergeben. Da haben wir gesagt: Wir wissen ja nicht, was sich in den Köpfen des Vorstandes abgespielt hat. Wenn der Vorstand sagt, er war damals schon entschlossen, die auf den Markt zu werfen, dann kann ich dem nicht das Gegenteil beweisen.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber die FMA hat Sie ja darauf aufmerksam gemacht, dass genau solche Dinge im Kopf nicht funktionieren, sondern eine Dokumentation da sein muss. Das heißt, das würde ja dem widersprechen.

Dr. Bernhard Vanas: Darum sage ich, die Entscheidung der FMA war für mich nicht überraschend. Wir haben nur trotzdem versucht, mit der FMA über dieses Thema zu reden. Die haben es klarerweise abgelehnt, weil die Dokumentation nicht zeitgerecht da war – und rückdatieren kommt überhaupt nicht in Frage.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Können Sie sich den Aktenvermerk doch einmal anschauen? – Da sind sehr viele Vorschläge drinnen, die der Rückdatierung bedürfen.

Ist Ihnen irgendetwas bekannt von diesen Vorschlägen, dass irgendjemand die an Sie herangetragen hätte oder an jemanden von Ihnen? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) Niemand? Nichts? (*Die Auskunftsperson schüttelt verneinend den Kopf.*) – Okay.

Dr. Bernhard Vanas: Nur das Thema mit der Aufwertung der Finanzinstrumente, die einen positiven Verkehrswert haben.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Welchen Eindruck hatten Sie: Wollte die CONFIDA das intern lösen, oder waren die genauso wie Sie der festen Überzeugung, dass das gemeldet werden muss?

Vorsitzende Doris Bures: Sie kommen jetzt in die zweite Runde.

Dr. Bernhard Vanas: Es tut mir leid, hiezu kann ich aus eigener Wahrnehmung gar nichts sagen, weil ich bei den Gesprächen, die vielleicht zwischen CONFIDA und dem Vorstand stattgefunden haben, nicht dabei war. Ich bin da auch nicht aus erster Hand informiert. Ich bin da nicht besser informiert als Sie aus den Medien, und das, was ich gesagt habe, ist: Es gab eine einzige Variante, die auch ich in diesem Krisenmanagement-Team präsentiert bekommen habe und die wir mit der FMA angesprochen haben.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Die CONFIDA war ja nicht besonders amüsiert darüber, dass Sie einen Alleingang gemacht haben. So haben sie es zumindest gesagt; man fühlte sich ein bisschen betrogen. Das haben wir heute wieder gehört und auch das vorige Mal.

Da müssen Sie ja von irgendjemandem etwas gehört haben im Nachhinein, ob ihnen etwas missfallen hat, warum ihnen das missfallen und ob das Auswirkungen auf das Verhältnis zueinander hat.

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe gesagt, Pufferfunktion – und schlechtes Gesprächsklima zwischen den handelnden Personen bei den beiden Prüfungsgesellschaften.

Um ehrlich zu sein, natürlich war die CONFIDA enttäuscht, dass Deloitte das so gemacht hat.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber warum? Ich verstehe nicht, warum. Das müssen Sie mir erklären. Sie haben ja nur das gemacht, wozu Sie gesetzlich verpflichtet sind. So sehe ich das zumindest. Und warum ist die CONFIDA enttäuscht, wenn Sie das machen, was ohnehin notwendig ist?

Dr. Bernhard Vanas: Weil *beide* zum Prüfer bestellt waren. Man nennt das *Joint Audit* – also gemeinsame Prüfer, gemeinsamer Bestätigungsvermerk, gemeinsame Abstimmung, wer macht was –, und dann prescht einer vor und zieht als erster einen Tag vorher den Bestätigungsvermerk zurück. Es hieß: Warum hätte man nicht auch den Bestätigungsvermerk gemeinsam zurückziehen können?

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Eine gute Frage. Können Sie mir das erklären?

Dr. Bernhard Vanas: Es ist damals bei Deloitte so entschieden worden, weil Gefahr in Verzug ist, jeder Tag, den man da zuwartet, kann zu einer großen Haftung führen.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber Sie hätten ja nur anrufen brauchen bei der CONFIDA und sagen: Jetzt machen wir das einzig Richtige, jetzt gehen wir gemeinsam dorthin und machen das!

Dr. Bernhard Vanas: Man hat in diesem Gremium einen Mehrheitsbeschluss gefasst. Ich hätte es so gemacht, wie Sie es sagen. Aber es gab einen Mehrheitsbeschluss, der gemeint hat: Wir trauen der CONFIDA jetzt nicht recht, vielleicht haben die doch mehr gewusst, als sie gesagt haben, wir machen das für uns und die CONFIDA kann dann – ich sage das jetzt so – mit einem Tag Verspätung auch reagieren!

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Was hätte da passieren können, wenn die CONFIDA das gemeinsam gemacht und mehr gewusst hätte, als Sie geglaubt haben? Ich verstehe die Logik nicht, deshalb insistiere ich da so. Wo ist die Logik, da vorzupreschen, vielleicht das Verhältnis noch mehr zu belasten, vielleicht sogar ein Risiko einzugehen, denn es hätte ja unter Umständen auch falsch sein können? Warum macht man das nicht gemeinsam? Da muss ja einiges im Vorfeld passiert sein.

Dr. Bernhard Vanas: Das kann ich nicht sagen, das weiß ich nicht. Es war die Mehrheitsentscheidung.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Es war nicht Ihre Entscheidung, Sie hätten vielleicht anders entschieden. Aber Sie müssen ja die Argumente gehört haben.

Dr. Bernhard Vanas: Ich hätte es gemeinsam mit ...

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Was waren die Argumente, die bei diesem Gespräch vorgebracht wurden?

Dr. Bernhard Vanas: Welche Argumente? – Jeder Wirtschaftsprüfer, der in einem Joint Audit ist, hat eine Gesamtverantwortung. Das heißt, es wird auch die Verantwortung nicht geteilt, und wenn eine Haftung ist, dann haftet jeder immer für 100 Prozent, und nicht nur für 50 Prozent. Das heißt, da wollte man einfach ein Nullrisiko haben. Und daher wurde der Bestätigungsvermerk am nächsten Tag zurückgezogen. Punkt.

Sie wollten einfach nicht haben, dass da vielleicht noch einmal eine Diskussion eröffnet wird, die CONFIDA verständigt dann den Vorstand, den Aufsichtsrat. Alle fallen über uns her. Das waren so die Argumente.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Könnte es sein, dass Deloitte unzufrieden war mit der CONFIDA und sie hinausdrängen wollte?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, nein, das würde ich nicht sagen.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Was würden Sie dann sagen? Ich verstehe noch immer nicht, warum man diese Vorgehensweise gewählt hat.

Dr. Bernhard Vanas: Aus Selbstschutz.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber wenn Sie es gemeinsam gemacht hätten, wären ja wieder beide zu 100 Prozent haftbar.

Dr. Bernhard Vanas: Ja, wenn wir es gemeinsam gemacht hätten. Und was ist, wenn die CONFIDA am nächsten Tag nicht zurückziehen hätte wollen? Wenn sie gesagt hätte: Da müssen wir noch einmal reden, da müssen wir den Vorstand informieren! – Da muss der Vorstand dann den Aufsichtsrat informieren. Das dauert dann Tage, und das wollen wir nicht.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Ist das im Raum gestanden, dass die CONFIDA so stark gezögert hat

Dr. Bernhard Vanas: Nein, aber die Befürchtung war da. Sie haben ja nur gefragt, welche Argumente verwendet wurden.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Herr Malleg hat heute gesagt, dass er nicht versteht, warum Deloitte diesen Bestätigungsvermerk überhaupt zurückgezogen hat, er hätte das nicht gemacht und das wäre rechtlich auch voll in Ordnung gewesen. – Könnte es also sein, dass diese Intention sehr wohl vonseiten der CONFIDA da war, das sozusagen unter der Decke verschwinden zu lassen?

Dr. Bernhard Vanas: Ich weiß nicht, was sich die CONFIDA gedacht hat.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Sie haben keine Wahrnehmung dazu?
(*Auskunftsperson Vanas: Nein!*)

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Themenwechsel, wir gehen sozusagen zu Ihrem zweiten Berührungspunkt in Sachen Hypo, zur Causa Puris, hier im Untersuchungsausschuss auch als *Hühnerfarm* bekannt; also jenes Projekt, in das unter anderem drei zweistellige Millionenkredite hineingeflossen sind, von der Hypo finanziert. Und da gibt es den mittlerweile berühmt berüchtigten Aktenvermerk zum Anruf von Ihrem Kollegen Kandler bei der Nationalbank. Ich gehe einmal davon aus, dass Ihnen das vertraut ist?

Dr. Bernhard Vanas: Es ist mir mittlerweile bekannt. Dieser Anruf, den der Herr Kollege Kandler bei Herrn Mag. Ettl getätigt hat, war mit mir nicht abgestimmt, der war mir damals nicht bekannt. Ich habe den auch nicht in Auftrag gegeben oder gewünscht. Das war sozusagen eine Art Alleingang von Herrn Kandler. Er hat das ja auch, glaube ich, erklärt, warum er das gemacht hat. Ich habe an dem Tag, an dem er den Herrn Ettl angerufen hat, nichts davon gewusst.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Was ist dann in der weiteren Folge passiert?

Ich wiederhole nur noch einmal kurz: Ein Teil der Geschichte rund um die Hühnerfarm Puris ist, dass von Puris Zahlungen in Höhe von mehreren hunderttausend Euro an eine Firma geflossen sind, die WBG, die im Nahbereich von Herrn Kulterer stehen soll.

Diesen Sachverhalt hat Kandler der Nationalbank mitgeteilt – was natürlich ein schwerwiegender Vorwurf ist, wenn das stimmt, dass da Kickback-Zahlungen an das Topmanagement einer Bank fließen.

Was war dann in der Folge das weitere Procedere, der weitere Ablauf, den Sie wahrnehmen konnten, nachdem der Herr Kandler bei der Nationalbank angerufen hat?

Dr. Bernhard Vanas: Das Thema war nicht der Anruf Nationalbank; davon wusste ich gar nichts. Aber Herr Kandler hat völlig richtig gehandelt, indem er eine interne Sitzung einberufen hat, die war am Freitag, den 2. März. Da gab es am Abend eine lange interne Sitzung, an der der Herr Kandler teilnahm, an der der Herr Schuch teilnahm und an der Herr Becker teilnahm. Alle drei Namen sind heute schon einmal gefallen. Sie wissen, dass das drei Partner bei Deloitte sind.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Waren Sie nicht dabei?

Dr. Bernhard Vanas: Oh ja, natürlich, ich war dabei. Als Managing Partner bin ich dazu eingeladen worden, meine Meinung mitzuteilen, wie man am besten vorgeht. Das ist ja genau die Rolle des Managing Partners, dass er strategische oder taktische Entscheidungen mittragen soll und seine Erfahrung einbringt.

Ich habe am 2. März das erste Mal davon erfahren, dass es Zahlungen einer Firma Puris an eine WBG gegeben hat. Ich kannte weder die Firma Puris, die war beim Testat-Widerruf kein Thema; die WBG war mir auch nicht bekannt. Man hat mir erzählt von einem Herrn Wolf, der dort Eigentümer der Puris ist, dass es da aber erhebliche Zahlungen an eine WBG gibt, an der die Frau Kulterer beteiligt ist, als Mehrheitsgesellschafter und so weiter.

Wir haben daher festgelegt, so wie ich schon vorher gesagt habe: Ich bitte das Prüfungsteam zu erheben, was wirklich Sache ist.

Ab Montag, den 5. März, war das Prüfungsteam in Klagenfurt und hat Erhebungen gemacht. Die haben Fragen gestellt und sich Unterlagen angeschaut. Und wie das halt so ist bei solchen Fragen, die die Mitarbeiter ...

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Darf ich kurz zwischenfragen. Es muss ja im Ablauf vorher schon Erhebungen gegeben haben, weil ja sonst die Deloitte-Mitarbeiter gar nicht zu dem Verdacht gekommen wären. Es war sozusagen eine zweite Prüfung?

Dr. Bernhard Vanas: Es war eine Art Zufallsentdeckung oder es war ein Nebenprodukt. Bei der Bankprüfung ist entscheidend, die Kreditforderungen zu bewerten, ob sie ausfallsgefährdet sind, ob man dafür eine Einzelwertberichtigung bilden muss oder nicht. Da schaut man sich jeden Kreditakt an. Und da hat man eben gesehen, dass die Firma Puris schlechte Zahlen schreibt, rote Zahlen schreibt.

Dann hat man eben gefragt, wieso denn da so hohe Verluste sind, und ist auf der Suche nach der Verlustursache auf diese Zahlungen gestoßen. Dann ist man nachgegangen, wer ist die WBG, dann hat man den Namen Kulterer gesehen. Dann war plötzlich Alarmstufe rot; dann ist die Krisensitzung einberufen worden.

Bei dieser Krisensitzung kann man natürlich nur festlegen, was man jetzt tun soll. Und der Auftrag war eben, objektiv zu prüfen, was wirklich Sache ist – oder war, muss man sagen, denn es waren ja eigentlich Ereignisse, die schon zwei oder drei Jahre vorher stattgefunden haben.

Diese Prüfungstätigkeit bei bestimmten Mitarbeitern in der Bank ist offensichtlich Herrn Dr. Kulterer zu Ohren gekommen. Dann hat er sich erinnert, dass ich ja das Sprachrohr von Deloitte bin, hat bei mir angerufen und hat sich sozusagen einmal telefonisch beschwert, dass wir Gerüchte in die Welt setzen, dass wir ihn sozusagen vor seinen Mitarbeitern diffamieren. Ich habe ihn beruhigt und habe gesagt: So ist es nicht, es gibt den Auftrag, das objektiv zu

ermitteln, wir sind dort emotionslos und wir werden sicherlich das **Objektivitätsgebot** nicht außer Acht lassen.

Herr Dr. Kulterer hat mich am Freitag, den 9. März, angerufen; das habe ich in meinem Kalender gefunden. Er war am Montag, den 12. März, kurz bei mir. Ich habe ihm gesagt, wenn von seiner Seite Interesse besteht, die Sache abzukürzen und den Verdacht zu entkräften, dann muss er halt als Auskunftsperson die Unterlagen vorlegen und die Auskünfte erteilen, die wir brauchen, um das beurteilen zu können. Und wenn ich mich recht erinnere, haben wir ihm am Tag darauf auch eine schriftliche Fragen- und Anforderungsliste geschickt.

Herr Kulterer hat sich bei mir einen Termin für den darauffolgenden Montag, den 19. März, ausgemacht. Da habe ich in meinem Kalender gefunden: Um 17 Uhr 30 eine interne Vorbesprechung – da war Herr Becker dabei, Herr Schuch, Herr Spitzer und ich –, und um 18 Uhr kam dann Herr Dr. Kulterer gemeinsam mit Herrn Dr. Moser als Aufsichtsratsvorsitzendem – da haben wir halt alles Mögliche dazu erläutert –, und sie⁸ haben, wenn ich mich recht erinnere, zwei dicke Aktenordner mit Unterlagen und einer Darstellung von Herrn Dr. Kulterer dagelassen. Die zwei Aktenordner habe ich genommen, habe sie dem Prüfungsteam gegeben und gesagt: Bitte streng prüfen, ob das alles richtig ist, was da drinnen steht!

Ich habe dann selbst eigentlich gar nichts mehr wirklich davon gehört, weil der Verdacht dürfte sich nicht erhärtet haben. Man hat das, glaube ich, einfach fallen gelassen, denn, wenn nicht wirklich ein Beweis gefunden wird oder etwas, was wirklich tragfähig ist als Vorwurf, dann kann man nicht gut als Abschlussprüfer ... – Das ist ja wie eine Verleumdung oder üble Nachrede, wenn man jemanden verdächtigt, ohne irgendetwas in der Hand zu haben.

Vielleicht hat es sogar noch ein Abschlussgespräch mit Herrn Dr. Kulterer gegeben. Das kann ich deswegen nicht sagen – ich hörte, es sollte am 28. März irgendetwas gewesen sein –, denn da war ich aber geschäftlich in Shanghai, ich war gar nicht in Österreich. Da war ich also nicht dabei. Wenn es also ein Abschlussgespräch mit Herrn Dr. Kulterer dazu gegeben haben sollte, war ich nicht dabei.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Ich gehe davon aus, dass, wenn der Managing Partner bei so einer Angelegenheit hinzugezogen wird, das eine brisante Angelegenheit für Deloitte war? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Sie haben dann dieses Prüfteam beauftragt, sich das anzuschauen, diesen ersten Anfangsverdacht noch einmal gründlich zu untersuchen? (*Auskunftsperson Vanas: Jawohl!*) – Jetzt verstehe ich aber nicht ganz, warum Sie dann nichts mehr davon gehört haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie in einer brisanten Angelegenheit, bei der der Managing Partner sogar mehrfach Gespräche mit dem Topmanagement der Bank hat – ich würde das als „Gipfeltreffen“ bezeichnen, denn das findet ja nicht alltäglich statt, dass der Aufsichtsratsvorsitzende, der Bankchef und Sie als Managing Partner, also der Deloitte-Chef zusammentreffen –, also von einer offensichtlich für alle Beteiligten hochheiklen Angelegenheit nachher nichts mehr hören. Es muss Ihnen doch der Bericht gelegt worden sein?

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe nur gesagt, wenn es ein Abschlussgespräch gab, war ich nicht dabei, weil ich im Ausland war. Es wurde mir vom Team berichtet, dass sich der Verdacht eben nicht erhärtet hat, es wurde nichts Tragfähiges gefunden, was man Herrn Dr. Kulterer wirklich vorwerfen hätte können oder was zu einer Anzeige nach § 63 BWG dienen hätte können.

8 [...] –, und wir haben, wenn ich mich recht erinnere, zwei dicke Aktenordner mit Unterlagen und einer Darstellung von Herrn Dr. Kulterer dagelassen. [...]

In diesem Absatz ist am Ende der 5. Zeile „wir“ durch „sie“ zu ersetzen.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

Um es ganz kurz zu machen, was mir berichtet wurde und was ich da aus den Aktenvermerken der Mitarbeiter gesehen habe, was sie als Ergebnis haben: Die Firma WBG hat Herrn Mag. Prasser in Österreich angestellt und die Gehaltskosten des Herrn Mag. Prasser wurden unter der Bezeichnung „Beratungsleistungen“ an die Puris weiterverrechnet.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Das war die Erklärung, die Ihnen Herr Kulterer auf den Tisch gelegt hat?

Dr. Bernhard Vanas: Das war das Ergebnis der *Prüfung*. Es wird wohl auch das gewesen sein, was Herr Dr. Kulterer gesagt hat, und das Gegenteil konnte nicht bewiesen werden. Es war nicht zu sehen, dass Herr Dr. Kulterer da selbst irgendeinen Euro davon bekommen hätte. Es waren die Gehaltskosten für Herrn Mag. Prasser.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Haben Sie sich nicht gefragt, warum Herr Mag. Prasser das Gehalt von der Puris bezieht? Wir haben da doch einen immensen Interessenskonflikt in alle Richtungen. Wir haben also den Herrn Kulterer als obersten Bankvertreter in einem Projekt, in dessen Zusammenhang drei zweistellige Millionenbeträge an Krediten geflossen sind – insgesamt 44 Millionen € –, gleichzeitig ist Herr Kulterer – das haben wir auch schon gehört – Aufsichtsrat bei den Empfängergesellschaften. Und dann gibt es ja in diesem Dreieck an Interessenskonflikten noch die WBG, wo Herr Kulterer behauptet, damit habe er eigentlich nichts zu tun, bringt aber offensichtlich zwei Ordner über Geschäfte und eine Gesellschaft mit, mit der er nichts zu tun hat. – Das reicht als Erklärung?

Dr. Bernhard Vanas: Ich sehe das ganz anders, Herr Dr. Hable. Wenn eine Bank Gefahr läuft, einen Kreditausfall zu erleiden, und sieht, dass der Kreditnehmer in einer Krise steckt, dann haben die Banken eigentlich immer das Bedürfnis, dorthin einen Berater zu schicken, der schaut, was ist wirklich los, was sind die Ursachen, vielleicht sogar einen Sanierungsmanager hinschicken. Die Banken sind gebrannte Kinder, wegen der faktischen Geschäftsführung laufen sie das Risiko, dass die Sicherheiten wertlos werden. Daher versucht man halt immer einen Berater nahezulegen, ohne ihn selbst von der Bank zu schicken.

So hätte ich das, ehrlich gesagt, in Erinnerung, dass die Bank im Interesse zur Sicherung ihres Kreditengagements einen erfahrenen Berater hinschickt, der schaut, dass man die Sache wieder saniert und flott bekommt. Das war mir nicht verdächtig, das hätte ich für eine normale Erklärung gehalten.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Abstrakt gesehen, klingt das ja plausibel, was Sie erzählen, dass in manchen Fällen Berater losgeschickt werden. Nur: Die Bank hatte da gar keinen Berater losgeschickt, es war sozusagen die Frau Kulterer.

Dr. Bernhard Vanas: Nein, ich glaube, so kann man das ...

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Die WBG⁹, die das Personal zur Verfügung gestellt hat, war im Mehrheitseigentum von Frau Kulterer. Und wie kann man es erklären, dass auf einmal Frau Kulterer die Interessen der Bank vertritt und in Sorge, dass die Bank Kreditausfälle erleidet, Berater losschickt?

Dr. Bernhard Vanas: Ich glaube, da haben Sie die Realität nicht so vor Augen, wie es tatsächlich ist. Wenn ein Unternehmen ein Problem mit der Hausbank hat, dann passiert Folgendes: Die Hausbank sagt, entweder du nimmst jetzt einen Berater, der schaut, dass alles wieder in Ordnung kommt, oder wir stellen dir den Kredit fällig und du gehst in Konkurs. Und da muss zwar das Unternehmen den Berater beauftragen, aber Sie dürfen nicht glauben, dass in der Praxis das Unternehmen freie Wahl hat, welcher Berater beauftragt wird. Der muss auch der Bank genehm sein, die Bank muss dort auch ein Vertrauen haben. Und so ist, würde ich einmal

9 [...] Die BWG, die das Personal zur Verfügung gestellt hat, [...]

Die zweite Frage von Herrn Dr. Hable sollte mit „Die WBG“ beginnen.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

meinen, Herr Mag. Prasser dort ins Geschäft gekommen. Beauftragt wurde er natürlich von der Geschäftsführung der Firma Puris. Der wurde nicht von der Bank beauftragt und er wurde nicht von Frau Kulterer beauftragt und auch nicht von Herrn Kulterer, sondern er wurde von der Geschäftsführung der *Puris* beauftragt.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Die Geschäftsführung der Puris beauftragt eine Firma, die im Mehrheitseigentum der Gattin des Bankchefs steht! Das wäre ein üblicher Vorgang?

Dr. Bernhard Vanas: Die Firma Puris war daran interessiert, Herrn Mag. Prasser als Berater zu bekommen.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Warum gerade den Herrn Mag. Prasser?

Dr. Bernhard Vanas: Das weiß ich nicht. Offensichtlich dürfte er die Kompetenz haben und der Bank war er auch recht, also wurde er beauftragt.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Na ja, der Herr Mag. Prasser war ja, wie wir mittlerweile wissen, sozusagen ein enger Freund, ein Spezl vom Herrn Kulterer. (*Auskunftsperson Vanas: Das weiß ich nicht!*), nicht bekannt als Experte für Hühnerfarmen. (*Auskunftsperson Vanas: Möglicherweise, ja!*)

Vorsitzende Doris Bures: Zweite Runde.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Das war ja sozusagen der Sachverhalt, der Ihnen vorgelegen ist. Haben da noch immer nicht die Alarmglocken geschrillt oder, wie soll ich sagen, weitergeläutet? Das war für Sie eine zufriedenstellende Erklärung?

Dr. Bernhard Vanas: Natürlich. Herr Mag. Prasser hat dort Beratungsleistungen erbracht. Das Gegenteil konnte nicht bewiesen werden. Und das Geld, das dafür bezahlt wurde, ist als Gehalt an den Herrn Mag. Prasser und nicht an den Herrn Kulterer ausbezahlt worden.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Nein, es ist nicht an den Herrn Mag. Prasser ausbezahlt worden, das Geld ist an die WBG geflossen.

Dr. Bernhard Vanas: Ja, aber die WBG hat es dem Herrn Prasser als Gehalt ausbezahlt. (*Zwischenruf des Abg. Lugar.*) – Warum das nicht direkt gegangen ist, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Also es ist für mich unerklärlich. So ein Vorgang, so eine Situation, Interessenskonflikte an drei Ecken! Üblicherweise wird man einen externen, objektiven Berater nehmen, aber man nimmt den nicht, sondern eine Gesellschaft, die offensichtlich im Naheverhältnis des Bankchefs selbst steht.

Und da ist ja nichts aufgeklärt worden, außer dass der Freund vom Herrn Kulterer angeblich Beratungsleistungen zur Verfügung gestellt hat, für die es auch keinen Nachweis gegeben hat. Das heißt, eigentlich hätte man ja den Nachweis erbringen müssen, dass der Herr Mag. Prasser sinnvolle, notwendige Beratungsleistungen für die Puris erbracht hat und nicht umgekehrt. Das ist ja eigentlich ein Umdrehen Beweislast.

Also man hätte nicht das Gegenteil beweisen müssen, sondern der Herr Kulterer hätte beweisen müssen, dass der Herr Mag. Prasser erstens die Kenntnis dazu hatte, einer Hühnerfarm wieder auf die Beine zu helfen, zweitens diese Leistungen auch tatsächlich erbracht hat. Und das hat er offensichtlich nicht gemacht. Also wie kann sich Deloitte damit zufriedengeben? Das verstehe ich nicht.

Dr. Bernhard Vanas: Das Prüfungsteam hat jedenfalls nichts gefunden. Obwohl ich den Auftrag gegeben habe, das streng zu prüfen, wurde in den Unterlagen, in den zwei Ordnern, die

ich mir selbst nicht angeschaut habe, nichts gefunden, was darauf hinweisen könnte, dass es ein Kick-Back, also eine Zahlung an den Herrn Kulterer, gibt.

Wenn Herr Prasser das Herrn Kulterer weitergibt, dann müssen **Sie** beweisen, dass das so war. Wir konnten das **nicht** feststellen.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Es hätten ja nicht Sie beweisen müssen, sondern der Herr Kulterer, wie ich gesagt habe. Der Herr Kulterer hätte beweisen müssen, dass diesen Zahlungen auch echte Leistungen gegenüberstehen. So wie es aussieht, klingt das alles aber vollkommen unplausibel. Diese Nachweise hat er nicht erbracht. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie das bei Deloitte sozusagen als Ausräumung der Verdachtslage dann festgestellt haben.

Klar ist: Als das dann noch einmal untersucht worden ist, nämlich von der SOKO, ist eine über 70-seitige Sachverhaltsdarstellung herausgekommen, wo das alles drinsteht, und dass das natürlich nicht nachvollziehbar ist.

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe schon in meinem Einleitungsstatement gesagt: Wir sind nicht die Wirtschaftspolizei; ich habe diese Möglichkeiten gar nicht. Also wo das Geld, das¹⁰ Herrn Prasser auf sein Konto bezahlt wurde, dann letztlich weitergeleitet wurde, das kann ich alles nicht feststellen.

Ich kann nur anhand der Unterlagen, die man mir freiwillig gibt, feststellen, dass an den Herrn Dr. Kulterer nichts geflossen ist, sondern nur an den Herrn Prasser.

Und ob die Beratungsleistungen, die der Herr Prasser dort erbracht hat, etwas wert waren oder nicht – keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Aber das war die entscheidende Frage. Denn sonst, wenn das nicht zufriedenstellend beantwortet worden ist – das konnte es offensichtlich auch nicht –, sind es Kick-Back-Zahlungen. Die entscheidende Frage ist: Stehen diesen Zahlungen Leistungen gegenüber? Ja oder nein?

Wenn ja – das konnte Herr Kulterer offensichtlich nicht nachweisen –, dann wäre alles in Ordnung. Wenn nein, dann sind es Kick-Back-Zahlungen.

Dr. Bernhard Vanas: Aber es ist sicher auch die Geschäftsführung der Puris gefragt worden, und die haben gesagt: Jawohl, der Herr Prasser hat für uns gearbeitet. Das ist sicher gemacht worden. Da lege ich meine Hand für mein Team ins Feuer. Natürlich haben die gefragt: Kennen Sie den Herrn Prasser überhaupt? –Ja.

Es gibt ja auch Beratungsleistungen, die überhaupt nicht stattfinden und den Menschen gibt es gar nicht. War der Herr Prasser im Haus? Was hat er gemacht? Das haben sie sicher gefragt. Und da das von der Geschäftsführung der Puris als unabhängigem Dritten zufriedenstellend beantwortet wurde, konnte da nicht weiter ein Verdacht verfolgt werden.

Als Abschlussprüfer, als Bankprüfer sind wir verpflichtet, eine Anzeige nach § 63 BWG zu machen, wenn wirklich schwerwiegende Verstöße gegen Gesetz oder Satzung vorliegen, und das konnten wir nicht feststellen. Wir sind beweispflichtig!

Vorsitzende Doris Bures: *Eine* Frage noch in dieser Runde, Herr Abgeordneter, dann verweise ich Sie auf die dritte.

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Dann ein letzter Aspekt: Wir sind uns ja offensichtlich nicht darüber einig, wer den Beweis führen muss. Es sind einmal Zahlungen aus

10 [...] Also wo das Geld, dass Herrn Prasser auf sein Konto bezahlt wurde [...]

„das“ anstelle von „dass“ wäre grammatikalisch richtig.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

einem bankfinanzierten Projekt in den Nahbereich des Bankvorsitzenden, das steht schon einmal fest. Und dass das in Ordnung war, da liegt die Beweislast schon beim Herrn Kulterer, und das konnte er offensichtlich – dazu gibt es überhaupt keine Unterlagen – auch nicht austräumen. Aber gut. Danke einstweilen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher wissen Sie, dass Ihre Mitarbeiter bei der Geschäftsführung von Puris angefragt haben?

Dr. Bernhard Vanas: Woher ich das weiß? – Weil das sicher eine der Prüfungshandlungen ist, die wir besprochen haben, um sicherzugehen, dass das nicht Scheinrechnungen sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, überzeugt hätte mich das auch nicht. Also ich meine, wenn es wirklich Kick-Back-Zahlungen sind, wäre ich schon davon ausgegangen, dass der, der die Kick-Back-Zahlung unterschreibt, weiß, dass es eine Kick-Back-Zahlung ist. Wenn der mir dann sagt, das ist gar keine Kick-Back-Zahlung, weiß ich nicht, ob mich das schon überzeugt hätte. Also das finde ich jetzt noch nicht so total logisch.

Ein unabhängiger Dritter ist das nicht. Sie haben vorher gesagt: Wenn ein unabhängiger Dritter noch sagt ... – Wieso die Puris-Geschäftsführung ein unabhängiger Dritter ist, geht in meinen Kopf *nicht* hinein.

Wie haben Sie überhaupt von Herrn Kandler erfahren, dass es da einen Verdacht gibt?

Dr. Bernhard Vanas: Am 2. März gab es diese interne Besprechung. Da ist das berichtet worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und da ist auch berichtet worden von diesem Anruf an die OeNB? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) – Wie haben Sie von dem erfahren? (*Auskunftsperson Vanas: Jetzt!*) – Das haben Sie damals alles nie erfahren?

Dr. Bernhard Vanas: Nein. Ich habe nicht gewusst, dass mit der Nationalbank darüber gesprochen wurde.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das haben Sie jetzt aus den Medien erfahren? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Okay, gut.

Eine der Aufgaben des Parlaments – ich komme jetzt zu einem ganz anderen Thema – ist auch, immer für ein bisschen Transparenz zu sorgen. Nun hört man immer: Deloitte, Partner und so weiter. Es gibt Leute, die wissen, was das heißt, aber könnten Sie in ein paar Sätzen allgemein verständlich beschreiben, wie Deloitte funktioniert?

Dr. Bernhard Vanas: Ich möchte da jetzt nicht jemanden langweilen, aber es ist so: Deloitte bezeichnet sich als Partnerschaft. Die Partner würden Sie wahrscheinlich im juristischen Sinn als *geschäftsführende Gesellschafter* bezeichnen; was sie sind. Diese Partner sind letztlich die, die das Unternehmen führen.

Das waren bei Deloitte, als ich dort war, 34 Stück geschäftsführende Gesellschafter¹¹. Aber dazu gab es noch weitere 35, die nur Geschäftsführer waren, ohne Anteile zu haben. Sie haben also eine Mannschaft mit etwa 70 Geschäftsführern und das muss irgendwie gelenkt werden. Dazu gibt es einen geschäftsführenden Ausschuss.

Die Geschäftsfelder, die Deloitte betreibt, sind unterschiedlich. Wir reden hier eigentlich immer nur über die Abschlussprüfung. Es gibt aber daneben die Steuerberatung, die Unternehmensberatung, Personalberatung, es gibt Corporate Finance – also es gibt unterschiedliche Geschäftsfelder.

11 [...] Das waren bei Deloitte, als ich dort war, 34 Stück, die geschäftsführende Gesellschaft. [...] Der Absatz sollte folgendermaßen beginnen: „**Das waren bei Deloitte, als ich dort war, 34 Stück geschäftsführende Gesellschafter**“.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

Deloitte ist ein weltweites Franchise-System. Die österreichische Deloitte-Gesellschaft gehört den österreichischen Partnern und hat einen Vertrag mit Deloitte International, dass sie sich solange Deloitte nennen darf, als die internationalen Qualitätsrichtlinien eingehalten werden. Die werden auch laufend kontrolliert. Da gibt es also Reviews und da wird jeder Verstoß gegen die deloitteinternen Richtlinien festgehalten und gerügt.

Die Gesamtpartnerschaft ist so organisiert, dass es letztlich wie ein einziges Unternehmen dasteht, sodass das Gesamtergebnis unter den Partnern verteilt wird und nicht jeder nur das verdient, was er jetzt an Umsatz und Ertrag macht.

Sonst würde sich ja niemand finden, der wie Herr Kandler die Funktion als Risikomanager übernimmt, denn¹² der hat kaum Zeit für Klienten; es würde auch niemand die Rolle des Managing Partners übernehmen, denn der hat auch kaum Zeit für Klienten.

Daher ist das eben so organisiert, dass der Gewinn geteilt wird – jetzt nicht so, wie¹³ jeder einzelne an Umsatz und Ertrag macht, sondern vom Gesamtergebnis bekommt jeder einen Anteil.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Jeder denselben? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) – Wie läuft so ein Schlüssel?

Dr. Bernhard Vanas: Da gibt es einen Verteilungsschlüssel, der ist im Gesellschaftsvertrag festgelegt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und der hat nichts zu tun mit dem Anteil an Umsatz oder Gewinn, den einer bringt? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) – Sondern so und so viele Anteile, weiß man schon am Anfang des Jahres?

Dr. Bernhard Vanas: Also praktisch wie Quoten, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Sie waren so eine Art *Mediator* und nach außen sprechend und so weiter und haben eben am 27. März von Spitzer diesen Anruf bekommen (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*), haben den Auftrag erteilt an das Prüfungs-Team, objektive ... – Also wir reden von 2006. (*Auskunftsperson Vanas: Von den Swapverlusten, ja!*) Sie haben also an das Prüfungsteam den Auftrag erteilt. Ich nehme an, Sie haben Spitzer den Auftrag gegeben?

Dr. Bernhard Vanas: Natürlich, ich habe ihm gesagt, Team und Becker beiziehen, beiziehen als zweiten, der sich auskennt, und bitte verifizieren, ob da etwas dran ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): 29. März, Abend, Konsultation, Prüfungsteam plus ausgewählte Partner. Wer hat diese Partner ausgewählt?

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann gar nicht mehr sagen, wie die Auswahl stattgefunden hat. Aber es war jedenfalls eine größere Runde. Es waren sicher mindestens fünf, sechs Partner, die da zusammengesessen sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie ausgewählt, wer da dazukommt?

Dr. Bernhard Vanas: Ich glaube, das ist intern auf kurzem Wege abgestimmt worden: Wer Zeit hat, wer sich da auskennt und wer dafür geeignet ist, und ich glaube, die Auswahl war nicht falsch.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das können ja nur Sie gewesen sein, oder?

12 [...] Sonst würde sich ja niemand finden, der wie Herr Kandler die Funktion als Risikomanager übernimmt, **der der** hat kaum Zeit für Klienten; [...]

Die Wortfolge „der der“ sollte durch „**denn der**“ ersetzt werden.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

13 Das letzte Wort sollte „**wieviel**“ oder „**was**“ anstelle von „wie“ lauten.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde abgelehnt.

Dr. Bernhard Vanas: Ja, es ist da natürlich hektisch hin und her telefoniert worden. Und dann ist dieses Team eben gestanden. Das ist ad hoc zusammengestellt worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber ich meine, Spitzer und Becker waren beschäftigt? (*Auskunftsperson Vanas: Die haben berichtet, ja!*) – Dann werden Sie sie beraten haben. Nur Sie können das Team zusammengestellt haben. Wer soll das sonst gemacht haben?

Dr. Bernhard Vanas: Es ist telefoniert worden – mit dem Herrn Kandler, der war für Risk-Management zuständig. Ich war zu diesem Zeitpunkt gar nicht allein Managing Partner, da war noch Bernhard Gröhs als weiterer Managing Partner. Wir haben das gemeinsam gemacht, als gemeinsame Führung.

Auch Philip Göth als Bankenexperte ist noch beigezogen worden, der war dabei. Also ich weiß nicht, wer noch dabei war. Ich kann mich nicht mehr genau erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber die drei waren jedenfalls dabei.

Dr. Bernhard Vanas: Ja, die, die ich jetzt genannt habe, waren alle dabei.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie waren gegen den Alleingang? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Wer war denn für den Alleingang?

Dr. Bernhard Vanas: Wer dafür war? Wohl alle anderen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie waren der Einzige?

Dr. Bernhard Vanas: Vielleicht war Herr Spitzer auch noch dazu bereit, mit Herrn Groier dieses Telefonat zu führen. Aber ich glaube, alle anderen waren einhellig der Meinung, dass man das *nicht* machen sollte. Da war ich in der Minderheit, gebe ich zu.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es soll ja nichts Ärgeres passieren.

Wer war denn Ihr Konterpart, also Wortführer der anderen? Oder waren alle dieser Meinung? (*Auskunftsperson Vanas: Da waren alle dieser Meinung!*) Sie haben vorher gesagt, Sie haben die Aufgabe übernommen, auch mit dem Partner zu reden. Also mit CONFIDA. (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Aber wenn der Auftrag lautet, nicht mit denen zu reden, wie kann man die Aufgabe übernehmen, mit denen zu reden?

Dr. Bernhard Vanas: Na ja, am nächsten Tag war es ja nicht sehr angenehm, als wir uns in der FMA getroffen haben. Es waren alle sehr aufgebracht. Der Vorstand war aufgebracht. Der hat, glaube ich, 50-mal bei Herrn Dr. Spitzer am Handy angerufen und ihn nicht erreicht, weil ich das Handy vom Herrn Spitzer eingezogen habe. Es ist bei mir im Tresor gelegen, damit man ihn nicht bombardieren kann.

Das sind alles diese Themen, die ich dann eben als Mediator oder als Puffer ausräumen musste (*Abg. Krainer: Okay, also am 29. Juni ...!*), wenn gefragt wurde, wieso er nicht erreichbar war. Das war keine Unhöflichkeit, sondern dieses Handy war zur Sicherheit eingezogen¹⁴.

Herr Groier war natürlich auch aufgebracht, und hat gefragt: Wieso sagt mir niemand etwas?! Wieso erfahre ich das im Nachhinein?! – Dann habe ich versucht, ihm das zu erklären und habe mit ihm gesprochen. Natürlich war er not amused.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ein bisschen langsamer, Sie sind mir zu schnell.

14 [...] Das sind alles diese Themen, die ich dann eben als Mediator oder als Puffer ausräumen musste (*Abg. Krainer: Okay, also am 29. Juni ...!*), wenn gefragt wurde, wieso er nicht erreichbar war. Das war keine Unhöflichkeit, sondern das war dieses Handy war zur Sicherheit eingezogen. [...]

Hier sollte „...“, sondern dieses“ stehen. Die Worte „das war“ sind zu viel.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde angenommen.

Am 29. am Abend beschließen Sie, aber nicht sofort. Zuerst war das Gespräch mit der FMA. (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) Gut. Wie kommt es zu diesem Gespräch mit der FMA?

Dr. Bernhard Vanas: Indem man bei der FMA beim Vorstand angerufen hat ... (*Abg. Krainer: Wer ist „man“?*) Ich habe nicht selbst angerufen. Ich glaube, es war Philip Göth, der angerufen hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der ruft dann den Vorstand an ... (*Auskunftsperson Vanas: Ja, und sagt, wir haben ein ...!*) Da gibt es ja zwei! (*Auskunftsperson Vanas: Ich weiß nicht, mit wem er ...!*) – Okay.

Dr. Bernhard Vanas: Aber es waren dann, glaube ich, mindestens zehn Leute von der FMA, die uns gegenübergesessen sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also der ruft an und sagt, we have a problem.

Dr. Bernhard Vanas: Ja. Wir brauchen dringend einen Termin. – Vorstand sagt: Bitte komm um 14 Uhr. Und dann sind wir hinmarschiert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann erklären Sie das Problem. Dann rufen die noch einmal an, dann gehen Sie nach Hause ... (*Auskunftsperson Vanas: Die werden das natürlich auch nachbesprochen haben!*) Dann ruft Hysek noch einmal an und fragt: Ist das echt wahr, was Sie uns gerade gesagt haben?

Dr. Bernhard Vanas: Sind Sie sicher, sind Sie zu 100 Prozent sicher?, hat er mich gefragt. Sonst hat er nichts gefragt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Sie haben ein Ja gesagt?

Dr. Bernhard Vanas: Ja, ich habe gesagt, wir sind zu 100 Prozent sicher. Wir haben das noch einmal überprüft und sind zum Ergebnis gekommen: Ja, die Bilanz ist falsch!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War es ausgemacht, dass Sie noch einmal angerufen werden? Die haben Ihnen gesagt, wir besprechen das jetzt, wir melden uns bei Ihnen – oder?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, wir haben gesagt, jetzt, in einer Stunde, nachdem wir nach Hause gehen, werden wir das¹⁵ zurückziehen, wenn wir nichts hören. Dann haben die noch einmal angerufen und mitgeteilt, was das Ergebnis ihrer internen Besprechung – da war ich nicht dabei – in der FMA war. Und die FMA wollte natürlich genauso wie wir sichergehen, dass das nicht bloß ein Verdacht ist, sondern dass das wirklich so war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und dann haben Sie eine halbe Stunde später die E-Mails und die Faxe an die FMA weggeschickt?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, der Widerruf des Bestätigungsvermerkes ist zwar nicht im Gesetz geregelt, aber es gibt dazu eine Praxis, die auch in einem Fachgutachten festgehalten ist. Als *actus contrarius* zum Bestätigungsvermerk muss der *Widerruf* an denselben Adressatenkreis gehen wie der Bestätigungsvermerk selbst: also an alle Vorstandsmitglieder, an alle Aufsichtsratsmitglieder, an die FMA und an das Firmenbuchgericht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und haben Sie das der CONFIDA dann auch geschickt?

Dr. Bernhard Vanas: Natürlich haben wir es der CONFIDA dann auch gesagt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann haben Sie dort angerufen und gesagt ...

Dr. Bernhard Vanas: Nein, ich glaube, das ist per E-Mail oder per Fax gegangen. Das ist schriftlich gegangen. (*Abg. Krainer: Okay!*) – Es gab dann eine große Aufregung – wenn ich

15 Hier fehlt nach dem Wort „das“ das Wort „Testat“.

Anmerkung: Diese Einwendung wurde abgelehnt.

das auch gleich vorwegnehmen darf, weil Sie sagen, „Mediator“ und was ich da überhaupt zu sprechen hatte.

Der Vorstand, ich glaube, Dr. Kulterer, war im Ausland und hat es aus dem Radio oder aus der „Kronen Zeitung“ erfahren oder irgendwie hat er es gehört, noch bevor er das Mail oder das Fax überhaupt bekommen hat, weil er ja nicht im Büro war. Und da waren die Medien schon informiert und es war schon im Radio, im Fernsehen oder sonst irgendwo. Dann war er natürlich sehr böse und hat gesagt, es ist wirklich arg, dass er das aus den Medien erfahren muss.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also bevor Sie ihm das E-Mail geschickt haben, hat er es schon von einer ...?

Dr. Bernhard Vanas: Dr. Kulterer war im Ausland. Das E-Mail ist bei ihm am Schreibtisch im Büro gelegen und er hat es eben, ich weiß nicht, im Autoradio oder so gehört, in den Nachrichten. Deswegen waren zahlreiche Telefonate notwendig, um die Herrschaften wieder einigermaßen zu beruhigen.

Nicht wir haben das an die Medien weitergegeben. Der Verdacht ist ja im Raum gestanden, dass wir es nicht nur an den Adressatenkreis des Bestätigungsvermerkes geschickt, sondern vielleicht auch die Medien informiert hätten. Und das kann ich ausschließen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ergebnis war jedenfalls: Ein paar Tage später hat auch die CONFIDA zurückgezogen, denn es schaut ja blöd aus, wenn die CONFIDA nicht auch zurückzieht.

Dr. Bernhard Vanas: Das war die Entscheidung der CONFIDA. Darauf haben wir keinen Einfluss gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber es hätte ja blöd ausgesehen, wenn sie es nicht getan hätten. Ergebnis am Ende, ganz lang später, ist: Die CONFIDA verliert alle Prüfungsaufträge – Kärntner Landesholding, Bank, quasi alles, was mit Kärnten zu tun hat – und Sie als Deloitte bekommen alle. Deloitte behält das und bekommt andere dazu.

Dr. Bernhard Vanas: Frau Abgeordnete Lichtenecker hat schon ein E-Mail vorgelegt, wo die Antwort auf die Frage, wieso Deloitte die Aufträge behalten hat, drinnen steht: weil sich Deloitte beim Einstieg von Dr. Berlin nützlich gemacht hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben sich nützlich gemacht beim Einstieg von Dr. Berlin. Und deswegen haben Sie für die Kärntner Landesholding einen Prüfauftrag bekommen?

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann nur sagen, wieso die Meinung, die zuerst sowohl genauso massiv gegen die CONFIDA wie auch Deloitte war – da war Deloitte genauso ... – Der Herr Landeshauptmann Haider hat uns geradezu beschimpft und bedroht und uns Klagen angekündigt. Das hat sich dann geändert, als eben Dr. Berlin eingestiegen ist. Mehr kann ich dazu nicht sagen, weil ich diesbezüglich von der Verschwiegenheit nicht entbunden bin.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber das stimmt schon, dass Sie als Deloitte für die Kärntner Landesholding einen Prüfauftrag gehabt haben?

Dr. Bernhard Vanas: Davon weiß ich nichts. Es ist durchaus möglich, aber da habe ich keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dass die einen Auftrag bekommen haben, das Birnbacher-Gutachten zu plausibilisieren?

Dr. Bernhard Vanas: Da war ich nicht involviert. Da hat man mich nicht beigezogen. Ich war nur in der Sache Rückzug des Testats und dieser Puris-Sache involviert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist Ihnen in der Zwischenzeit aber schon bekannt, aber nicht aus Ihrer Funktion damals?

Dr. Bernhard Vanas: Ja, so ist es. Ich kann dazu gar nichts sagen, es tut mir leid.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie noch, wer der Partner war, der dann diese „Aufträge“ – unter Anführungszeichen – an Land gezogen hat?

Dr. Bernhard Vanas: Dazu kann ich aus eigener Wahrnehmung auch nichts sagen. Ich lese in den Medien, dass Herr Dr. Spitzer tätig war. Ich weiß aber nicht, ob er die Aufträge an Land gezogen hat. Ich weiß nicht, ob er diese alleine abgewickelt hat. Ich weiß nicht, wer sonst noch involviert war. Meine Partner haben es damals offensichtlich nicht für nötig gehalten, mich in diese Sache zu involvieren.

Vorsitzende Doris Bures: Sie sind schon in der zweiten Runde, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sagen, das waren damals zirka 35 Partner und 35 Geschäftsführer ohne Anteile? Also 70 ...

Dr. Bernhard Vanas: 70 Geschäftsführer, die zeichnungsberechtigt sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Jeder macht halt seine Sache und kriegt einen Teil vom Gewinn, also die Partner natürlich, die anderen kriegen nur ein Gehalt.

Diese Struktur von Deloitte, die Sie vorher kurz beschrieben haben, ist das eigentlich dieselbe wie bei Andersen gewesen oder eine ähnliche wie bei Andersen?

Dr. Bernhard Vanas: Im Prinzip ja, das sind alles Netzwerke, wo die Landesgesellschaft den lokalen Partnern gehört und sie über einen Franchise-Vertrag geknebelt sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war für die erste Runde alles. – Danke.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Herr Professor Vanas, Grüß Gott auch von meiner Seite!

Ich möchte bei den Terminen 27.3.2006, 29.3.2006, beim Themenfeld Swaps und die weitere Vorgangsweise weitermachen. Ich möchte da aber eine zeitliche Abfolge herausarbeiten bezüglich dessen, was am 27. März 2006 passiert ist.

Wir haben mehrfach gehört und von Ihrer Seite bestätigt bekommen, dass Herr Dr. Spitzer Sie am 27. März 2006 telefonisch informiert hat. – Wissen Sie noch, wann das am 27. War: vormittags?

Dr. Bernhard Vanas: Ich war, wie gesagt, in Salzburg, ich war gar nicht in Wien. Ich habe einfach das Telefonat entgegengenommen, und er hat gesagt: Da gibt es ein Problem, wir müssen uns dringend zusammensetzen! Er hat auch aus Vertraulichkeitsgründen nicht alles am Telefon gesagt. Er hat nur gesagt, dass wir da offensichtlich ein großes Problem haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Wissen Sie noch, ob es die erste oder zweite Tageshalbezeit war, vor dem Mittagessen, nach dem Mittagessen? Ich werde gleich erläutern, worauf ich hinaus will.

Dr. Bernhard Vanas: Ich bitte um Verzeihung, aber das weiß ich wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Sie haben auch gesagt, es wurde dann von Ihrer Seite auch praktisch kurzfristig, aber vermutlich doch an diesem 27., ein Team zusammengestellt für diese angesetzte interne Besprechung am 29.

Wissen Sie, wann das an diesem Tag, dem 27., war? Wann hat dieses Teambuilding stattgefunden?

Dr. Bernhard Vanas: Also ich habe Herrn Dr. Spitzer gesagt, es wäre sinnvoll, wenn nicht nur jemand, der den Klienten kennt oder mit der Hypo Alpe-Adria vertraut ist, sondern auch

jemand, der völlig unbefangen ist, an die Sache herangeht, emotionslos sozusagen, und sich das mit der gehörigen Objektivität anschaut. Da sind wir eben zu dem Ergebnis gekommen, dass Herr Mag. Becker da wahrscheinlich die richtige Person wäre, vorbehaltlich natürlich, dass er überhaupt Zeit und Kapazitäten hat mit seinem Team, sich dem Thema zu widmen, denn ich wollte mich nicht am 29. mit dem Team treffen und dann über Mutmaßungen spekulieren, was vielleicht sein *könnte*, sondern da müssen *Fakten* und *Prüfungsergebnisse* auf dem Tisch sein, denn sonst hat die Besprechung keinen Sinn.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Das heißt, man kann zusammenfassen: Da ist die weitere Vorgehensweise bereits geplant und besprochen worden. (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Wir haben hier im Untersuchungsausschuss bereits eine Aussage gehabt, dass es nämlich am 27. am Abend ein Geschäftsessen gegeben habe, wo Herr Dr. Spitzer und auch Herr Groier anwesend waren und auch offenkundig über diese Swapangelegenheit gesprochen haben.

Dem Ausschuss ist bekannt, und es wurde heute mehrfach daran festgehalten, und auch vonseiten der CONFIDA entsprechend mehrfach ausgesagt – das Gerücht hält sich hartnäckig –, dass mit Deloitte vereinbart wurde, da nicht ohne Abstimmung in die Zukunft zu gehen und dann auch gemeinsam zu entscheiden, wie weit da vorgegangen werden soll.

Nach Ihrer jetzigen Aussage hat aber vor diesem Geschäftsessen Herr Dr. Spitzer auch darüber Bescheid gewusst, dass am Mittwoch intern bei Deloitte praktisch zusammengesessen werden soll und dass es da entsprechende Besprechungen gibt.

Wissen Sie, ob Herr Dr. Spitzer den Herrn Groier davon informiert hat?

Dr. Bernhard Vanas: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Kann es sein, dass Herr Dr. Spitzer mit Herrn Groier etwas anderes besprochen hat, wenn Groier & Co vonseiten CONFIDA etwas anderes behaupten als Deloitte?

Dr. Bernhard Vanas: Alles kann sein. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Ja, aber das hat Herr Dr. Spitzer hier so ausgesagt, nämlich dass solche Sachen besprochen worden sind bei diesem Geschäftsessen. Aber er ist gleichzeitig – Ihrer Aussage nach vorhin – eine entsprechende Vertrauensperson. Deswegen war er auch beigezogen beim Termin, bei der internen Besprechung von Deloitte am 29.3.

Dr. Bernhard Vanas: Er war der akkreditierte Bankprüfer. Nur seine Stimme zählt bei der FMA, er ist der Bankprüfer. Da wird eine bestimmte Person genannt, nicht Deloitte, sondern eine bestimmte Person, und das war der Herr Dr. Spitzer. Also ohne ihn geht gar nichts.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Das heißt trotzdem, dass es nicht auszuschließen ist, dass es sehr wohl zwischen Herrn Dr. Spitzer und dem Vertreter der CONFIDA am Montagabend, am 27. eine Besprechung gegeben hat, die sich inhaltlich von dem unterschieden hat, was Sie am Nachmittag auch besprochen haben?

Dr. Bernhard Vanas: Ich weiß es nicht, ich war nicht dabei. Und ich könnte auch nur das erzählen, was mir Herr Groier und Dr. Spitzer erzählt haben, das hilft ja nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Ja, nur am 29. waren Sie ja mit Herrn Dr. Spitzer zusammen bei dieser internen Sitzung. Am Mittwoch dem 29.3.

Dr. Bernhard Vanas: Wir hätten der Idee etwas abgewinnen können, das mit Herrn Groier noch abzustimmen und am nächsten Tag gemeinsam mit Herrn Groier dorthin zu gehen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): War das die Meinung von Herrn Dr. Spitzer?

Dr. Bernhard Vanas: Also ich glaube, Dr. Spitzer und ich wären da die Einzigen gewesen, die dieser Vorgangsweise was abgewinnen hätten können. Die anderen waren strikt dagegen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Das ist jetzt eben auch interessant, weil Mag. Malleg auch davon zu berichten wusste, dass es, wie er wörtlich gesagt hat, zwei Fraktionen bei Deloitte gegeben habe mit unterschiedlichen Tendenzen, wie mit diesen Informationen umgegangen werden soll. Das heißt, Mag. Malleg war auch entsprechend gut informiert, dass es bei der Besprechung bei Deloitte unterschiedliche Meinungen dazu gegeben hat. – Können Sie das bestätigen, also diese zwei „Fraktionen“?

Dr. Bernhard Vanas: Herr Mag. Malleg ist in dieser Sache kein einziges Mal aufgetreten, wo ich auch dabei gewesen wäre. Woher er seine Information hat, weiß ich nicht. Aber er war jedenfalls bei den Gesprächen nicht dabei. Ich habe dazu mit Herrn Malleg auch nicht gesprochen. Ich habe immer nur mit Herrn Dkfm. Groier gesprochen und vielleicht auch mit den Mitarbeitern oder jungen Partnern, die dort die Prüfung geleitet haben, mit Herrn Dr. Greyer, aber mit Herrn Malleg sicher nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Herr Malleg hat auch nicht behauptet, dass er mit Ihnen gesprochen hat. Er hat nur festgehalten, dass es „zwei Fraktionen“ – unter Anführungsstrichen, das war seine Wortwahl – bei Deloitte bezüglich der weiteren Vorgangsweise gab. Wie hat er es gesagt: Es war kontroversiell bei Deloitte, wie man weiter vorgehen solle, ob mit oder ohne Einbindung von CONFIDA. Also da hat er auch entsprechend richtig ausgesagt?

Dr. Bernhard Vanas: So ist es in Partnerschaften, dass die Mehrheit entscheidet.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Welche genauen Vorgehensweisen wurden dann tatsächlich von den zwei Fraktionen diskutiert, die sich so unterschieden haben, dass es dann eine Abstimmung darüber geben musste – jetzt bei Ihnen bei dieser Sitzung am 29., um das noch einmal klarzumachen?

Dr. Bernhard Vanas: Also ganz kurz: Die eine Möglichkeit ist, dass man den Bestätigungsvermerk am nächsten Tag sang- und klanglos zurückzieht, ohne vorher mit der FMA gesprochen zu haben. Das wollten wir nicht. Da war niemand dafür.

Und die andere Variante wäre eben gewesen, gemeinsam mit der CONFIDA den Widerruf des Bestätigungsvermerkes zu machen. Und da bin ich in der Minderheit geblieben mit der Idee, dass das auch gangbar wäre.

Und andere Varianten gab es nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Welche Argumente wurden dort von der Mehrheit der anwesenden Personen ins Treffen geführt, die CONFIDA bei dieser Abstimmung praktisch *nicht* einzubinden?

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe diese Frage heute schon beantwortet. Ich darf darauf verweisen, dass da die Gefahr bestand, dass sich die Sache in die Länge ziehen könnte, indem die CONFIDA die Absicht, den Bestätigungsvermerk zu widerrufen, dem Vorstand kommuniziert. Und der Aufsichtsrat und alle reden auf uns ein und versuchen, die Sache noch einmal zu besprechen, und in einer Woche noch einen Termin und dies und jenes. Und das wollten wir einfach nicht.

Wir wollten uns in die Diskussion gar nicht einlassen, weil es ganz klar war, dass die Bilanz falsch war und wir keine Verzögerung mehr dulden konnten.

Wenn am 29. März 2006 bei uns dokumentiert ist, dass der Bestätigungsvermerk 2004 falsch war, weil die Bilanz falsch war, dann haben wir nach dem *Gesetz* die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, unverzüglich zu widerrufen. Unverzöglich!

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Herr Professor, mir geht es darum: Sie haben ja offensichtlich persönlich die Meinung vertreten, eine Einbindung wäre nicht der falsche Weg, eine Einbindung von CONFIDA. Unverzüglich war bei Ihnen – wenn ich das jetzt auch richtig mitgeschrieben habe – ein Telefonat mit dem Herrn Dr. Hysek am 30.3. und eine halbe Stunde später der Widerruf.

Dr. Bernhard Vanas: Nein. Vor dem Telefonat mit dem Herrn Dr. Hysek hat ungefähr eine zweistündige Besprechung in der FMA zwischen den Vertretern von Deloitte und der FMA stattgefunden. Dort ist ausführlich erörtert worden, was passiert ist und dass wir keine andere Möglichkeit sehen als den Bestätigungsvermerk zurückzuziehen. Und dann sind wir nach dieser zweistündigen Besprechung auseinandergeschieden, und jeder hat noch eine Stunde zum Nachdenken gehabt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Okay. Aber es war dann immerhin am 30. März?

Dr. Bernhard Vanas: Ja, ist richtig.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Davor wäre keine Zeit gewesen, noch zu versuchen, unverzüglich, wie Sie sagen, auch den Partner entsprechend zu informieren, und nicht danach?

Dr. Bernhard Vanas: Es tut mir leid, die Entscheidung ist anders gefallen. Ich kann nicht gegen die Entscheidung unseres Gremiums handeln.

Vorsitzende Doris Bures: Wir kommen jetzt in die zweite Runde, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Diese werde ich nutzen, denn das passt jetzt sehr gut zu einer Frage, die vorhin schon angerissen wurde, denn es ist auch genauso gesagt worden und in einem Akt auch wiedergegeben, der heute schon vonseiten der NEOS zitiert wurde mit der Nummer 12838, Aktenvermerk Kandler, in Absatz 3, dass es einen massiven Vertrauensverlust von Deloitte gegenüber der Hypo Group Alpe-Adria gegeben habe. Stimmt das soweit?

Dr. Bernhard Vanas: Mich dürfen Sie nicht persönlich fragen. Ich habe keine schlechten Erfahrungen in diesem Sinn gemacht, dass mich jemand angelogen hätte. Ganz im Gegenteil: Als ich das Krisenmanagement übernommen habe, hat sich Herr Dr. Kulterer korrekt verhalten. Es hat sich Herr Dr. Ederer, der für den Aufsichtsrat meine Ansprechperson war, immer sehr korrekt verhalten, er war jederzeit erreichbar. Also da könnte ich mich wirklich nicht beschweren.

Aber, dass das Prüfungsteam dort das Vertrauen verloren hat in die Auskünfte, die sie so bekommen, das verstehe ich natürlich. Die sind klarerweise enttäuscht worden. Und die Enttäuschung ist auch verständlich, weil die Abschlussprüfung beruht natürlich schon – und das ist vielleicht auch eine Schwäche der Abschlussprüfung – auf einer Kooperation. Der Abschlussprüfer fragt, und man bekommt eine Auskunft.

Es ist leider so, dass diese Auskünfte, die wir von den Klienten bekommen, von den Prüfungsklienten – nicht nur, dass wir es nicht erzwingen können –, nur unter einer Strafsanktion stehen. Dem Abschlussprüfer ein Märchen zu erzählen, ist zwar strafbar, aber gilt gemeinhin in Österreich, glaube ich, noch immer als eine Art Kavaliersdelikt.

Die Bilanz wirklich zu fälschen, das ja, das ist böse. Aber dem Abschlussprüfer vielleicht etwas zu erzählen, was nicht ganz der Wahrheit entspricht, ist ein Kavaliersdelikt. In Wahrheit fällt es unter denselben Paragraphen der Bilanzfälschung und ist mit derselben Strafdrohung versehen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Ja, das ist klar. Aber dann stellt sich für mich auch die Frage aufgrund des Inhalts dieses Aktenvermerks: Hat Deloitte dann aufgrund dieses möglicherweise sehr wohl in diesem Prüfteam gegebenen Vertrauensverlust tatsächlich angedacht, dass Prüfungsmandat zurückzulegen?

Dr. Bernhard Vanas: Keine eigene Wahrnehmung dazu. In meiner Anwesenheit war das nie eine Option.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Haben Sie auch nie von Deloitte aus gehört? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) – Von Ihren Kollegen, die damit befasst waren?

Dr. Bernhard Vanas: Der Bankprüfer ist – anders als bei einer Aktiengesellschaft – schon ein Jahr früher bestellt, also fürs laufende und fürs nächste Jahr bestellt. Das heißt, sich so einfach zu verabschieden, das geht gar nicht.

Also dort das Mandat zurückzulegen, ist noch viel schwieriger als bei einer Aktiengesellschaft, noch dazu hat ja die FMA mitzureden. Das heißt, das war nicht wirklich eine Option.

Die Option, die diskutiert wurde, war, den Herrn Dr. Spitzer gegen eine andere Person auszutauschen als verantwortlichen Bankprüfer.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Dann darf ich Ihnen das trotzdem noch einmal auch vorlegen. Die Kollegen der NEOS haben das auch bei der Hand, dieses Aktenstück. Denn dieser Aktenvermerk ist von Herrn Ettl persönlich angefertigt, in dem drinnen steht, dass seitens Deloitte angedacht wurde, dieses Prüfmandat zurückzulegen.

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe schon vorher gesagt: Das Telefonat von Herrn Mag. Kandler

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Die FMA muss ja wissen, dass es schwierig ist, so etwas zurückzulegen.

Dr. Bernhard Vanas: Herr Mag. Kandler hat dieses Telefonat nicht mit mir abgestimmt. Den Inhalt kenne ich nur aus dem Aktenvermerk und aus der Vernehmung von Herrn Kandler, was ich jetzt gehört habe. Aber eine ernsthafte Option aus meiner Sicht war das nicht. Aber vielleicht ist es in einer anderen Runde besprochen worden, wo ich nicht dabei war.

Herr Dr. Spitzer hat jedenfalls schon den Wunsch geäußert, er möchte dort nicht mehr der verantwortliche Bankprüfer sein, ob wir nicht seine Person austauschen können gegen jemand anderen. Das muss man auch verstehen. Er war dort quasi *persona non grata*. Und in einer feindlichen Umgebung als Prüfer tätig zu sein, ist nicht sehr angenehm.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Ich bin ja bis zu einem gewissen Grad jetzt natürlich dann, ob dieser Informationen doch ein wenig verwundert. Denn der Vertrauensverlust ist nachvollziehbar. Ja. Es wäre auch bei aller Schwierigkeit der Mandatszurücklegung, Prüfmandatszurücklegung auch nachvollziehbar, diesen Schritt zu setzen.

Für mich ist es aber weniger nachvollziehbar, wie man danach sehr wohl alleiniger Prüfer über die Folgejahre hinweg ist und das auch gerne in Kauf nimmt trotz all dieser Probleme und der Krise – wenn ich das so sagen darf – zwischen zwei Geschäftspartnern, die ja sehr wohl auch als solche zu erkennen sind. Denn wenn Deloitte praktisch dort entsprechende Aufträge hat, sollte doch ein Grundvertrauen in einen Geschäftspartner gegeben sein. Ja, wie auch immer dann die Person vorne aussieht.

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann da hier nicht ins Detail gehen. Aber es hängt damit zusammen, dass es neue Eigentümer und insbesondere einen neuen Vorstand und Aufsichtsrat gab.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Ja, die neuen Eigentümer sind ja dann im Jahr 2007 gekommen, passt auch sehr gut zur nächsten Fragefolge, denn in der „Bayern-Zeit“

war Deloitte ja auch der alleinige Prüfer während dem neuen Eigentümer, Haupteigentümer BayernLB.

Hat es damals irgendwelche Besonderheiten gegeben, welche Ihnen in negativer Hinsicht aufgefallen sind? **Dr. Bernhard Vanas:** Ich habe dazu keine Wahrnehmung, ich war nicht involviert. Ich war auch nicht Teil des Prüfungsteams, es gab keine Situation, in der ich beigezogen wurde. Jedenfalls nicht in dem Zeitraum, für den ich zur Befragung zur Verfügung stehe.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Das heißt, ich frage einfach vorsichtig nach: Zum massiven Expansionskurs unter den Bayern in der Hypo, nämlich auch in neue Märkte, Risikomärkte haben Sie auch keine persönlichen Wahrnehmungen?

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe keine persönliche Wahrnehmung, und ich habe schon vorher gesagt: Hätte ich gewusst, was passieren wird, hätte ich natürlich versucht, eine Rückendeckung zu finden, anzuordnen, dass da verstärkt geprüft wird, und die Prüfer noch einmal kontrolliert werden. Aber das war, wie gesagt, neuer Eigentümer Bayerische Landesbank, da hat jeder gedacht, da kann eigentlich nichts passieren.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Das ist eine interessante Aussage, denn wenn Sie persönlich keine Wahrnehmung haben, darf ich Sie als Wirtschaftsprüfer jetzt fragen: Es hat nun einmal – auch in Nachsicht, also ex post für Sie erkennbar – eine riskante Wachstumsstrategie weiterhin auch unter der Bayern LB gegeben.

Hätte es da irgendwelche Warn- und besondere Kontrollpflichten seitens des Wirtschaftsprüfers geben müssen – im Wissen darum, an sich war das auch dem Aufsichtsrat und dergleichen bekannt, dass es diese Strategie gibt, schon zum damaligen Zeitpunkt, nicht nur jetzt heute im Nachhinein für Sie, der damals nicht damit befasst war –, die der Bank da praktisch zur Seite stehen könnte, um entsprechende Fehler bei diesen Wachstumsstrategien, die sehr viel Risiko in sich bergen, nicht zu machen?

Dr. Bernhard Vanas: Also es ist nicht Sache des Abschlussprüfers, ein Geschäftsmodell für gut oder für schlecht zu befinden. Das Geschäftsmodell ist schon Sache des Unternehmens – sich zu überlegen, welchen Weg es gehen will. Also wir können nicht einfach der Hypo Alpe-Adria sagen, sie mögen die Finger von, ich sage jetzt, Bosnien lassen, das ist ein Markt, auf dem kann man kein Geld verdienen – das steht uns nicht zu.

Der Abschlussprüfer und der Bankprüfer haben zwei Aufgaben: Das eine ist, das Ergebnis oder die Lage der Bank im Jahresabschluss und im Konzernabschluss richtig abzubilden, und zweitens die Einhaltung bestimmter bankrechtlicher Bestimmungen zu überwachen, und zu berichten, wenn es Verstöße gegen das BWG gibt.

Eine Expansionsstrategie ist nicht per se ein Verstoß gegen das BWG, also ich wüsste gar nicht recht, was der Bankprüfer hätte berichten sollen. Wenn das Land Haftungen hergibt, ist das auch kein Verstoß gegen das BWG, der berichtspflichtig ist. Ich nehme auch an, dass alle Bescheid gewusst haben – aber wie gesagt, ich war nicht Teil des Prüfungsteams, ich habe keine Verantwortung für die Prüfung gehabt, das waren andere Personen. Was die sich gedacht haben, was sie berichtet haben, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Gut. Ich danke fürs Erste.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Geschätzter Herr Dr. Vanas, ich würde gern dort anschließen, wo Kollege Krainer mit der Organisationsstruktur der Deloitte-Gruppe begonnen hat.

Mich würde interessieren: Wie gehen Sie mit Verantwortlichkeiten um? Also es gibt Abschlussprüfungen, die werden dann von einem – zum Beispiel – Gesellschafter

unterschrieben, und wenn dort etwas schiefgeht – Sie haben gesagt, es wurde dann Herr Dr. Spitzer abgezogen.

Wie läuft das da mit den Verantwortlichkeiten und Entscheidungen im Hintergrund?

Dr. Bernhard Vanas: Es gibt für die Abschlussprüfungen – abgesehen von den Richtlinien, die wir in Österreich haben, die berufsüblich sind – Richtlinien von Deloitte International, die einzuhalten sind. Diese Richtlinien sind nur über das Internet verfügbar, weil sie, glaube ich, 67 Aktenordner füllen würden, so detailliert sind sie.

Die Einhaltung dieser Richtlinien wird auch überwacht. Ganz wesentlich ist, dass bestimmte Prüfungsverfahren eingehalten werden, dass der Prüfungsakt in einer bestimmten Art und Weise geführt wird, sodass sich erkennen lässt, was geprüft wird. Dass ein risikoorientierter Prüfungsansatz gewählt wird, sprich, man prüft nicht sinnlos von Anfang bis Ende.

Also ich sage jetzt, bei einem Unternehmen die Handkassa, wo nie mehr als 150 € drinnen sind – das ist einfach kein Prüfungsthema, sondern man schaut sich jene Gebiete an, die wirklich für die Bilanzierung kritisch sind, wo eben ein Risiko ist. Die werden auch klassifiziert: Hochrisiko, Mittelsrisiko.

Es gibt auch Dinge, die sind zwar hochriskant, aber der Betrag kann nicht sehr groß sein – es gibt aber auch Dinge, da ist das Risiko kleiner, aber dafür geht es da um sehr viel Geld, wenn es schiefgeht. Also die Wahrscheinlichkeit ist gering, aber der Betrag ...

Das wird gewichtet, dann wird der Prüfungsplan festgelegt, und der wird dann abgearbeitet. Das Prüfungsteam hält sich an diesen Prüfungsplan, der zuständige Partner, also der wirklich für die Prüfung die Hauptverantwortung trägt, ist dann auch mit dabei bei diesem Prüfungsteam, ist auch vor Ort dabei.

Dann gibt es einen zweiten Partner, der nicht unmittelbar in die Prüfung involviert sein sollte. Der macht einen Review, das ist der Zweitzeichner, der ist für die Qualitätskontrolle zuständig. Der stellt also kritische Fragen, ob das auch wirklich alles so ist oder ob man vielleicht irgendetwas noch hätte machen müssen, können, sollen, ob noch etwas nachzuholen ist an Prüfungshandlungen.

Dann gibt es, wenn es sozusagen eine riskante Prüfung ist, eine bestimmte Risikoklassifizierung eintritt, noch einen dritten Partner, der sich das auch noch anschaut.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Angenommen, es wäre etwas schiefgegangen beim Rückziehen der Testate: Wer wäre da zur Verantwortung gezogen worden?

Dr. Bernhard Vanas: Na ja, das Team, das diese Entscheidung getroffen hat.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Und nicht die ganze Firma?

Dr. Bernhard Vanas: Den finanziellen Schaden hätten wohl alle zu tragen gehabt, aber verantwortlich wären natürlich die gewesen, die die Entscheidung getroffen haben.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Also der Schaden für alle, aber Verantwortlichkeiten nur für die drei betroffenen Personen.

Dr. Bernhard Vanas: So ist es leider immer, ja.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Intern: Wie gehen Sie mit Informationsflüssen ganz allgemein um? Denn Sie sind ja in den verschiedensten Bereichen tätig, Sie haben die Geschäftsfelder aufgezählt – wie gehen Sie in dieser Firma mit Informationsflüssen um?

Dr. Bernhard Vanas: Grundsätzlich gibt es keinen Informationsfluss von einem Bereich in den anderen. Es sei denn, dass die Klienten einverstanden sind, dass das weitergegeben wird.

Es gibt bestimmte Informationsflüsse, die mehr oder weniger standardisiert sind. Also wenn der Abschlussprüfer wissen will, ob die Steuerrückstellung ausreichend ist, und die Steuerberatung wird von derselben Gesellschaft, also von Deloitte gemacht – andere Abteilung –, dann werden die gefragt, ob die Steuerrückstellung richtig gerechnet ist, ob sich das mit ihrer Einschätzung deckt. Da gibt es sozusagen ein internes Memo der Steuerabteilung, die sagt, ja, Steuerrückstellung hätten wir in gleicher Größenordnung gesehen.

Sonst ist es nicht üblich, dass Informationen ausgetauscht werden. Also wenn Sie sich jetzt vorstellen, Deloitte prüft auch einen Kreditnehmer und weiß aus der Prüfung des Kreditnehmers, dass es diesem Kreditnehmer wirtschaftlich nicht so gut geht, dann geht es nicht an, dass der Prüfungspartner, der den Kreditnehmer prüft, einen internen Aktenvermerk an einen Bankprüfer schreibt und sagt: Bitte aufpassen, dieser Kredit ist gefährdet, gleich Wertberichtigung bilden, denn wir wissen das aus unserer Prüfung des Kreditnehmers.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Sind diese Informationsflüsse, die durchaus auch gekappt oder im Reglement nicht vorgesehen sind, auch als eine Vorkehrung von Unvereinbarkeiten zu sehen?

Oder wie gehen Sie mit Unvereinbarkeiten um, zum Beispiel Hypo Alpe-Adria: Da waren Sie – und wir haben da eine Unterlage – nicht nur als Wirtschaftsprüfer tätig, sondern auch als Steuerberater.

Wie gehen Sie damit um?

Dr. Bernhard Vanas: Ich darf dazu zwei Antworten geben, erstens im Konkreten und zweitens eine generelle Antwort.

Die konkrete Antwort ist: Bevor ein Auftrag angenommen wird, gibt es bei Deloitte ein wirklich komplexes Auftragsannahmesystem, bei dem Interessenskonflikte, Unvereinbarkeiten, die Gefährdung der Unabhängigkeit eines Prüfers für einen Prüfungsauftrag, das Risiko, das mit dem Auftrag an sich verbunden ist, die Reputation des Klienten und die fachlichen Qualifikationen, die im Hause Deloitte vorhanden sind – das wird alles mitberücksichtigt, und erst dann entscheiden im Regelfall in einem mehrstufigen Prozess mehrere Partner, ob der Auftrag angenommen wird oder nicht.

Deloitte sieht das immer als Wettbewerbsnachteil, denn bis ein Auftrag angenommen werden darf – und diese Abfrage, die ich da beschrieben habe, wird ja weltweit durchgeführt, ist ja nicht nur im Haus in Österreich, sondern es wird weltweit durchgeführt, ob es da Interessenskonflikte oder Independence-Probleme gibt – dauert das meistens zwei Wochen. Viele Klienten sind damit unzufrieden, denn sie sagen, da muss ich jetzt zwei Wochen warten, bevor ich weiß, ob ich da überhaupt als Klient akzeptiert werde.

Die etwas generellere Antwort dazu ist: Jawohl, es ist eine Schwäche, dass da die Prüfung und die Beratung nicht getrennt sind. Das ist ein Problem, das zieht sich durch die ganze Welt. Das Problem verursachen vor allem die Big Four, die sich vehement gegen diese Trennung wehren, auch jeden Keim, den die EU da dazu entwickelt, in einer Art Lobbyprozess ersticken.

Ich sehe im Moment nicht, dass die Prüfung und die Beratung wirklich getrennt werden. Solange insbesondere die Big Four die Meinung vertreten, sie freuen sich über jeden verlorenen Prüfungsauftrag, denn diese sind bekanntlich nicht so gut bezahlt und sehr riskant – sie freuen sich über jeden verlorenen Prüfungsauftrag, denn das wird automatisch ein Beratungsklient.

Da kann man sich vorstellen, wie streng geprüft wird. Man möchte sich ja diese Chance, zum Schluss den Beratungsauftrag einzuheimsen, nicht verbauen. Aber das ist ein systemischer Mangel, da kann ich jetzt weder Deloitte noch der Hypo Alpe-Adria einen Vorwurf machen. Auch nicht dem österreichischen Gesetzgeber, und auch nicht den Aufsichtsbehörden, die die Bank zu beaufsichtigen gehabt hätten.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): So gesehen ein wichtiger Hinweis, denn eine der Aufgaben dieses Ausschusses ist auch, gewisse systemische Mängel festzustellen.

Dr. Bernhard Vanas: Das ist ein eigenes Thema, über das können wir sicher gesondert reden. Darüber ist schon sehr viel diskutiert, geschrieben und geäußert worden. In Österreich hat man einmal einen Anlauf genommen und gesagt, der Abschlussprüfer, nämlich die Prüfungsgesellschaft, müsse in bestimmten Perioden und bestimmten Abständen gewechselt werden. Man nennt das externe Rotation.

Das ist in Österreich auch Gesetz geworden. Aber noch während der Legisvakanz war der Lobbydruck so stark, dass man es abgeschafft hat, noch bevor es in Kraft getreten ist.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Okay. Wir haben uns da jetzt sehr theoretisch genähert, und es gibt einen praktischen Anlassfall, einen Vorhalt, der Kollege bringt das Dokument.

Da waren Sie 2007 persönlich als Steuerberater in der Hypo involviert. Da liegt uns dieses Dokument vor – wenn Sie sich das bitte ansehen, und wir uns dann anhand dieses praktischen Beispiels diesen durchaus fragwürdigen Ansatz der Unvereinbarkeit ansehen.

Vorsitzende Doris Bures: Dokumentennummer, bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Dokumenten-Nummer 516269, Seite 11.

Also Sie wurden da offensichtlich beauftragt, eine gewisse Beratungsleistung ...

Dr. Bernhard Vanas: Nach Gesprächen mit Herrn Dr. Kulterer hat sich die Frage gestellt, wie man den Schaden minimieren kann. Es war also sozusagen eine der wesentlichen Fragen, die an uns gerichtet wurden – oder ein großes Anliegen, nicht Fragen.

Ein großes Anliegen war: Wenn diese Verluste schon bilanziert werden müssen, wenn es schon den Eklat mit dem Widerruf des Bestätigungsvermerkes gibt, dann bitte sollten wir doch die Bank schonen, soweit es geht. Schonen, das heißt, nicht noch einen unnötigen Schaden zusätzlich zufügen. Also dieses Interesse der Vertreter der Bank kann man schwerlich vom Tisch wischen. Natürlich wollen die haben, dass nicht noch mehr Schaden entsteht als unbedingt notwendig ist.

Da haben wir unter anderem gesagt, also bitte, wenn schon so hohe steuerliche Verluste vorhanden sind, vielleicht kann man die ja auch in Form einer Steuerersparnis nützen. Da ist eine Idee angedacht worden, die aber dann nicht aufgegriffen wurde.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Vielleicht zur Erklärung für die Runde: Der Aktenvermerk ist vom 9. Februar 2007. Kulterer war damals im Aufsichtsrat? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – und ist an Sie herantreten, um eine gewisse steuerliche Optimierung für den Konzern vorzuschlagen. Ist das richtig? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*)

Vor einem halben, dreiviertel Jahr waren Sie sozusagen noch intensiv in die Abschlussprüfung der Swapaffäre involviert. Sie sind 2010 ausgeschieden.

Wie würden Sie das im Rückblick – und vor allem auch im Rückblick auf Ihr Statement vorhin – jetzt interpretieren?

Dr. Bernhard Vanas: Ich halte fest, dass dieser Vorschlag sicherlich nicht ungesetzlich war, und ich würde mich da auch distanzieren von den Vorschlägen, die Sie mir da erzählt haben, die die CONFIDA gemacht hätte zur Sanierung der Bilanz. Das wäre eine Möglichkeit gewesen, diese 300 Millionen steuerliche Verlustvorträge – die ja kein Geld bringen, die stehen ja nur in der Steuererklärung und werden von Jahr zu Jahr vorgetragen – wirklich zu Geld zu machen, nur vorausgesetzt, dass im Konzern irgendwo Gewinn gemacht wird.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Aber ich würde das schon gerne noch einmal ein bisschen verbildlichen, denn die Swapaffäre war im Frühjahr 2006. (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*)

Ein Dreivierteljahr später haben Sie dann dem Konzern eine – ich gehe davon aus – durchaus fundierte Beratung von einer gewissen steuerlichen Optimierung zukommen lassen. Das ist schon so ein bisschen ein Zeichen, wie in Kärnten agiert wurde: Jeder kennt jeden, und wir geben uns die Expertisen in die Hand und so weiter.

Wie würden Sie das wirklich im Rückblick – haben Sie da kein irgendwie kritisches Empfinden?

Dr. Bernhard Vanas: Ich sage es noch einmal, dass es in Österreich nicht verboten ist, Steuerberatung anzubieten, auch nicht verboten, den Prüfungsklienten anzubieten. Das ist nicht verboten, das ist durchaus zulässig.

Es darf nur nicht eine Steuerberatung sein, die dazu führt, das Bilanzbild wesentlich zu verbessern. Das war es nicht, es ist darum gegangen, die steuerlichen Verlustvorträge zu Geld zu machen. Das ist zulässig. Optimal ist das nicht – aber wenn es alle machen, warum sollte es Deloitte nicht machen?

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Genau. Aber es gibt ja doch irgendwie einen Berufsethos oder auch eine gewisse moralische Verpflichtung. (*Auskunftsperson Vanas: Da müssen Sie aber alle Wirtschaftsprüfungs...!*) Das ist in Kärnten eher ausgeschaltet worden, glaube ich.

Dr. Bernhard Vanas: Nein. Also das wäre mir ganz neu, dass an Prüfungsklienten Steuerberatung nicht mehr angeboten werden darf. (*Zwischenruf der Abg. Lichtenegger.*)

Es gibt bei den börsennotierten Unternehmen jetzt meistens aus Gründen der Governance, die in der Zwischenzeit eingeführt wurde, eine selbst auferlegte Beschränkung, dass man den Abschlussprüfer nicht mit Beratungsaufträgen befassen soll, die ein bestimmtes Ausmaß übersteigen, weil das seine Unabhängigkeit gefährden könnte. Aber es ist eine selbst auferlegte Beschränkung im Interesse der Governance, es gibt keine Verpflichtung dazu.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Ich würde Sie schon als *Insider* in Ihrer ehemaligen Firma Deloitte bezeichnen; das kann man so sagen. Sie kennen die geschriebenen und die ungeschriebenen Gesetze sehr gut, und ich würde gerne noch den Bereich *Honorargestaltungen* besprechen. Wir haben da Dokumente gefunden, die da durchaus eine sehr interessante Praxis ans Tageslicht bringen.

Können Sie ganz allgemein beschreiben – und Sie haben das ja zuerst auch mit den ganzen Vorständen und so weiter gesagt, wie der Gewinn aufgeteilt wird –, wie es in Ihrer ehemaligen Firma zu einer Honorarvereinbarung kommt?

Dr. Bernhard Vanas: Wenn der Auftrag angenommen ist, ist der zuständige Partner bevollmächtigt, die Honorarvereinbarung mit dem Klienten zu treffen. Also das macht wirklich der jeweils zuständige Partner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Ist Ihnen bewusst, dass es da zwischen Deloitte und der Hypo jemals Unstimmigkeiten gegeben hat?

Dr. Bernhard Vanas: Nein. Weiß ich nichts.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Ist Ihnen bewusst, dass im Zusammenhang mit Honorarvereinbarungen auch durchaus Druck ausgeübt wurde?

Dr. Bernhard Vanas: Nein. Weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Ich würde Ihnen da gerne ein Dokument vom 18.5.2008 mit der Dokumentennummer 1180090 vorlegen, und zwar ist das ein Schreiben von Dr. Kulterer an Dr. Slana.

Dr. Bernhard Vanas: Wer ist Herr Dr. Slana?

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Das ist ein Mitarbeiter der Hypobank. (*Auskunftsperson Vanas: Aha! Okay.*)

Dr. Kulterer umschreibt da die Forderung von Deloitte im Hinblick auf die zusätzlichen Leistungen rund um die Aufdeckung der Swapverluste; also Sonderleistungen. Ich zitiere: Seitens der beiden Wirtschaftsprüfer wurde aufgrund der damals gegebenen Situation erheblicher Druck ausgeübt und signalisiert, dass ein Abschluss der Prüfung erst nach Einigung über die Honorarfrage erfolgen könnte. – Zitatende. Wie geht es Ihnen mit diesem Zitat?

Dr. Bernhard Vanas: Ich kenne dieses Schreiben nicht, ich sehe es jetzt das erste Mal. Es ist mir neu, ich habe dazu keine eigene Wahrnehmung, ich bin dazu nicht gefragt worden, ich bin da nicht involviert gewesen, ich habe mit Herrn Dr. Kulterer auch kein einziges Mal über das Honorar gesprochen. Jedenfalls kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzende Doris Bures: Sie sind jetzt in der zweiten Runde, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Danke schön.

Das ist mir klar, das habe ich vermutet. Aber Sie kennen ja durchaus von Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Firma die gängige Praxis, denn letztendlich ist dann aus diesen 500 000 € ein zusätzliches Honorar von 300 000 € geworden. Und das ist wieder so ein Kärntner Ansatz, wo man sagt, man geht mit einer Verhandlungssumme von 500 000 € ins Rennen und geht dann letztendlich mit 300 000 netto nach Hause. Das ist für mich schon sehr befremdlich. Das zieht sich durch die ganzen Geschäfte, die wir hier in diesem Raum immer wieder besprechen.

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann dazu nicht mehr sagen, als dass ich Sie bitten würde, das dem Wettbewerbskommissar in Brüssel zu erzählen, denn es gab eine Honorarordnung für Wirtschaftstreuhänder, die Prüfungshonorare waren in einer vom Ministerium genehmigten Preisliste festgehalten. Diese Honorarordnung der Wirtschaftstreuhänder musste aufgrund des Drucks vom Wettbewerbskommissar in Brüssel aufgehoben werden. Seither sind die Honorare frei, und es herrscht halt das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Da gibt es auch einen zweiten Brief, den Dr. Kulterer verfasst hat, und das ist die Rohversion. Die Rohversion wurde dann anscheinend seinem Anwalt vorgelegt, und dann wurde sozusagen die aktuelle Version verfasst. Da gibt es wieder dieses Zitat, und das ist ein bisschen schärfer: Seitens der beiden Wirtschaftsprüfer wurde auch brutaler Druck ausgeübt und signalisiert, dass eine Freigabe der Bilanz 2004/2005, die für den Weiterbestand der Hypo-Gruppe Alpe-Adria höchst notwendig und essenziell war, ohne Begleichung eines Honorars oder Akzeptanz und Bestätigung einer derartigen Honorarforderung nicht möglich wäre. – Zitatende.

Ich würde da gerne noch einmal nachhaken, denn – ich habe es zuerst schon angemerkt – das riecht so ein bisschen nach diesem viel zitierten „Patriotenrabatt“. Und wenn in einer Honorarverhandlung ein Nachlass von 200 000 € bei einer Anfangssumme von 500 000 € möglich ist, dann wirft das schon einen Schatten auf die ganze Organisation Deloitte. Das muss ich schon ganz ehrlich sagen, und Sie sind ein Insider, Sie kennen sich aus.

Also die Antwort in Richtung Wettbewerbsbehörde erscheint mir etwas fadenscheinig. Wie ist Deloitte mit solchen Honorarforderungen umgegangen? (*Auskunftsperson Vanas: Ich würde Sie bitten ...*) – Ich weiß, Sie haben keine Wahrnehmung (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*), aber wenn Sie möchten, lade ich Sie ein, dass Sie mir als Experte dieser Firma sozusagen eine Interpretation zu diesem Sachverhalt geben.

Dr. Bernhard Vanas: Haben Sie Herrn Dr. Spitzer gefragt, und können Sie mir sagen, wie viel Zeitaufwand er für dieses Sonderproblem ...

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Es geht aus unseren Dokumenten auch hervor, dass Herr Kulterer die Zeitaufzeichnungen oder die Angaben über den Zeitaufwand sehr infrage stellt. Sinngemäß steht da so drinnen, dass für den genannten Zeitraum der Prüfung der Stundenaufwand als sehr unrealistisch erscheint. Das Zitat gibt es in der gleichen Unterlage auf Seite 2.

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann gar nichts dazu sagen. Ich müsste wissen, wie viel Zeitaufwand tatsächlich erforderlich war, und es war sicherlich viel, es mussten ja alle Bilanzen geändert werden, es musste der Konzernabschluss geändert werden, es waren zahlreiche Besprechungen, es gab zahlreiche Prüfungen durch Nationalbank und FMA, wo Deloitte auch Auskunft geben musste. Also ich würde jetzt einmal nicht meinen, dass Deloitte absichtlich Zeitaufzeichnungen fälscht, um einem Klienten in Notlage ein Honorar abzapfen zu können.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Nein, das glaube ich auch nicht. Aber ich habe so den Eindruck, wenn zwei Fünftel der Honorarforderung als Rabatt möglich sind, dann wirft das eben auf den Anbieter einer Leistung nicht das beste Licht, muss ich ganz ehrlich sagen. Was würden Sie sagen? Sie gehen in ein Autohaus und bekommen zwei Fünftel Rabatt? Dann würden Sie sich freuen, aber ...

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann nichts dazu sagen. Ich weiß nur, dass die Honorare im Bereich der Abschlussprüfung erstens sehr knapp bemessen sind und zweitens von den Klienten *ungeheuer* verhandelt werden und im Regelfall immer mit einem Pauschalhonorar, mit einem Pauschalbetrag enden. Die Wirtschaftsprüfer schreiben immer rein, wenn es eine Überraschung gibt, dann halten wir uns natürlich nicht an das Pauschalhonorar, sondern dann kommt mehr heraus, und dann gibt es eben die Diskussion: Was ist eine Überraschung, und was darf dann zusätzlich verrechnet werden? – Offensichtlich gab es davor keine Honorarvereinbarung.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Genau, davon ist auszugehen. Können Sie irgendwie nachvollziehen, dass sich Kulterer unter Druck gesetzt gefühlt hat? Ist das für Sie nachvollziehbar?

Dr. Bernhard Vanas: Kann ich nicht sagen, ist schwer nachvollziehbar, ja.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Haben Sie Kulterer persönlich gekannt?

Dr. Bernhard Vanas: Natürlich habe ich mehrmals mit Dr. Kulterer gesprochen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Aber ich glaube nicht, dass er der Mensch war, der sich leicht hat unter Druck setzen lassen.

Dr. Bernhard Vanas: Darum sage ich, schwer nachvollziehbar, aber möglich ist natürlich alles. Ich war nicht dabei. Das Einzige, was ich wirklich sagen kann, ist, ich habe mit Herrn Dr. Kulterer *nie* über das Honorar verhandelt, und ich kann mich auch nicht erinnern, dass er sich jemals über das Honorar bei mir beschwert hätte. Er hat das auf direktem Wege mit Herrn Dr. Spitzer und Herrn Dkfm. Groier gemacht, aber mit mir sicher nicht.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Gibt es da einen internen Informationsfluss über Honorarvereinbarungen? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) – Den gibt es nicht? Das kommt in den großen Topf und wird aufgeteilt?

Dr. Bernhard Vanas: Bei 100 Millionen € Umsatz, ich weiß nicht, wie viele Aufträge das sind. Es ist jeder angehalten, einen schriftlichen Auftrag und eine schriftliche Honorarvereinbarung für jeden Auftrag zu machen, auch wenn es ein Prüfungsauftrag ist, der gesetzlich sowieso vorgegeben ist, aber es muss immer einen Auftrag und eine Honorarvereinbarung geben.

Aber in so einer Sondersituation natürlich, wenn wir innerhalb von drei Tagen, noch dazu, ohne den Vorstand zu informieren, eine Sonderprüfung gemacht haben, wo da der Swap ist, da kann ich mir schon vorstellen, dass Herr Dr. Spitzer andere Sorgen gehabt hat, als zu Herrn Dr. Kulterer zu gehen und zu sagen: Wir brauchen eine Honorarvereinbarung für Zusatzleistungen, ich kann Ihnen aber derzeit noch nicht sagen, welche.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Georg Strasser (ÖVP): Okay, danke für die Auskunft.

Vorsitzende Doris Bures: Mir liegt jetzt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. – Herr Klubobmann Lugar.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich habe keine Wortmeldung, sondern eine Frage: Kann auch ein Abgeordneter eine Pause verlangen oder nur die Auskunftsperson?

Vorsitzende Doris Bures: Sie können das gerne anregen.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Ja, ich bitte darum. Das wäre wunderbar.

Vorsitzende Doris Bures: Dann komme ich diesem Wunsch auch nach (*Abg. Lugar: Wunderbar!*) und unterbreche die Sitzung.

Die Sitzung ist *unterbrochen*.

(*Der medienöffentliche Teil der Sitzung wird um 17.48 Uhr unterbrochen und um 17.56 Uhr als solcher wieder aufgenommen.*)

17.56

Vorsitzende Doris Bures *nimmt* die unterbrochene Sitzung *wieder auf* und erteilt als nächster Fragestellerin Abg. Lichtenecker das Wort.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Herr Dr. Vanas, Sie haben vorhin erwähnt, dass Sie einen Interessenten in Bezug auf Aluflexpack beraten haben. Wer hat diese Beratungskosten übernommen: der Interessent oder die Hypo?

Dr. Bernhard Vanas: Es war so, es ist jemand an mich herangetreten, hat gesagt, er hätte Interesse an Aluflexpack und würde das gerne kaufen. Ich habe daraufhin Herrn Dr. Kulterer gefragt, ob er an so einem Gespräch interessiert wäre. Er hat gesagt, ja, er wäre sehr daran interessiert und ich soll das doch organisieren, dass dieses Gespräch zustande kommt. Ich habe das als Auftrag von Dr. Kulterer verstanden, und die Hypo Alpe-Adria hat diese Stunden bezahlt.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Herr Dr. Kulterer an dem Gespräch Interesse gehabt hat, das dann im August, glaube ich, stattgefunden hat, wenn doch am 19. Juli 2006, also einige Wochen vorher, in der 69. Aufsichtsratssitzung der HBInt einstimmig vom Aufsichtsrat beschlossen worden ist, dass die HC-Anteile an der Aluflexpack an die Ambeco verkauft werden sollen? – Es hat einen Beschluss des Aufsichtsrates gegeben. Gleichzeitig sozusagen erteilt Ihnen Herr Kulterer den Auftrag, etwaige Interessenten zu konsultieren.

Dr. Bernhard Vanas: Ich weiß dazu gar nichts; ich kann dazu gar nichts sagen. Ich weiß nicht, was er sich gedacht hat. Er hat nur gesagt, er hat Interesse, und ich habe den Termin organisiert. Die sind extra eingeflogen und haben sich mit ihm getroffen. Da war ich dabei.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Ich darf Ihnen ein Dokument mit der Nummer 524877 übermitteln.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das ist ein Brief beziehungsweise ein Mail, das Sie, Herr Dr. Vanas, an Herrn Kulterer am 20. Dezember geschrieben haben, mit dem Wortlaut – für das Protokoll –:

„Sehr geehrter Herr Dr. Kulterer! Bezüglich des Verkaufes der Beteiligung an der Aluflex Pack ersuchen wir um Mitteilung, ob von Ihrer Seite her ein Interesse besteht, dass unsere Corporate Finance Abteilung den Verkauf seitens der Hypo Group koordiniert und managt. Grund für unsere Anfrage ist, dass uns zum einen auch Interesse von anderer Seite bekundet wurde, zum anderen sind die Verhandlungen mit Alcan ins Stocken geraten. Ich ersuche“ und so weiter und so fort „um Kontaktaufnahme (...) mit freundlichen Grüßen, Bernhard Vanas“. Das heißt, das eine war der Interessent Alcan, gleichzeitig sieht es doch so aus, wie wenn da doch sehr intensiv im Kontext mit der Aluflexpack seitens Deloitte beziehungsweise von Ihrer Seite gearbeitet worden ist.

Dr. Bernhard Vanas: Nachdem Dr. Kulterer gesagt hat, er hätte Interesse, dass es einen Käufer für die Aluflexpack gibt, und die Verhandlungen eben zu nichts geführt haben, habe ich gewusst, dass Interesse besteht, und ich habe angefragt, ob unsere Corporate-Finance-Abteilung etwas für ihn tun kann. Ich glaube aber nicht, dass dann überhaupt irgendein Auftrag zustande gekommen ist.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Sie kennen keinen näheren Hintergrund, warum beispielsweise nicht der Verkauf, der ja einstimmig beschlossen worden ist an die Ambeco, sozusagen fortgeschritten ist?

Dr. Bernhard Vanas: Ich höre hier das erste Mal, dass es einen Käufer namens Ambeco gibt und dass der Vorstand ermächtigt gewesen wäre, das zu verkaufen.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Es hat einen Aufsichtsratsbeschluss gegeben, zu verkaufen an die Ambeco. Der Verkauf ist, wie wir dann aus der Geschichte wissen, nicht zustande gekommen, aber erstaunlich, dass innerhalb kürzester Zeit ...

Dr. Bernhard Vanas: Offensichtlich gab es ein Interesse der Hypo Alpe-Adria, die Aluflexpack zu verkaufen. Das habe ich halt auch gewusst und habe ihm die Dienste angeboten im Interesse der Corporate-Finance-Abteilung, ob da vielleicht ein Auftrag möglich wäre, weil es nach den Regeln der Abschlussprüfer nicht ausgeschlossen ist, dass man Verkäufe von Beteiligungen vermittelt.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Haben Sie im Zusammenhang mit dem Consultants-Verkauf mit der Hypo zu tun gehabt?

Dr. Bernhard Vanas: Habe ich gar nichts zu tun gehabt.

Vorsitzende Doris Bures: Danke vielmals. Herr Klubobmann Lugar, Sie haben knapp eine Minute – wollen Sie die jetzt? (*Abg. Lugar: Das bringt nichts, machen wir das nächste Runde!*) – Dann die Fraktion der Sozialdemokraten. – Bitte, Herr Abgeordneter Krainer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich bin heute schwer enttäuscht geradezu. Kollege Podgorschek hat uns am Vormittag erklärt, wie gut sich die Freiheitlichen immer vorbereiten auf Auskunftspersonen und wer wen geprüft hat. Und Kollege Darmann hat total ausgelassen und wollte uns nicht darüber aufklären, dass Deloitte das BZÖ geprüft hat. – Haben Sie einen Hinweis, wieso er das nicht getan hat? (*Allgemeine Heiterkeit. – Abg. Darmann: Das müsste man wissen! Ich habe es leider nicht gewusst, sonst hätte ich das gemacht!*)

Und haben Sie gar keinen Hinweis, wieso er nicht gesagt hat, dass die ehemalige BZÖ-Ministerin Gastinger nach ihrem Ausscheiden aus der Politik als Partnerin ins Deloitte-Netzwerk gewechselt ist? Haben Sie irgendeinen Hinweis darauf?

Dr. Bernhard Vanas: Über andere Prüfungsaufträge reden wir hier nicht, ich bin auch nicht befugt, irgendetwas zu sagen.

Zweitens: Gastinger sagt mir jetzt, ehrlich gesagt, nichts. Wann soll die zu Deloitte gekommen sein?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Deloitte-Consulting ... irgendetwas, 2007 – wann ist sie ausgeschieden? Das muss ja der Kollege Darmann wissen. Vielleicht macht er es in der zweiten Runde und das war von mir alles total daneben!

Vorsitzende Doris Bures: Herr Abgeordneter, es ist eine Auskunftsperson hier, die man befragen kann. (*Abg. Krainer: Ja, ja, eh!*) Aber ganz unabhängig davon habe ich eine Wortmeldung ... (*Abg. Krainer: Es kann ja ...!*) Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen ja das Mikrofon wegnehmen! (*Heiterkeit.*)

Ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Abgeordnetem Mag. Darmann. (*Abg. Darmann: Nein, in der nächsten Runde! Ich bin ja nach dem Kollegen Krainer dran!*) – Gut.

Wollen Sie fortsetzen in der Fragestellung, Herr Abgeordneter Krainer?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vielleicht habe ich das total unterschätzt und der Kollege Darmann erklärt uns das noch alles.

Gab es einen Partner, einen gewissen Heller, also einen Geschäftsführer?

Dr. Bernhard Vanas: Ja, einen Dr. Michael Heller gibt es – oder gab es, er ist in Pension.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und hat der besondere Geschäftsbeziehungen zu Kärnten gehabt, vor allem nach 2006?

Dr. Bernhard Vanas: Nicht, dass ich wüsste!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wüssten Sie nicht. (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) Keine besonderen ... weil wir waren am Ende quasi, also Sie ziehen zurück, CONFIDA Kärnten, also die dort zu Hause sind, nicht, also dann schon, weil es schaut ja blöd aus, wenn Sie zurückziehen und die nicht. Und die verlieren alles und Sie gewinnen alles, also auch die ganzen Geschäftsbeziehungen, die CONFIDA hatte.

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe das schon erklärt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben es erklärt mit ...

Dr. Bernhard Vanas: Nein, das möchte ich schon klarstellen: Wir haben nicht die Funktion der CONFIDA übernommen insgesamt, sondern Deloitte wurde zum alleinigen Abschlussprüfer bestellt und hat in dem Moment, wo dann die Bayern an Bord waren, PricewaterhouseCoopers, PwC, noch zusätzlich beigelegt bekommen. Die haben auch mitgeprüft, soweit ich mich erinnere, sodass also die sonstigen Tätigkeiten, die die CONFIDA vielleicht für die Hypo Alpe-Adria erbracht hat, das hat Deloitte alles nicht übernommen als Auftrag.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber die Kärntner Landesholding hat sie übernommen, oder? (*Auskunftsperson Vanas: Das mag sein, ja!*) – Und CONFIDA ist rausgeflogen bei der Hypo, aber Deloitte ist geblieben? (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*) – Sie haben das vorher damit erklärt – wenn ich Sie jetzt richtig zitiere, glaube ich, haben Sie gesagt – : Weil wir uns beim Einstieg von der Berlin-Gruppe nützlich gemacht haben.

Könnten Sie das noch ein bisschen erläutern?

Dr. Bernhard Vanas: Ich bin dazu von der Verschwiegenheit nicht entbunden. Das betrifft einen anderen Klienten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welchen Klienten?

Dr. Bernhard Vanas: Sie werden es sich denken können, den Herrn Dr. Berlin, nehme ich an.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie waren gleichzeitig tätig für die Hypo und für den Berlin, wie der Berlin sich eingekauft hat in die Hypo? – Habe ich das richtig verstanden?

Dr. Bernhard Vanas: Im Übrigen bin ich zur Verschwiegenheit verpflichtet, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also Ja, aber im Übrigen? Oder im Übrigen bin ich ...

Dr. Bernhard Vanas: Wenn Sie dazu etwas wissen wollen, müssen Sie auch einen anderen Partner fragen, weil ich dazu schon allein deswegen nichts sagen kann, weil ich nicht involviert war. Ich war in dieser Sache nicht tätig. Also beim Einstieg dieser Gruppe rund um Herrn Dr. Berlin war ich nicht involviert. Ich habe dort nicht beraten, ich war dort nicht als Ratgeber intern gefragt, gar nichts. Also, ich kann gar nichts dazu sagen. Und den zuständigen Partner hat die Frau Abgeordnete schon fest identifiziert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist ja auch ein Teil des Untersuchungsgegenstandes: der Einstieg. Kommt das öfter vor, dass Deloitte für mehrere Teile ein und desselben Deals berät?

Dr. Bernhard Vanas: Es war ja offensichtlich, dass dort der Wunsch bestand, einen Investor zu finden, und natürlich ist eine Beratungsgesellschaft schlau genug, um zu sagen: Das könnte vielleicht eine Chance sein, dass wir uns hier nützlich machen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gibt es da irgendwelche internen Richtlinien, dass das nicht derselbe Partner und nicht derselbe Mitarbeiter macht, weil das halt blöd aussieht oder so?

Dr. Bernhard Vanas: Es gibt nur die gesetzlichen Grenzen. Und die gesetzlichen Grenzen ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die kenne ich, die beschließen wir hier. Mir ist es um die internen Richtlinien gegangen.

Dr. Bernhard Vanas: Es gibt keine internen Richtlinien, die darüber hinausgehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist so eine Partnerschaftsstruktur, haben Sie erklärt, die relativ selbständig ist – der einzelne Partner ist immer gleich Geschäftsführer – und das war dasselbe Segment dieser Struktur, das da an verschiedenen Teilen beteiligt war, also an verschiedenen Seiten des Tisches gesessen ist?

Dr. Bernhard Vanas: Es war offensichtlich auch ein ganz anderer Partner zuständig – ich habe es schon gesagt –, der da beraten hat, und es hat unsere Unvereinbarkeit, also unsere Unabhängigkeit als Abschlussprüfer nicht beeinträchtigt. Daher war es durchaus zulässig, und ich glaube, es ist damals auch sehr geschätzt worden, mit der Konsequenz, die eben von Ihnen gefragt wurde, dass Deloitte den Prüfungsauftrag behalten hat. Neue Eigentümer, neue Aufsichtsräte, neue Vorstände.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, neuer Vorstand war ja erst mit 1. Juni 2007 und ich nehme an, dass die Prüfung der Bilanz 2006, der Auftrag, früher ergangen sein muss.

Dr. Bernhard Vanas: Ja, 2004 ist der ergangen oder Anfang 2005, weil der Abschlussprüfer einer Bank für zwei Jahre im Voraus bestellt wird.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das verstehe ich jetzt aber nicht ganz. Aber dann können Sie ja erst, wenn Sie das so sagen, für die Bilanz 2009 einen Vorteil gehabt haben aus Ihrem Nützlichmachen. Oder habe ich das falsch ...?

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann es nicht sagen. Ich habe das nicht verhandelt. Ich war auch nicht derjenige, der den Prüfungsauftrag besorgt oder behalten hat. Ich weiß nicht, wie das zustande gekommen ist. Aber dass Deloitte dann dabei geblieben ist als Prüfer und als Berater, hängt damit zusammen, dass es eben eine Tätigkeit gibt, die neben der Abschlussprüfung eben für diese Investorengruppe war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Diese Prozentsätze, die jeder Partner vom Gewinn bekommt, werden die einmal festgestellt, und solange jemand Partner ist, hat er denselben Prozentsatz, oder sind die jedes Jahr anders? Werden die jedes Jahr verändert?

Dr. Bernhard Vanas: Grundsätzlich bleiben die gleich. Aber ich wüsste jetzt nicht, was das hier für den Untersuchungsausschuss für eine Relevanz hat. Das sind an sich ... Es ist eine Formel und eine fixe Quote. Aber ich glaube, das Detail ist uninteressant.

Es gibt keine Belohnung dafür, dass ein bestimmter Partner ein bestimmtes Mandat bringt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, nein, das war auch nicht meine Frage. Meine Frage war ja nur – weil Sie das vorher so dargestellt haben, es hat jeder einen fixen Prozentsatz – wollte ich wissen, ob der sich jährlich ändert, dieser fixe Prozentsatz, der unterschiedlich ist, wie Sie vorher gesagt haben, nicht immer derselbe.

Dr. Bernhard Vanas: Er ändert sich immer dann, wenn ein Partner dazukommt. Und es gibt eine Einschleifregelung. Die jungen Partner beginnen nicht mit einem gleich hohen Prozentsatz. (*Abg. Krainer: Senioritätsprinzip!*) – Ja, genau. Und es ändert sich jedes Jahr ein bisschen die Formel dadurch, weil jeder ein bisschen höher rückt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, das war nur so eine Frage.

Dr. Bernhard Vanas: Und dann geht einer in Pension, scheidet aus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dessen Anteil wird aufgeteilt auf die anderen.

Dr. Bernhard Vanas: Ganz genau, da freuen sich die anderen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Ich möchte nur das Themenfeld vom Herrn Krainer von vorhin abrunden, da er vergessen hat, die wesentliche Frage auf sein Statement hin zu stellen. Denn wir haben vorhin natürlich bewusst nach dem Zusammenhang von Mag. Malleg und SPÖ gefragt, da der Herr Mag. Malleg zuletzt am 15. Mai 2015 die SPÖ Kärnten testiert hatte – höchstpersönlich. Und wenn der Kollege Krainer nunmehr den Herrn Prof. Vanas meint fragen zu müssen, ob er irgendwann 2005, 2006 das BZÖ geprüft hat, dann fehlt die dazugehörige Frage, die wir vorhin sehr wohl gestellt haben: Hat es im Vorfeld dieses heutigen Untersuchungsausschusses vonseiten des noch irgendwo existenten BZÖ oder auch von Ihrer Seite in Richtung irgendwo existenter BZÖ-Mandatäre eine Kontaktaufnahme gegeben?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, hat es nicht gegeben – von keiner Partei.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Das wäre die nächste Frage gewesen. Haben Sie zufällig mit mir im Vorfeld Kontakt gehabt, um das auch dem Herrn Krainer direkt zu beantworten?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, auch nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Ja, ich schätze, auch andere Kollegen von uns haben mit Ihnen niemals einen Kontakt gehabt. (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) – Damit ist auch diese Frage, die offen war für den Herrn Krainer, geklärt.

Ich ersuche nur, sich zu überlegen aufseiten der SPÖ, welche Baustelle sie sich eigentlich fast in jedem Ausschuss mit solchen Aktionen aufreißt. Denn wenn man der Verfahrensordnung gerecht wird, sind wir entsprechend verpflichtet, wenn wir auf solche, vor allem zeitlich nahe

Vernetzungen zwischen der Auskunftsperson und einer hier anwesenden Partei draufkommen, auch nachzufragen, ob es einleitend mit den Fakten im Vorfeld Besprechungen mit der Partei gegeben hat.

Ich glaube, dass ein Nahebezug sowohl zeitlich als auch parteipolitisch mit dem Herrn Professor und unserer Seite hier im Untersuchungsausschuss ja für jeden ersichtlich nicht gegeben ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Dr. Vanas, ich möchte noch ein ganz anderes Feld hier zur Fragestellung bringen, und zwar das Verhältnis unter den einzelnen Prüforganen. War es üblich, Gespräche zu führen und einen wechselseitigen Austausch zu machen zwischen Wirtschaftsprüfern, Notenbank, Finanzmarktaufsicht, den Staatskommissären?

Dr. Bernhard Vanas: Ich darf es vielleicht so beantworten: Ich kann da aus der eigenen Erfahrung wenig beitragen, weil ich kein Bankprüfer bin. Ich habe das daher selbst nie gemacht. Also, die normalen Routinen einer Bankprüfung, da war ich nicht involviert, kann ich nicht sagen.

Tatsache ist natürlich, dass der Bankprüfer gegenüber der FMA und der Nationalbank berichtspflichtig ist und auskunftspflichtig, umgekehrt natürlich nicht. Die Nationalbank ist nicht auskunftspflichtig gegenüber dem Bankprüfer. Das heißt, zumindest diesen bankaufsichtlichen Prüfungsbericht, diesen Anhang zum Prüfungsbericht nach dem BWG, den muss der Abschlussprüfer immer zeitgerecht übermitteln an Nationalbank und FMA. Und wie ich schon gesagt habe: Ja, es gab da öfter einmal eine Nachfrage. Also wenn etwas nicht abgehakt war oder irgendeine Anmerkung dabei oder so, dann kommt sofort die Rückfrage von FMA oder Nationalbank, was wir denn da jetzt entdeckt haben und womit wir nicht hundertprozentig einverstanden sind.

Wenn natürlich der Bericht auf „Alles Paletti!“ lautet, dann kann es sein, dass es keine Rücksprache gibt. Also, es gibt schon eine laufende Kommunikation zwischen den Behörden und dem Bankprüfer.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und es hat ja dieses Joint Audit gegeben zwischen Ihnen, also zwischen Deloitte und CONFIDA, für die Abschlussprüfung für die Hypo Alpe-Adria. Gab es auch andere Joint Audits gemeinsam mit der CONFIDA?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, nicht dass ich wüsste.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Gibt es andere Joint Audits, die Deloitte mit anderen Kanzleien hat?

Dr. Bernhard Vanas: Ja, es kommt vor. Ist unter den Abschlussprüfern nicht sehr beliebt, aber es kommt vor.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Stichwort „nicht sehr beliebt“ bringt mich jetzt zur nächsten Frage. Wie funktioniert so eine Zusammenarbeit und wie hat sie mit der CONFIDA funktioniert?

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann nur sagen, wie sie funktionieren sollte. Wie sie mit der CONFIDA funktioniert hat, weiß ich nicht, da war ich nicht eingebunden. Ich war ja nur in dem Krisenmanagement dabei und nicht bei der gemeinsamen Abschlussprüfung.

Sie sollte normalerweise so funktionieren, dass die Prüffelder aufgeteilt werden, also dass ausgemacht wird, wer was macht. Und dann entweder so berichtet, dass die andere Seite, der andere Prüfer das nachvollziehen kann, oder der andere Prüfer setzt zumindest gewisse Qualitätskontrollmaßnahmen, also macht stichprobenweise eine Überprüfung, ob das auch wirklich ordentlich geprüft wurde beim anderen in den Arbeitspapieren.

Unbeliebt ist es deswegen, weil es eine Solidarhaftung fürs Ganze gibt. Und wenn wirklich so ein Fall eintritt, dann schieben die beiden Abschlussprüfer sich gegenseitig die Schuld zu. Dazu

kommt noch, dass Abschlussprüfer unterschiedlich hoch versichert sind. Das heißt, wenn ein Schadensfall eintritt, also ein falsches Testat, dann tendieren die Geschädigten immer dazu, die größere Abschlussprüfungsgesellschaft als Erstes zu klagen, denn da ist eher was zu holen als bei einer kleineren.

Und deswegen ist natürlich gerade hier bei der Hypo Alpe-Adria immer wieder die Sorge aufgekommen, wenn wirklich was passieren würde, würden doch alle zuerst Deloitte klagen und erst in zweiter Linie die CONFIDA. Ich weiß aber ehrlich gesagt nicht, wie die CONFIDA versichert ist. Ich habe keine Ahnung davon. Aber es ist einfach nur dieses generelle Unwohlgefühl beim Joint Audit, dass die größere Gesellschaft eher geklagt wird als die kleinere.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wenn man mit einer anderen Prüfgesellschaft in so ein Joint Audit geht – Sie sagen, da hat man die Solidarhaftung für eben das Gesamte, für die gesamte Prüfung –, muss man doch eigentlich ein sehr starkes Vertrauen haben. Weil das, was Sie da jetzt ausgeführt haben, was die Versicherung betrifft: Natürlich wende ich mich dann, wenn etwas schiefgeht, an den, der vielleicht für mich auch stärker versichert dasteht.

Ich würde Ihnen gerne einen Aktenvermerk vorlegen, und zwar ist das die Nummer 12825, der Lieferant ist die Oesterreichische Nationalbank. Wir hatten diesen Aktenvermerk heute am Vormittag schon. Und zwar ist dieser Aktenvermerk vom 26. Mai 2004.

Ich stelle Ihnen die Frage und Sie können es sich das dann in Ruhe ansehen.

Sie sind zwar nicht dabei gewesen bei diesem Gespräch. Es war Herr Dr. Spitzer bei diesem Gespräch dabei. Aber Sie sehen auf Seite 52 aus 260 unter dem Punkt „10. Versicherung“, dass bei einem Gespräch mit einer Bank, nämlich mit der Hypo, mit einem Klienten, das Thema Versicherungen erörtert wird, nämlich das Thema Versicherung der Wirtschaftsprüfungskanzleien. Können Sie uns dazu etwas sagen? Vor allem: Ist das üblich?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, kann ich gar nichts sagen. So etwas habe ich noch nicht gesehen, weiß ich nicht, wie es dazu gekommen ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wäre es üblich?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, die Versicherung ist grundsätzlich immer das Thema des Abschlussprüfers. Nur in bestimmten Fällen wird eine Einzelfallversicherung abgeschlossen und auf den Klienten überwält. Das gilt insbesondere dann, wenn ein Börsenprospekt oder so etwas geprüft wird, wo der Abschlussprüfer ein einzelnes großes Risiko übernimmt. Da schließt er eine Einzelfallversicherung ab und macht mit dem Klienten aus, dass die Versicherungsprämie dem Klienten in Rechnung gestellt wird. Bei der Abschlussprüfung ist das absolut nicht üblich.

Vorsitzende Doris Bures: Wir gelangen nun zur dritten Fragerunde. Als Erste zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Lichtenecker. – Bitte.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Herr Dr. Vanas, kennen Sie das Gutachten zu Aluflexpack von der asp?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, kenne ich nicht.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Ist Ihnen das seitens der Hypo in dieser Form nie zur Kenntnis gebracht worden, obwohl Sie sozusagen Bieter oder potenzielle Käufer suchen sollten für die Aluflexpack?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, das hat man mir nicht zur Kenntnis gebracht. Ich kenne das nicht.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Sind Sie im Kontakt gewesen mit Herrn Shklarek? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) – Aus dem Jahr 2007 gibt es einen Management Letter Ihres Unternehmens, das auch Stellung genommen hat zu Bewertungsproblemen bei der Aluflexpack.

Ist Ihnen das geläufig?

Dr. Bernhard Vanas: Auch den kenne ich nicht.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Obwohl er von Deloitte verfasst worden ist?

Dr. Bernhard Vanas: Wie gesagt, 800 Mitarbeiter schreiben viel. Ich kann nicht alles lesen. Ich bin dazu nicht gefragt worden, und es tut mir leid, ich kenne ihn wirklich nicht.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Es ist nur interessant, weil es sich auf ein Unternehmen bezieht, mit dem Sie doch immer wieder zu tun gehabt haben. Noch ein anderes Feld, Herr Dr. Vanas, ich möchte noch einmal auf Ihre Aussage bei dieser Aufsichtsratssitzung im April 2006 zurückkommen, wo es darum gegangen ist, dass seitens eines Mitarbeiters in Bezug auf die Swaps Richtlinien verletzt worden sein sollen. Wenn das in dieser Form tatsächlich gewesen ist: Was hätte das Ihrer Meinung nach als Experte im Rechtsbereich für Konsequenzen haben sollen oder haben müssen?

Dr. Bernhard Vanas: Ich glaube, ich bin da die falsche Person zu fragen. Es ist ja so, dass der Abschlussprüfer dann berichtet, wenn er eine wesentliche Verletzung gegen Gesetz oder Satzung feststellt. Diese Verpflichtung, die sogenannte Redepflicht – obwohl ja im Gesetz steht, die Redepflicht ist unverzüglich schriftlich auszuüben, das ist eigentlich eine Schreibpflicht – diese Redepflicht ist unverzüglich auszuüben und ist erweitert worden auf ähnliche Verstöße, die nicht nur vom Vorstand gemacht werden, sondern auch, wenn sie von Mitarbeitern gemacht werden.

Also, es hätte eigentlich der Verstoß gegen die Richtlinie nur dazu geführt, dass der Abschlussprüfer berichten hätte müssen im Rahmen der Redepflicht: Da hat jemand gegen Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung, interne Richtlinien verstoßen. Wenn der Verlust eingetreten ist und in der Bilanz richtig abgebildet wird, hat das sonst weiter keine Konsequenzen, denn wenn das Geld weg ist und in der Bilanz steht, das Geld ist weg, dann ist die Bilanz ja richtig. Aber das war eben nicht der Fall. Das war eben das zweite Thema.

In der Bilanz ist gestanden, das Geld wäre noch da, aber das war ja nicht der Fall. Also wir haben zwei Dinge: Das eine ist ein Verstoß gegen die Richtlinie, so ist es mir berichtet worden, das hätte zur Redepflicht geführt, vielleicht auch zu einem Bericht, dass das interne Kontrollsystem zu schwach ausgeprägt ist, dass solche Dinge nicht vorher abgefangen werden, bevor es überhaupt passieren kann, aber es hätte nicht dazu geführt, dass der Abschlussprüfer den Bestätigungsvermerk nicht erteilt.

Wenn der Verlust richtig bilanziert ist, muss man als Abschlussprüfer sagen, ja, so ist die Bilanz richtig. Aber die Bilanz war noch zusätzlich auch nicht richtig. Der Verlust war nicht richtig dargestellt.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Ihrer Erinnerung nach: Wo waren diese Richtlinien festgehalten und in welcher Form?

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe dort nicht geprüft. Das müssen Sie das Prüfungsteam fragen, keine Ahnung. Ich nehme an, dass die Richtlinien irgendwo gesammelt im Unternehmen vorhanden sind, dass man es sich leicht anschauen kann. Die können ja nicht irgendwo versteckt im Tresor liegen, sondern sind sicher allgemein zugänglich, entweder in einem Ordner oder auf einer internen elektronischen Plattform. Das weiß ich nicht. Ich habe selbst keine Prüfungshandlungen gesetzt.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Was heißt das jetzt im Konkreten? Sie sagen bei der Aufsichtsratssitzung, die Richtlinien wurden nicht eingehalten, Ihr Mitarbeiter hat unzulässig gehandelt, kennen aber die Richtlinien gar nicht.

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe schon gesagt, das, was meine Mitarbeiter mir berichten, das glaube ich. Wenn ich die frage, gab es eine Richtlinie, und die sagen mir, ja, es gab eine Richtlinie, und ich frage, sind die Richtlinien eingehalten worden oder ist dagegen verstoßen worden, und die sagen zu mir, ja, gegen die Richtlinie ist verstoßen worden, dann berichte ich das so. Ich muss ja nicht alles aus eigener Prüfungshandlung wissen.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Gut, aber in so einem schwierigen, heiklen und einzigartigen Fall haben Sie sich darauf verlassen, dass die Richtlinien in dieser Form vorhanden waren, was die Mitarbeiter in dieser Form berichtet haben, und dass es unzulässig war, wie der Mitarbeiter gehandelt hat. Aber wenn der Mitarbeiter jetzt gegen diese Richtlinien verstoßen hätte, hätte das nicht dann zu Schadenersatzklagen führen müssen gegen diesen Mitarbeiter?

Dr. Bernhard Vanas: Das hätte der Vorstand vielleicht machen müssen, ja. Aber ich bin ja nicht der Vorstand. Also wenn der Vorstand auf Schadenersatz klagt, dann ist das die Entscheidung des Vorstandes, aber ich kann den Vorstand nicht zwingen. Außerdem, um ehrlich zu sein, wir reden hier über etwas, was ein bisschen weltfremd ist, weil ein Mitarbeiter ... – und das war also kein hochverdienender Vorstandsdirektor in der Bank – bis ich bei dem die 300 Millionen wieder reinhole durch Abzug vom Gehalt, das dauert ziemlich lange.

Abgeordnete Dr. Ruperta Lichtenecker (Grüne): Das ist eine Frage dessen, was hat man für einen Zugang, was de facto passieren soll oder nicht, oder wer wird zur Rechenschaft gezogen. – Danke.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Ich würde gern noch einmal auf den Aktenvermerk von Dr. Kandler zurückkommen, den haben Sie ja vorliegen.

Dr. Bernhard Vanas: Den Aktenvermerk, den Herr Mag. Ettl gemacht hat über das Telefonat mit dem Herrn Kandler?

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Genau. Und zwar sind da einige Dinge aus meiner Sicht noch ungereimt. Sie haben jetzt gerade vorhin gesagt, wenn ein Mitarbeiter oder beziehungsweise ein Wirtschaftsprüfer etwas feststellt, dann hat er eine sogenannte Redepflicht. In dem Fall habe ich den Eindruck, dass der Herr Dr. Kandler dem nachgekommen ist, indem er sich an die OeNB gewendet hat, um das aufzuklären beziehungsweise, und das schreibt er hier, dass er mit der FMA und der OeNB die weitere Vorgehensweise beraten will.

Normalerweise wäre jetzt der Vorgang abgeschlossen, das heißt, der Wirtschaftsprüfer hat etwas festgestellt, hat seine Redepflicht ausgeübt, ist an die zuständigen Stellen gegangen, die zuständigen Stellen übernehmen, und alles ist wunderbar.

In dem Fall war es aber anders. In dem Fall war es so, dass die zuständigen Stellen nichts gemacht haben, sondern sie ihrerseits aktiv geworden sind und das Ganze widerlegt haben, entkräftet haben. Und das ist das Problem, das ich damit habe. Ich sehe nicht, warum das so gelaufen ist, denn normalerweise hätten die Dinge ihren Lauf genommen. Und wenn der Herr Dr. Kandler diesen Vorwurf äußert, dann gehe ich einmal davon aus, dass er das nicht leichtfertig tut, noch dazu, wo ein Jahr vorher die Ereignisse stattgefunden haben, die wir beide kennen, wo also hier ein Riesenwirbel war.

Dieser Vorwurf besteht ja auch angesichts dessen, dass zu diesem Zeitpunkt gerade die Bayern an der Bank interessiert waren und das Zurückziehen des Prüfmandats nicht optimal gewesen wäre. Ich glaube, da geben Sie mir recht. Und das wird ja hier angeregt. Das heißt, der Herr Dr. Kandler hat gegenüber dem Herrn Ettl gesagt, dass Deloitte sogar überlegt, das Prüfmandat

zurückzulegen, das heißt, das wäre für die Bank eine Katastrophe gewesen in dieser Situation. Also erklären Sie mir einmal bitte, warum man hier nicht den Dingen den Lauf gelassen hat und warum Sie da eingeschritten sind.

Dr. Bernhard Vanas: Also vielleicht darf ich das insofern klarstellen, was da wirklich der richtige Weg gewesen wäre. Ich habe schon gesagt, diese sogenannte Redepflicht ist keine Redepflicht, die heißt zwar so, ist aber eine Schreibpflicht. Der Herr Kandler hat sich sehr wohl gehütet, irgendetwas schriftlich zu berichten, er hat nur einmal vorsichtig angerufen, ob in der Nationalbank hier irgendetwas bekannt ist, und hat einen vorsichtigen Verdacht geäußert.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Haben Sie den Eindruck, wenn Sie das gelesen haben, dass das vorsichtig ist? Haben Sie das gelesen?

Dr. Bernhard Vanas: Herr Mag. Ettl hat das vielleicht anders verstanden. Ich war beim Telefonat nicht dabei. Ich wusste von dem Telefonat auch nichts. Es war auch mit mir nicht abgestimmt.

Wenn ein Verdacht besteht, und dass hier ein Verdacht vom Herrn Kandler bestand, das ist ja unstrittig, darüber brauchen wir jetzt nicht zu diskutieren, dann hat ja der Herr Mag. Ettl, wenn ich die Aussage von Herrn Kandler richtig lese, wie er hier einvernommen wurde, hat Herr Mag. Ettl ja ganz richtig und ganz formal reagiert. Er hat gesagt, soll das jetzt die Ausübung der Redepflicht nach § 63 *Bewertungsgesetz* sein? Wenn ja, dann bitte schreiben Sie mir das.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Wo steht das?

Dr. Bernhard Vanas: In der Aussage von Herrn Kandler, – BWG, *Bankwesengesetz*, im § 63. (*Die Auskunftsperson wird von Abgeordneten auf einen Lapsus linguae aufmerksam gemacht*) – Oh Verzeihung. Im BWG steht also der § 63 für die Redepflicht, und die Redepflicht ist dort natürlich genau so schriftlich auszuüben, und das hat der Herr Kandler natürlich wohlweislich nicht gemacht, weil er ja gar nichts in der Hand gehabt hat außer einen vagen Verdacht. Also, er hat die Redepflicht *nicht* ausgeübt.

Die Frage, ob die Redepflicht auszuüben ist, wurde eben dann am 2. März beschlossen: Hier müssen Prüfungshandlungen gesetzt werden. Wenn sich der Verdacht verdichtet – ich muss ja gar nicht sagen, einen hundertprozentigen Beweis –, aber wenn er sich wirklich verdichten würde – dass man also sieht, dass da der Herr Dr. Kulterer etwas bekommen hat –, dann müsste man nach § 63 BWG wirklich einen Brief an die FMA schreiben. Dazu ist es aber dann nicht gekommen aus den bekannten Gründen.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Das klingt dann logisch, wenn Sie nicht glauben, was der Herr Ettl hier aufgeschrieben hat, denn der Herr Ettl hat hier aufgeschrieben: Der Herr Kandler deutet an, dass es kein Vertrauen mehr zwischen Bank und Wirtschaftsprüfer gäbe und Deloitte überlege, das Prüfmandat zurückzulegen. Das heißt, dass sich der Herr Ettl das einfallen hat lassen, ist ja sehr unwahrscheinlich, weil das Vertrauen zwischen Bank und Wirtschaftsprüfer zerstört ist. Also das ist ja etwas, das kann man nicht falsch verstehen. Oder, und das ist überhaupt besonders interessant, Deloitte überlege, das Prüfmandat zurückzulegen. Das heißt, da hat offensichtlich hat Herr Kandler schon vorher mit Ihnen oder mit wem auch immer gesprochen; das muss ja vorher abgestimmt worden sein.

Dr. Bernhard Vanas: Er hat mit mir nicht gesprochen.

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Aber wie kann er dann sagen, dass Deloitte das Prüfmandat zurücklegen will?

Dr. Bernhard Vanas: Das müssen Sie den Herrn Kandler fragen. Ich weiß es nicht. Mir war nicht bekannt, dass Deloitte überlegt, das Prüfungsmandat insgesamt zurückzulegen.

Mir war nur bekannt, dass Herr Dr. Spitzer gebeten hat, dass er nicht mehr der verantwortliche Bankprüfer ist, sondern dass seine Person durch jemand anderen aus dem Haus Deloitte ersetzt

wird. Das war sicher so. Und dass Herr Dr. Spitzer kein Vertrauen zu Dr. Kulterer mehr gehabt hat, das darf man ihm nicht übel nehmen, weil dem ist ja eine falsche Bilanz vorgelegt worden, und dann ist er dafür noch beschimpft worden, dass er gesagt hat, dass sie falsch ist. – Da ist natürlich viel Porzellan zerbrochen. Das lässt sich so leicht nicht kitten.

Aber dass Deloitte überlegt hat, das Prüfungsmandat zurückzulegen, ist eine Frage, die gar nicht so einfach zu beantworten ist. Ein Abschlussprüfer darf ja nur dann das Mandat zurücklegen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, und Meinungsverschiedenheiten mit dem Vorstand sind eben kein wichtiger Grund. Das steht sogar ausdrücklich im Gesetz. Das wäre so einfach gar nicht gegangen. Aber ich bitte Sie, das den Herrn Kandler zu fragen. Ich weiß jetzt nicht, was er sich gedacht hat, und ich weiß ja nicht, welche Information er hatte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nur kurz noch ein paar Fragen zu Ihrer Aufgabe innerhalb von Deloitte. Sie haben gesagt, Country Manager. Wenn in der Öffentlichkeit, also alles was öffentlichkeitsrelevant ist, was imageschädigend sein könnte für die Marke Deloitte.

Ist das Ihr Zuständigkeitsbereich oder ist das eher der von Kandler?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, das war mein Zuständigkeitsbereich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir haben ja vorher gerade über die fehlende Frage von Kollegen Darmann gesprochen wegen des Auftrages an Sie, sie zu prüfen. Ist Ihnen diese Prüfung noch geläufig? – 2005 bis 2007, Zeitraum April 2005 bis 2007, vom BZÖ, das dann auch präsentiert wurde in einer OTS 2007, wo mehr oder weniger vereinfacht gesagt worden ist: Der Westenthaler präsentiert dort, das international renommierte Institut Deloitte hat uns geprüft und hat festgestellt, bei uns ist alles super, alles sauber.

Ist Ihnen das noch bekannt?

Dr. Bernhard Vanas: Es ist mir in Erinnerung, aber ich wüsste nicht, was das mit der Hypo Alpe-Adria zu tun hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich auch nicht. Aber das ist oft so. Wenn der Kollege Darmann Fragen stellt oder nicht Fragen stellt, dass das dann nicht direkt mit dem Untersuchungsgegenstand zusammenhängt. Es geht nur um politisches ... (*Auskunftsperson Vanas: Ja, das hat mich jetzt verwundert!*) Er würde sagen, es geht um die politischen Netzwerke, und deswegen muss man solche Sachen fragen.

Dr. Bernhard Vanas: Wenn Sie das wörtliche Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom 10. April hätten, das heute schon zitiert wurde, das da bei mir am Tisch liegt, und die Äußerungen vom Herrn Landeshauptmann Haider hätten, dann wüssten Sie ganz genau, dass diese Prüfung nichts geholfen hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die war erst nachher.

Dr. Bernhard Vanas: Ach so, okay, die war erst nachher. Das habe ich jetzt durcheinander gebracht. Wenn Herr Dr. Haider das Sprachrohr des BZÖ war, also der war uns alles andere als freundlich gesinnt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Im April 2006.

Dr. Bernhard Vanas: Jawohl. Es hat zu meiner „Aufgabe gehört, meine Partner und auch unseren PR-Berater einzubremsen, die hätten nämlich gerne einen Art Medienkrieg gegen den Herrn Dr. Haider eröffnet. Und ich habe das unterbunden, weil ich der Ansicht bin, dass ein Wirtschaftsprüfer gegen einen Politiker immer verliert in den Medien.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Interessante Ansicht. Das, was einfach auffällig ist: Das glaube ich auch. Der war nicht gut auf Sie zu sprechen im April 2006. Nichtsdestotrotz haben Sie im nächsten Jahr aus dem Umfeld vom Haider alles, was zu vergeben war an Aufträgen, hat Deloitte bekommen.

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe es nicht akquiriert, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber teilweise muss es Ihnen ja auch aufgefallen sein. Also so etwas, wenn ein OTS hinaus geht, wo der Westenthaler sagt, das renommierte Institut Deloitte, das Coca Cola, Bayr und Philip Morris vertritt, hat uns jetzt geprüft für April 2005 bis April 2007 – sämtliche Einnahmenbelege und Ausgabenbelege – und es ist alles super sauber, dann kriegen Sie das sicher auf den Schreibtisch, nehme ich einmal an. (*Auskunftsperson Vanas: Ja!*)

Blöd ist nur, dass in der Zwischenzeit herausgekommen ist, dass die in diesem Zeitraum 960 000 € von der Telekom bekommen haben, eine illegale Parteienfinanzierung, und 300 000 € von den Lotterien. Ich meine, das muss ja extrem unangenehm sein für eine renommierte Kanzlei oder, wie haben Sie gesagt, Netzwerk Deloitte Audit Treuhand GmbH, wenn man in Wahrheit so augenfällig missbraucht wird, auch von der Politik. Also die sagen, wir sind super sauber, und dann stellt sich heraus, das war nicht super sauber, sondern das war super das Gegenteil von sauber. Wie geht man damit um als Verantwortlicher von so einem Netzwerk?

Dr. Bernhard Vanas: Solange ich von der Verschwiegenheit nicht entbunden bin, sage ich dazu gar nichts.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ist in Ordnung. Ich wollte nur die nicht gestellten Fragen vom Kollegen Darmann nachholen. Aber er ist eh dann wieder dran und kann dann die nicht gestellten Fragen selber stellen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Dr. Vanas, ich habe mir das jetzt noch einmal durch den Kopf gehen lassen mit dieser Versicherung. Ich möchte ganz kurz noch einmal auf diesen Aktenvermerk zurückkommen, wo unter Punkt 10. auch die Versicherung thematisiert wurde. Und sie haben völlig richtig ausgeführt, dass – das war dieser Aktenvermerk vom 27. Mai 2004, den ich Ihnen vorhin vorgelegt habe. Sie haben völlig richtig ausgeführt, dass die Versicherung eine Sache der Prüfungsgesellschaft ist, die Prüfungsgesellschaften haben sich, das ist ganz genau geregelt aufgrund der Haftungsbestimmungen und aufgrund der Größe der geprüften Gesellschaften, in Höhe einer gewissen Versicherungssumme, einer bestimmten Haftungssumme zu versichern.

Mir kommt das aber sehr komisch vor, dass genau bei einer Besprechung mit der Hypo das Thema **Versicherung** auf den Tisch kommt und der Konzernvorstand nach einer Diskussion zustimmt, dass die Versicherung jedenfalls über den für grobe Fahrlässigkeit festgesetzten gesetzlichen Haftungsrahmen abzuschließen ist.

Was hat man da im Vorfeld irgendwelcher Schwierigkeiten, die vielleicht dann noch kommen, erahnt, dass man über solche Versicherungen gesprochen hat? Und wer hätte die zahlen sollen? Die Hypo? Wäre das eine zusätzliche Versicherung gewesen, die die Wirtschaftsprüfer abgeschlossen hätten und der Hypo weiterverrechnet hätten?

Dr. Bernhard Vanas: Ich habe schon gesagt, ich kann dazu nichts sagen, weil ich nicht dabei war. Aber eines dürfen wir nicht vergessen: Es gab einen gewissen Zeitpunkt – ich kann mich nicht mehr erinnern, ob das genau in dieser Periode war –, da hat der Gesetzgeber in der Haftung des Abschlussprüfers differenziert, ob leichte oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt. Sie wissen, bei Fahrlässigkeit gibt es für den Abschlussprüfer nur beschränkte Haftung, da gibt es ein Privileg im Gesetz. Für grobe Fahrlässigkeit ist dieser Betrag natürlich höher als für leichte Fahrlässigkeit.

Die Abschlussprüfer haben damals eine Diskussion geführt und haben gesagt, sie sind sehr unglücklich mit dieser Regelung. Es gibt eine Bestimmung im ABGB, die sagt, wer sich zu einem Gewerbe oder zu einer Kunst bekennt, der haftet wesentlich strenger, weil für den ein erhöhter Sorgfaltsmaßstab gilt. Also der Rechnungsprüfer eines gemeinnützigen Vereins, der

sonst im Berufe – ich sage jetzt, ohne despektierlich zu sein – Schlosser ist, unterliegt natürlich einem anderen Sorgfaltsmaßstab, wenn er die Vereinskasse prüft, als wenn Deloitte kommt und prüft. Die müssen einen höheren Sorgfaltsmaßstab haben. Und damit sind sie auch schneller in der groben Fahrlässigkeit.

Ich kann mir nur vorstellen, dass das in diesem Zusammenhang war und gesagt wurde: Bitte, wir sind sehr schnell in der groben Fahrlässigkeit, wir brauchen eine erhöhte Versicherung, weil der Nachweis, dass man nur leicht fahrlässig war, wird uns nicht gelingen. Daher haben wir eben gesagt, man möchte haben, dass diese Differenz der Auftraggeber zahlt.

Aber bitte, das ist eine Mutmaßung. Ich kann in dem hier vorliegenden Fall nicht bestätigen, dass das wirklich der Hintergrund war, aber diese allgemeine Diskussion gab es.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben zuerst schon über Landeshauptmann Haider gesprochen und dass er Deloitte nicht gut gesinnt war. Hatten Sie außerhalb dieser – die heute schon angesprochen worden ist – 67. Aufsichtsratssitzung jemals persönlichen Kontakt mit Herrn Dr. Haider? (*Auskunftsperson Vanas: Nein!*) Sie sind beziehungsweise waren ja auch in der österreichischen Bundesliga tätig. – Stimmt das?

Dr. Bernhard Vanas: Ich bin in der österreichischen Bundesliga auf der Liste der Schiedsrichter für das Ständig Neutrale Schiedsgericht, ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber Sie wurden in diesem Zusammenhang nie vom Landeshauptmann oder einem seiner Mitarbeiter betreffend SK Austria Klagenfurt kontaktiert?

Dr. Bernhard Vanas: Niemals. Es gab kein einziges Schiedsverfahren, bei dem die SK Austria Kläger gewesen wäre.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie waren auch niemals informiert oder haben niemals irgendeine Kenntnis davon gehabt, dass der Landeshauptmann Bestechungsgelder in der Höhe von 2,5 Millionen € für Fußballsponsoring bekommen hat, was ja auch der Ex-Bayern-Landesbankchef Schmidt ausgesagt hat?

Dr. Bernhard Vanas: Nein, und zwar deswegen nicht, weil ich ja sonst keine Funktion in der Fußballbundesliga habe, außer im Verfahren, bei dem es um die Erteilung von Lizenzen für die Erste und die Zweite Liga geht. Wenn da ein Streit über die Lizenzerteilung besteht, enden solche Verfahren beim Ständig Neutralen Schiedsgericht, und zwar bei einem Senat, da muss ein Wirtschaftsprüfer dabei sein.

Es kann sein, dass ich der Wirtschaftsprüfer bin, der als Beisitzer im dreiköpfigen Schiedsgericht ausgewählt wird, aber da geht es immer nur um Lizenzstreitigkeiten, ob ein Verein die Voraussetzungen erfüllt, dass er eine Lizenz bekommt, dass er in der Bundesliga oder in der ersten Liga spielen darf.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber in diesem Fall waren Sie nicht dabei?

Dr. Bernhard Vanas: Das ist überhaupt kein Thema für einen Lizenz-Senat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Gab es andere Kontaktaufnahmen seitens des Büros des Landeshauptmannes oder beispielsweise auch des Pressesprechers, des ehemaligen Abgeordneten Stefan Petzner, zu Ihnen, während Ihrer Tätigkeit mit der Hypo bei Deloitte? (*Auskunftsperson Vanas: Nein, gab es nicht!*)

Gab es seitens des Landeshauptmannes, seines Büros oder seiner unmittelbaren Umgebung irgendwelche Interventionen im Zusammenhang – Sie haben von Bedrohungen gesprochen, aber vielleicht können wir das noch einmal genauer herausarbeiten – mit der Rückziehung des Testats?

Dr. Bernhard Vanas: Nein. In der Aufsichtsratssitzung und auch in den Medien, kann ich mich erinnern, hat Herr Dr. Haider angekündigt, dass er Deloitte auf Schadenersatz klagen wird, weil

der Widerruf des Bestätigungsvermerkes im Gesetz gar nicht vorgesehen ist und daher der Widerruf des Bestätigungsvermerkes schon an sich rechtswidrig ist. Der Schaden, der der Bank durch diese Vorgangsweise – die noch dazu mit ihm nicht abgestimmt war – entstanden ist, den wollte er bei Deloitte geltend machen. Ich nehme an, dass seine Rechtsberater ihm dann gesagt haben, dass das zu nicht viel führen wird.

Vorsitzende Doris Bures: Frau Abgeordnete, bevor Sie mit der nächsten Frage fortfahren, frage ich, ob es noch Wortmeldungen gibt? – Da das nicht der Fall ist, würde ich Sie noch um eine kurze Abschlussfrage bitten, dann ist nämlich die Redezeit dieser Runde erschöpft und wir starten mit der nächsten.

Sie sind noch am Wort. – Bitte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie sind ja auch Vorstand der Medienbeteiligungen Privatstiftung, der Liselotte Fellner Privatstiftung. Das ist ja aus dem Firmenbuch ersichtlich.

Haben Sie jemals Informationen an die Fellner-Gruppe weitergegeben, die mit der Hypo in Zusammenhang gestanden sind, über die Schwierigkeiten mit der Hypo Alpe-Adria oder irgendwelche anderen Dinge?

Dr. Bernhard Vanas: Nein. Ich habe auch mit den Medien gar nichts zu tun.

Vorsitzende Doris Bures: Wir kommen zur vierten Fragerunde und ich frage die Fraktionen der Reihe nach: Grüne Fraktion? – Nein. Team Stronach? Dr. Hable? Sozialdemokraten? – Herr Abgeordneter Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich lese gerade – weil mir noch nicht ganz klar war, wie das mit Berlin in Zusammenhang stehen kann, dass Sie das Testat behalten haben – und finde eine Meldung der APA vom 18. August 2006:

„Die Hauptversammlung der Kärntner Hypo Alpe-Adria Bank hat am Freitag die angekündigte Satzungsänderung beschlossen“, und so weiter. „Ein weiterer Beschluss der Hauptversammlung: Deloitte bleibt Bankprüfer, die Confida hingegen nicht. Letztere hatte im Frühjahr nach Bekanntwerden der Spekulationsverluste vom Herbst 2004 ihr Testat für die Bilanz 2004 zurückgezogen.“

Das finde ich spannend, weil eigentlich waren es ja zuerst Sie, aber ist ja egal.

Das heißt, es kann mit Berlin nicht wirklich im Zusammenhang stehen, dass Sie das Testat behalten haben und die CONFIDA allerdings verloren hat. Da wurde noch geschrieben, an ihrer Stelle – nämlich an die der CONFIDA – solle eine Kärntner Wirtschaftsprüfungskanzlei bestellt werden, der Auftrag wird ausgeschrieben. Weiter geht es mit Kritik der SPÖ.

Und eine Woche später, im Standard vom 24. August, lesen wir: Kulterer ab Oktober im Hypo-Aufsichtsrat, Deloitte wird Bank weiterhin prüfen, also die Bestellung eines Zweitprüfers wurde abgelehnt. Also der ursprüngliche Plan, das heißt, Sie sind jetzt Soloprüfer.

Das ist schon eine überraschende Wende in einem sehr kurzen Zeitraum von – Sie haben selber gesagt – was Sie alles geheißen wurden zu: die bleiben. Das sind die, die uns prüfen, erstens einmal weiterhin in der Bank und dazu kriegen sie in Zukunft Sie die Aufträge von der Kärntner Landesholding, BZÖ, ich weiß nicht, alles Mögliche aus dem Umfeld von Haider, Birnbacher, Gutachter, Plausibilisierung et cetera, also alles, was aus dem Bereich Kärnten, BZÖ, Haider kommt. Wer hat dort akquiriert?

Dr. Bernhard Vanas: Ich weiß es nicht. Ich war nur bei der Aufsichtsratssitzung am 10. April 2006 dabei und dann nie wieder, auch bei keiner Hauptversammlung. Ich weiß es einfach nicht. Ich habe mit dem Klienten nichts zu tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber ich meine, das ist schon was, Compliance und öffentliche Wahrnehmung – also Sie haben schon mitbekommen, dass Sie drin bleiben und die CONFIDA fliegt?

Dr. Bernhard Vanas: Ich darf vielleicht auch noch dazusagen, der Bankprüfer kann nur mit Zustimmung und Unterstützung der FMA bestellt werden. Man ist da als Bank nicht frei, sich den Bankprüfer auszusuchen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Jaja, weil der Bankprüfer zwar von der Bank bestellt wird, aber eigentlich für die Aufsicht arbeitet.

Dr. Bernhard Vanas: Haben Sie die FMA gefragt, ob die vielleicht Bedenken gegen die CONFIDA hatten?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein. Ich frage ja nur Sie. (*Auskunftsperson Vanas: Ich weiß es nicht!*) Sie haben ja das „Radar“ der Öffentlichkeit auf dem Schirm und so weiter; das muss Ihnen ja auffallen: Die mögen uns jetzt gar nicht, eigene Partner wollen einen Krieg führen. Sie sagen: Hehe, bitte nicht, den verlieren wir. Drei Monate später schaut es total gut aus. Ich meine, so etwas geht ja nicht von selbst. Dafür muss man ja etwas tun, damit diese Geschichte gut ausgeht.

Ich wollte nur wissen, ob Sie irgendeine Kenntnis haben, welche Bestrebungen es da seitens von Deloitte oder einzelnen Partnern im Rahmen dieses Netzwerks gegeben hat, dass die Geschichte so gut ausgeht?

Dr. Bernhard Vanas: Das einzige, was ich dazu sagen kann: Es muss offensichtlich gute Arbeit in der Sache geleistet worden sein, sonst wäre es schon von vornherein nicht in Frage gekommen, dass Deloitte wieder bestellt wird. Aber was dann letztlich den Ausschlag gegeben hat, kann ich nicht sagen, weiß ich nicht.

Vorsitzende Doris Bures: Herr Abgeordneter, bevor Sie weiter fragen – weil die Redezeit Ihrer Fraktion in dieser Runde schon erschöpft ist –, frage ich, ob es noch Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann gehen wir in die fünfte Runde. Herr Abgeordneter Mag. Darmann. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ): Herr Professor, können Sie durch Ihre Wahrnehmungen nachvollziehen, wie der Fraktionsführer der Sozialdemokraten auf die Idee kommt, dass sich Deloitte auf illegalem Wege – so scheint es zwischen den Zeilen herauskommen gegenüber der Öffentlichkeit herauszukommen – Aufträge in Kärnten beziehungsweise in der Hypo erschlichen hätte, für die Deloitte offenbar laut Krainer keine Kompetenz gehabt hätte? Nichts anderes sagt er seit Minuten in unterschiedlicher Ausformulierung.

Dr. Bernhard Vanas: Ich kann dazu gar nichts sagen. Ich kann es nicht nachvollziehen. Ich fürchte, ich bin da die falsche Person, das zu fragen.

Vorsitzende Doris Bures: Möchte noch jemand Fragen an die Auskunftsperson stellen? Herr Dr. Pilgermair, haben Sie zum Abschluss ergänzende Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Vanas, für Ihr Kommen und auch für die Bereitschaft, dem Ausschuss Rede und Antwort zu stehen. Es ist für heute keine Auskunftsperson mehr vorgesehen. Ich frage trotzdem, ob es den Wunsch gibt, noch in einen vertraulichen Sitzungsteil überzugehen? – Herr Abgeordneter Krainer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nicht direkt. Ich muss nur etwas zurückweisen; es dauert nur zehn Sekunden: Ich wollte nur zurückweisen, dass ich in irgendeiner Art und Weise von „illegal“ oder „Inkompetenz“ gegenüber Deloitte gesprochen hätte.

Vorsitzende Doris Bures: Gibt es den Wunsch nach einem vertraulichen Sitzungsteil? – Das ist nicht der Fall.

Die *nächste* Sitzung ist am Dienstag, den 8. September. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend!

Diese Sitzung *geschlossen*.